

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1973**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

**DEZEMBER**



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

## INHALT

---

### **Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung**

- 313 Durch Hochrechnen der Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Ergebnissen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik ist es wie in den Vorjahren möglich, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Jahreszahlen über die wirtschaftliche Entwicklung des zu Ende gehenden Jahres zu veröffentlichen.
- 

### **Kommunale Finanzplanung 1972 - 1976**

- 328 Die mittelfristige Finanzplanung der öffentlichen Körperschaften dient dem Ziel, den zukünftigen Ausgabebedarf und die finanziellen Möglichkeiten frühzeitig aufeinander abzustimmen. Damit wird sie zu einem wichtigen Instrument der Konjunkturpolitik. Seit 1970 stellen auch die kommunalen Gebietskörperschaften Finanzpläne für einen fünfjährigen Planungszeitraum auf.
- 

### **Öffentliche Abfallbeseitigung 1973**

- 330 Mit dem Landesabfallgesetz Anfang des Jahres 1972 wurde eine richtungsweisende sachliche und institutionelle Regelung der Abfallbeseitigung getroffen, deren Erfolge nunmehr sichtbar werden.
- 

### **Altersstruktur der Erwerbstätigen**

- 334 Für die Produktionskraft einer Volkswirtschaft ist nicht nur die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Menschen, sondern auch ihre Altersstruktur von wesentlicher Bedeutung. Die Besetzung der Altersgruppen läßt - bei zusätzlicher Berücksichtigung der heranwachsenden Jahrgänge - außerdem erkennen, wie hoch das Arbeitskräftepotential voraussichtlich in der Zukunft sein wird.
- 

### **Anhang**

- 81\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
87\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

## Inhaltsverzeichnis **1973**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



# Systematisches Inhaltsverzeichnis

## des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

### 26. Jahrgang 1973

<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>	Heft	Seite
Altersstruktur der Bevölkerung 1970 . . . . .	1	1
Haushalte und Bevölkerung in privaten Haushalten . . . . .	4	89
Lebensumstände und Lebensunterhalt der älteren Mitbürger . . . . .	4	94
Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben . . . . .	5	117
Personen mit mehreren Wohnsitzen . . . . .	5	124
Wohnbevölkerung nach dem Familienstand . . . . .	6	170
Wandel in der Geschlechterrelation . . . . .	6	173
Religionszugehörigkeit der Bevölkerung . . . . .	7	183
Strukturwandlungen in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen seit 1961 . . . . .	7	191
Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 1972 bis 1990 . . . . .	8	205
Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet . . . . .	8	217
Die Bedeutung der verschiedenen Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle . . . . .	9	237
Beschäftigung von Frauen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen . . . . .	9	243
Bevölkerungsentwicklung 1972 . . . . .	9	254
Regionale Verteilung der Erwerbstätigen . . . . .	10	270
Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte . . . . .	10	278
Lebensumstände der älteren Menschen . . . . .	11	308
Erwerbstätigkeit als Quelle für den Lebensunterhalt . . . . .	11	310
Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit . . . . .	11	311
Altersstruktur der Erwerbstätigen . . . . .	12	334
 <b>Gesundheitswesen</b>		
Meldepflichtige Krankheiten 1972 . . . . .	4	115
 <b>Rechtspflege und öffentliche Sicherheit</b>		
Selbstmorde 1962 bis 1971 . . . . .	7	196
Mord- und Totschlagskriminalität 1968 bis 1972 . . . . .	11	302
 <b>Land- und Forstwirtschaft</b>		
Bodennutzung 1972 . . . . .	1	21
Binnenfischerei 1972 . . . . .	4	99
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1972 . . . . .	4	100
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972 . . . . .	4	105
Betriebssysteme und Betriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1971/72 . . . . .	5	128
Tierische Erzeugung 1972 . . . . .	5	134
Ernteaussichten für 1973 . . . . .	8	220
Bodennutzung 1973 . . . . .	11	298
 <b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>		
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung . . . . .	8	210
Unternehmensverflechtung 1970 . . . . .	10	281
 <b>Industrie und Handwerk, Umweltschutz</b>		
Arbeitsstätten und Beschäftigte in kleinräumiger Gliederung am 27. Mai 1970 . . . . .	1	10
Industrie 1972 . . . . .	6	149
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung . . . . .	8	210
Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung . . . . .	12	313
Öffentliche Abfallbeseitigung im Herbst 1973 . . . . .	12	330



## Handel und Gastgewerbe

Heft Seite

Der rheinland-pfälzische Außenhandel im Vergleich zum Bundesgebiet 1960 und 1971 . . .	4	110
Fremdenverkehr 1972 . . . . .	8	229
Regionale Absatzintensität im Einzelhandel 1967 bis 1970 . . . . .	9	249
Außenhandel 1972 . . . . .	10	261

## Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 1972 . . . . .	7	198
Öffentliche Straßen und Parkflächen am 1. Januar 1971 . . . . .	8	233

## Bau- und Wohnungswesen

Wohnungswünsche 1972 . . . . .	1	9
Bauhauptgewerbe 1972 . . . . .	5	141
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1972 . . . . .	5	146
Sozialer Wohnungsbau 1972 . . . . .	6	160
Baulandmarkt 1972 . . . . .	6	164
Hochbautätigkeit 1972 . . . . .	10	264

## Öffentliche Finanzen

Entwicklung des Steueraufkommens 1972 . . . . .	5	137
Schulden von Land und Gemeinden (Gv.) Ende 1972 . . . . .	8	224
Mittelfristige Finanzplanung der Gemeinden (Gv.) 1972 bis 1976 . . . . .	12	328

## Öffentliche Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge 1972 . . . . .	6	168
Sozialhilfeaufwand 1972 . . . . .	7	203
Öffentliche Jugendhilfe 1972 . . . . .	9	257
Sozialhilfeempfänger 1972 . . . . .	11	305

## Löhne und Gehälter

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1972 . . . . .	6	157
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung . . . . .	8	210

## Versorgung und Verbrauch

Ausstattung der privaten Haushalte 1973 . . . . .	7	177
---	---	-----

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur der kreisfreien Städte, Landkreise und Regionen 1970 . . . . .	11	289
Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung . . . . .	12	313

## Sonderheft

Statistisches Landesamt 1948-1973 . . . . .	2/3	26
Das Land im Spiegel der Statistik . . . . .	2/3	39

#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.



### Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Das zu Ende gehende Jahr stand im Zeichen einer nachlassenden Hochkonjunktur, deren Gipfelpunkt bereits in den ersten Monaten erreicht worden war. Die im Februar und Mai getroffenen stabilitätspolitischen Maßnahmen wirkten sich zunächst langsam, ab Jahresmitte aber immer deutlicher aus. Das Sozialprodukt als umfassendster Maßstab für die wirtschaftliche Leistung eines Landes ist nominal um rund 11% gewachsen. Infolge der erneut überdurchschnittlichen Preissteigerungen dürfte die reale Zuwachsrate mit gut + 5% allerdings wieder erheblich niedriger ausfallen.

Das Wachstum der Industrieumsätze um mehr als 11% ist großenteils durch Preiserhöhungen bedingt, denn die reale Produktionssteigerung liegt nur bei rund 7%. Mit Ausnahme der Bauwirtschaft, die von den Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung am stärksten betroffen ist, und des Gastgewerbes zeigen die übrigen Wirtschaftsbereiche ebenfalls zum Teil erhebliche Umsatzausweitungen. Trotz zahlreicher außenwirtschaftlicher Maßnahmen klaffen die Zuwachsraten von Export (+ 17%) und Import (+ 5%) in noch stärkerem Maße auseinander als im Vorjahr. ge/mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 313.

### Wachsende Müllberge

Die Steigerung des Lebensstandards, Veränderungen der Lebensgewohnheiten, die zunehmende Verwendung kurzlebiger Konsumgüter, aufwendigere Verpackung, Umstellung auf Einweg-Erzeugnisse und die geänderte Heizungstechnik haben zu einer nicht voraussehbaren Entwicklung der Abfallstoffe in Menge und Zusammensetzung geführt. Der Anfall an Haus- und Sperrmüll, Autowracks und von Altreifen sowie von Klärschlamm ist sprunghaft gestiegen, ebenso die Menge an Gewerbe- und Industrieabfall, dessen sich ständig verändernde Zusammensetzung unter dem Stichwort Sondermüll besondere Probleme aufwirft. Hier ist der amtlichen Statistik die Aufgabe gestellt, für die Umweltplanung zuverlässige und zeitnahe umweltplanungsorientierte Daten bereitzustellen, um Gesamtbelastungsgrößen in möglichst tiefer regionaler Gliederung ermitteln zu können. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 330.

### Wachsender Umlagebedarf der Kreise und Verbandsgemeinden

Soweit ihre eigenen Einnahmen nicht ausreichen, müssen die Landkreise ihre Ausgaben durch Erhebung einer Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden decken. Der Umlagebedarf stieg 1973 um 14,3% auf 232 Mill. DM. Da zugleich die Umlagekraft, die sich aus den Steuerkraftzahlen und 75% der Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden (ohne Verbandsgemeindeanteil und Mindestschlüsselzuweisungen) zusammensetzt, nur um 10,0% auf 582 Mill. DM zunahm, waren die Landkreise gezwungen, die Umlageanspannung zu verschärfen, so daß sich der durchschnittliche Umlagesatz von 38,28% auf 39,76% erhöhte.

Ebenso wie die Kreise sind auch die Verbandsgemeinden zur Erhebung einer Umlage berechtigt. Die Berechnung der allgemeinen Verbandsgemeindeumlage basiert auf denselben Grundlagen wie die Kreisumlage. Die Umlagekraft der verbandsangehörigen Gemeinden betrug 424 Mill. DM; sie lag damit um 11,1% höher als im Vorjahr. Da die im Jahre 1972 neugebildeten Verbandsgemeinden im Berichtszeitraum ihre Tätigkeit voll aufgenommen hatten und teilweise erstmals eine Umlage erhoben, stieg der Umlagebedarf nochmals sehr stark um 63,8% auf 161 Mill. DM. Die durchschnittliche Umlageanspannung ermäßigte sich damit auf 38,01%. Im Vorjahr hatte sie, ohne die im Laufe des Jahres neugebildeten Verbandsgemeinden, 38,69% erreicht.

Neben der allgemeinen Umlage auf Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen können die Verbandsgemeinden auch Umlagen auf Grund anderer Merkmale erheben, wenn die Aufgabenerfüllung auf einem bestimmten Gebiet den einzelnen verbandsangehörigen Gemeinden in unterschiedlichem Ausmaß zugute kommt. Von dieser Möglichkeit wird weitgehend Gebrauch gemacht; meist handelt es sich dabei um die Finanzierung von Ausgaben, die der Verbandsgemeinde aus der Schulträgerschaft entstehen. Insgesamt erreichten diese Sonderumlagen 1973 einen Betrag von 28 Mill. DM. ly

### Investitionsausgaben der Gemeinden nahmen im 3. Quartal 1973 wieder stärker zu

Nachdem die Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände (ohne Verbandsgemeinden) für eigene Baumaßnahmen im bisherigen Verlauf des Jahres nur geringfügig gestiegen und im zweiten Quartal sogar zurückgegangen waren, nahmen sie im dritten Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 16,8% auf 229 Mill. DM zu. Mit Ausnahme des weiter rückläufigen Schulbaus (— 11,0%) waren in allen wichtigen Investitionsbereichen hohe Steigerungsraten zu beobachten, so im Tiefbau (Straßenbau + 18,0%, Stadtentwässerung + 28,6%) und im Krankenhausbau (+ 37,6%). Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben für Baumaßnahmen in den ersten drei Quartalen damit um 7,6% auf 628 Mill. DM. Dagegen wurde die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen für Bauinvestitionen weiter eingeschränkt; in den ersten drei Quartalen ergab sich ein Rückgang um 38,1% auf 53,5 Mill. DM.

Die Schulden der größeren Gemeinden und der Gemeindeverbände (ohne Verbandsgemeinden) erreichten am 30. September 1973 einen Stand von 3 586 Mill. DM. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres nahm die Verschuldung nur noch um 11,8% zu. Entsprechend war die Nettoneuverschuldung (Kreditaufnahme abzüglich Tilgung) in den ersten drei Quartalen mit 278 Mill. DM (— 7,9%) erstmals deutlich geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das Aufkommen an kommunalen Steuern stieg in den ersten drei Quartalen um 15,8% auf 961 Mill. DM. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beliefen sich in diesem Zeitraum auf 302,5 Mill. DM, während 183 Mill. DM als Gewerbesteuerumlage abgeführt wurden. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich damit um 16,3% auf 1 080 Mill. DM. ly



### Gemeinden und Gemeindeverbände planen Einschränkung der Kreditaufnahme

Obwohl die kommunalen Gebietskörperschaften derzeit noch nicht zur Aufstellung eines Finanzplanes verpflichtet sind, lieferten 2517 Gemeinden und Gemeindeverbände einen Beitrag zur kommunalen Finanzplanung 1972 bis 1976, so daß mit 94,4% wieder eine hohe Beteiligung erreicht wurde. Wie die Hochrechnung ergab, planen die kommunalen Gebietskörperschaften in diesem Fünfjahreszeitraum einen Anstieg der Gesamtausgaben von 6,2 Mrd. DM auf 7,4 Mrd. DM. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 4,6% zeigt sich im Zeitablauf eine zunehmende Abflachung des geplanten Wachstums. Die Entwicklung bleibt damit deutlich hinter der Projektion zurück, die mit den Orientierungsdaten des Ministeriums der Finanzen vorgegeben wurde. Diese Abweichung resultiert aus der Planung im Bereich der Sachinvestitionen, die 1974 kräftig ansteigen sollen (+ 6,9% gegenüber 1973), anschließend aber wieder zurückgehen und 1976 sogar das Volumen von 1972 unterschreiten. Angesichts der erheblichen Planungsrisiken sollte diese Entwicklung aber nicht überbewertet werden.

Im Gegensatz zu den Investitionsausgaben sollen die vermögensunwirksamen Ausgaben stark zunehmen, so daß sich ihr Anteil an den Gesamtausgaben ständig erhöht. Insbesondere wachsen die Personalausgaben im Durchschnitt um jährlich 9,4%. Auch bei den übrigen Ausgabearten in diesem Bereich (Zuweisungen an Gebietskörperschaften, Renten und Unterstützungen, Zinsausgaben) sind teilweise erhebliche Steigerungen vorgesehen.

Auf der Einnahmenseite rechnen die Gemeinden (Gv.) mit einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Steuereinnahmen um 9,1%; 1976 sollen sie 1,8 Mrd. DM erreichen. Noch günstiger wird die künftige Entwicklung der Einnahmen aus laufenden Zuweisungen beurteilt, deren durchschnittliche Steigerungsrate 10,5% erreicht. Dagegen soll die Schuldenaufnahme eingeschränkt werden; die Nettokreditaufnahme geht von 856 Mill. DM im Jahre 1972 kontinuierlich auf 576 Mill. DM im letzten Planungsjahr 1976 zurück. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 328.

### Zunehmende Anspannung der Realsteuerhebesätze

Das Realsteuer-Istaufkommen überschritt 1972 mit 1 033 Mill. DM erstmals die Milliardengrenze. Im einzelnen stiegen die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 21,3% auf 796 Mill. DM, die Lohnsummensteuer um 11,8% auf 66 Mill. DM und die Grundsteuer B (Wohn- und Geschäftsgrundstücke) um 11,8% auf 138 Mill. DM. Die Grundsteuer A auf land- und forstwirtschaftliches Vermögen setzte dagegen ihren Rückgang fort; das Aufkommen sank um 0,5% auf 34,2 Mill. DM. Das Realsteuer-Istaufkommen wird von zwei Faktoren bestimmt, nämlich der Entwicklung der Bemessungsgrundlagen, die sich in den Grundbeträgen niederschlägt, und den Realsteuerhebesätzen. Die Grundbeträge, die neben den ökonomischen auch von zahlungstechnischen Einflüssen abhängen, erhöhten sich bei der Gewerbesteuer um 15,3%, bei der Lohnsummensteuer um 10,2% und bei der Grundsteuer B um 5,5%, während die rückläufige Tendenz der Grundsteuer A (— 4,1%) noch deutlicher hervor-

tritt als beim Istaufkommen. Trotz dieser insgesamt recht günstigen Entwicklung haben die Gemeinden die Hebesätze aller Steuerarten kräftig angehoben. So stiegen die landesdurchschnittlichen Hebesätze der Grundsteuern A und B, die in den Vorjahren nahezu unverändert geblieben waren, um 8 bzw. 14 Prozentpunkte auf 234% bzw. 254% an. Bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und der Lohnsummensteuer wurde die im Vorjahr eingeleitete schärfere Anspannung fortgesetzt; der Durchschnittshebesatz der Gewerbesteuer erhöhte sich um 16 Punkte auf 310%, bei der Lohnsummensteuer ergab sich ein Anstieg um 7 Punkte auf 492%. Die Lohnsummensteuer wurde von 428 (im Vorjahr 398) Gemeinden erhoben.

45,8% des Realsteuer-Istaufkommens entstanden in den zwölf kreisfreien Städten. Sowohl in absoluten Beträgen als auch bezogen auf die Einwohnerzahl liegen die beiden größten Städte des Landes an der Spitze; das Aufkommen erreichte in Ludwigshafen 154 Mill. DM (877 DM je Einwohner) und in Mainz 88 Mill. DM (487 DM je Einwohner). ly

### Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 30 ha wächst ständig

In der Zeit von Anfang 1972 bis Anfang 1973 sind in Rheinland-Pfalz weitere 4 070 landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche aus der Produktion ausgeschieden. Ihre Gesamtzahl fiel damit erstmals unter die 100 000-Grenze (99 150). Dabei waren jetzt auch die Betriebe von 20 bis 25 ha, in denen heute kaum noch angemessene Einkommen zu erzielen sind, von Rückgängen betroffen, während die größeren - und hier vor allem die ab 30 ha - deutliche Zugänge aufzuweisen hatten. Im einzelnen beliefen sich diese auf + 12% bei den 30 bis 40 Hektar-Betrieben, auf + 24% bei denen zwischen 40 und 50 ha und auf + 22% bei den über 50 ha großen.

Im Verlauf der letzten acht Jahre hat sich der Schwellenwert unter dem die Betriebe abgenommen und über dem sie zugenommen haben laufend erhöht. Er lag im Jahre 1966 noch bei 15 ha, stieg bis 1970 auf 20 ha und erreichte 1973 bereits 25 ha. Aus der zahlenmäßigen Entwicklung der Betriebe zwischen 25 und 30 ha läßt sich für 1974 ein Rückgang auch in dieser Gruppe voraussagen. In einzelnen Landkreisen ist er schon jetzt in größerem Ausmaß beobachtet worden. Die 3 980 Betriebe mit 30 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche, die nur 4% der Gesamtzahl ausmachten, bewirtschafteten immerhin gut ein Fünftel der 809 000 ha umfassenden Fläche aller Betriebe.

Der tiefgreifende Strukturwandel der letzten 20 Jahre findet seinen deutlichen Ausdruck in der Tatsache, daß zwischen 1949 und 1960 rund 43 000 und von 1960 bis 1973 weitere 69 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben wurden. Während vor 24 Jahren noch fast 195 000 (92%) Betrieben weniger als 10 ha zur Verfügung standen, reduzierte sich diese Zahl mittlerweile auf knapp 72 000 (73%). Mehr als 20 ha bewirtschafteten 1949 nur 2 500 und mehr als 30 ha nur 930 Betriebe, gegenüber heute 10 950 bzw. 3 980. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg in der gleichen Zeit von 4,2 auf 8,2 ha. lx



## Rheinland-Pfalz 1973 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Eine aktuelle wirtschaftsstatistische Berichterstattung ist insbesondere in Zeiten ungewisser konjunktureller Entwicklungen erforderlich. Deshalb soll - wie in den Vorjahren - versucht werden, schon in der Dezember-Ausgabe der Statistischen Monatshefte die wichtigsten Eckwerte über die wirtschaftliche Situation des Landes im Jahre 1973 vorzulegen. Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Statistiken der Monate Januar bis Oktober bzw. September, die auf das volle Jahresergebnis hochgerechnet wurden und somit von dem späteren Gesamtergebnis abweichen können. Im allgemeinen wurde bei der Hochrechnung davon ausgegangen, daß sich die in den ersten neun oder zehn Monaten abzeichnende Entwicklung bis zum Jahresende fortsetzt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die auf diese Weise gewonnenen Zuwachsraten möglicherweise etwas zu hoch eingeschätzt sind, denn sie können noch nicht die wirtschaftlichen Ergebnisse der letzten zwei bis drei Monate berücksichtigen. Gerade dieses letzte Quartal war aber 1972 von der Hochkonjunktur bestimmt, während es in dem zu Ende gehenden Jahre, bedingt durch das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung und durch die ersten Auswirkungen der Energieverknappung, stärker rezessionsbestimmt sein dürfte. Stichtagsergebnisse sind auf den entsprechenden Vorjahresstichtag bezogen. Bei Bundesergebnissen, die durchweg dem vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden herausgegebenen „Statistischen Wochendienst“ und den entsprechenden „Fachserien“ entnommen sind, wurde auf eine Hochrechnung verzichtet.

### Die Wirtschaft im Zeichen stabilitätspolitischer Maßnahmen

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stand im Jahre 1973 ganz im Zeichen stabilitätspolitischer Maßnahmen. Die binnen- und außenwirtschaftliche Eindämmung des Geldwertschwundes, der nicht zuletzt auf den anhaltenden Zustrom insbesondere von US-Dollarbeträgen zurückgeführt werden kann und der zudem durch die konjunkturelle Überhitzung Ende 1972 und Anfang 1973 begünstigt wurde, war das wirtschaftspolitische Hauptproblem. Im Jahreswirtschaftsbericht, den die Bundesregierung Mitte Februar 1973 vorlegte, wurden folgende finanzpolitischen Sofortmaßnahmen angekündigt:

- (1) Einführung einer Stabilitätsabgabe von 10% der Körperschaftsteuerschuld sowie der Einkommensteuerschuld bei Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen (100 000 DM bzw. 200 000

bei Verheirateten), beginnend mit dem 1. Juli 1973 bis Ende Juni 1974,

- (2) Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1. Juli 1973 um 5 Pfennig je Liter,
- (3) Kürzung der Investitionszulagen von 10 auf 7,5%,
- (4) Aufhebung der degressiven Abschreibung bei Gebäuden, mit Ausnahme des öffentlich geförderten Wohnungsbaues,
- (5) Auflage einer Stabilitätsanleihe in Höhe von 4 Mrd. DM. Die Beträge der Stabilitätsanleihe und der Stabilitätsabgabe werden auf einem Sonderkonto der Bundesbank stillgelegt.

Bereits Anfang Mai wurde angesichts der neueren Nachfrage und Preisentwicklung das Zweite Stabilitätsprogramm beschlossen, das folgende Maßnahmen vorsah:

- (1) Einführung einer Investitionssteuer von 11% mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von höchstens zwei Jahren,
- (2) Herabsetzen der Einkommensgrenze für den Stabilitätszuschlag auf 24 000 bzw. 48 000 DM,
- (3) Aussetzung der degressiven Abschreibung für neue Ausrüstungsinvestitionen bis Ende April 1974,
- (4) Aussetzung der erhöhten Abschreibung gemäß § 7 b EStG für neubeantragte Wohnbauten bis Ende 1974,
- (5) Einsparung von 10% der Haushaltsansätze für die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, die auf 1974 verschoben werden,
- (6) Einsparung bei den nicht rechtlich gebundenen Ausgaben des Bundes um 5% der Ansätze im Wege des Haushaltsvollzugs. Aufforderung an die Länder ebenso zu verfahren,
- (7) Kürzung der Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften um insgesamt 5,5 Mrd. DM (Bund 1,7 Mrd. DM, Länder 2,8 Mrd. DM, Gemeinden 1 Mrd. DM),
- (8) Stilllegung von Steuermehreinnahmen, die nicht zur Verringerung der Nettokreditaufnahme verwendet werden.

Parallel hierzu wurde versucht, durch scharf restriktive geld- und kreditpolitische Maßnahmen



die inflationären Tendenzen einzudämmen. Trotz der hohen Dollarzuflüsse im Februar und März gelang es der Bundesbank, die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in einem bisher nicht gekannten Ausmaße zu schmälern, was zu einem enormen Anstieg des Zinsniveaus führte. Damit war gleichzeitig eine außenwirtschaftliche Absicherung durch administrative Beschränkungen im Kapitalverkehr erforderlich, die den weiteren Zustrom von ausländischen Spekulationsgeldern verhindern sollte. In welchem Ausmaß sich das Zinsniveau erhöhte, mag an folgenden zwei Beispielen deutlich werden. Der Diskontsatz, der sich bis Herbst 1972 auf 3% gestellt hatte, erreichte zur Jahreswende 1972/73 den Wert von 5%, Anfang Mai 6%, und steht seit 1. Juni auf 7%. Die Zinsen für Dreimonatsgelder, die Mitte 1972 weniger als 5% ausgemacht hatten, stiegen ganz rapide an und bewegen sich seit Jahresmitte 1973 zwischen 14 und 15%.

1) Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Bundestagsdrucksache 7/1273 vom 22. November 1973. Diesem Gutachten sind auch die übrigen Angaben zur Entwicklung im Bundesgebiet und in der EG entnommen.

#### Sozialprodukt

Berichtsmerkmal	Veränderung zum Vorjahr in %	
	1972	1973
<b>Rheinland-Pfalz</b>		
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	11,7	11
Land- und Forstwirtschaft	9,0	4
Produzierendes Gewerbe	11,7	11
Handel und Verkehr	9,6	12
Dienstleistungen	13,6	13
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	5,7	5
<b>Bundesgebiet <sup>1)</sup></b>		
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	9,3	12
Privater Verbrauch	9,3	11
Staatsverbrauch	12,5	15
Bruttoanlageinvestitionen	6,1	8
Ausfuhr	8,9	18
Einfuhr	7,6	15
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	3,0	6
Privater Verbrauch	3,4	4
Staatsverbrauch	4,4	3 1/2
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	3
Ausfuhr	7,7	16
Einfuhr	8,3	11 1/2
<b>Europäische Gemeinschaft <sup>1)</sup></b>		
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	10,0	14
Bundesrepublik	9,3	12
Frankreich	11,4	13 1/2
Italien	9,3	16 1/2
Niederlande	14,0	13
Belgien	12,0	13
Großbritannien	8,9	15
Irland	10,6	18
Dänemark	14,0	15
Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen	3,5	6
Bundesrepublik	3,0	6
Frankreich	5,4	6
Italien	3,2	5
Niederlande	4,0	4 1/2
Belgien	5,0	6
Großbritannien	2,5	6 1/2
Irland	3,0	6
Dänemark	4,5	4 1/2

1) Quelle: Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Außenwirtschaftlich von besonderer Bedeutung ist der Wechselkurs der D-Mark, der im zu Ende gehenden Jahr starken Schwankungen unterlag. Aus der Abwertung des US-Dollars um 10% Mitte Februar und der zweimaligen Aufwertung der D-Mark um 3% Mitte März und um weitere 5,5% gegenüber den Block-Floating-Partnern Ende Juni sowie insbesondere aus der nach der Dollarkrise Mitte März unter acht europäischen Ländern getroffenen Vereinbarung, untereinander an festen Wechselkursen festzuhalten, gegenüber dritten Ländern die Wechselkurse jedoch freizugeben (Block-Floating), resultierte bis zur Jahresmitte eine stark zunehmende Höherbewertung der D-Mark, die Ende Juli mit gut 22% gegenüber der gesamten Welt und mehr als 11% gegenüber den am Block-Floating beteiligten Ländern ihren Höhepunkt erreichte. Danach reduzierte sich der Aufwertungseffekt wieder; er stellte sich Mitte November gegenüber der Gesamtheit unserer Handelspartner jedoch immerhin noch auf + 13,5%, gegenüber den Block-Floating-Partnern auf + 6,5%.

#### Nominales Wirtschaftswachstum annähernd so hoch wie 1972

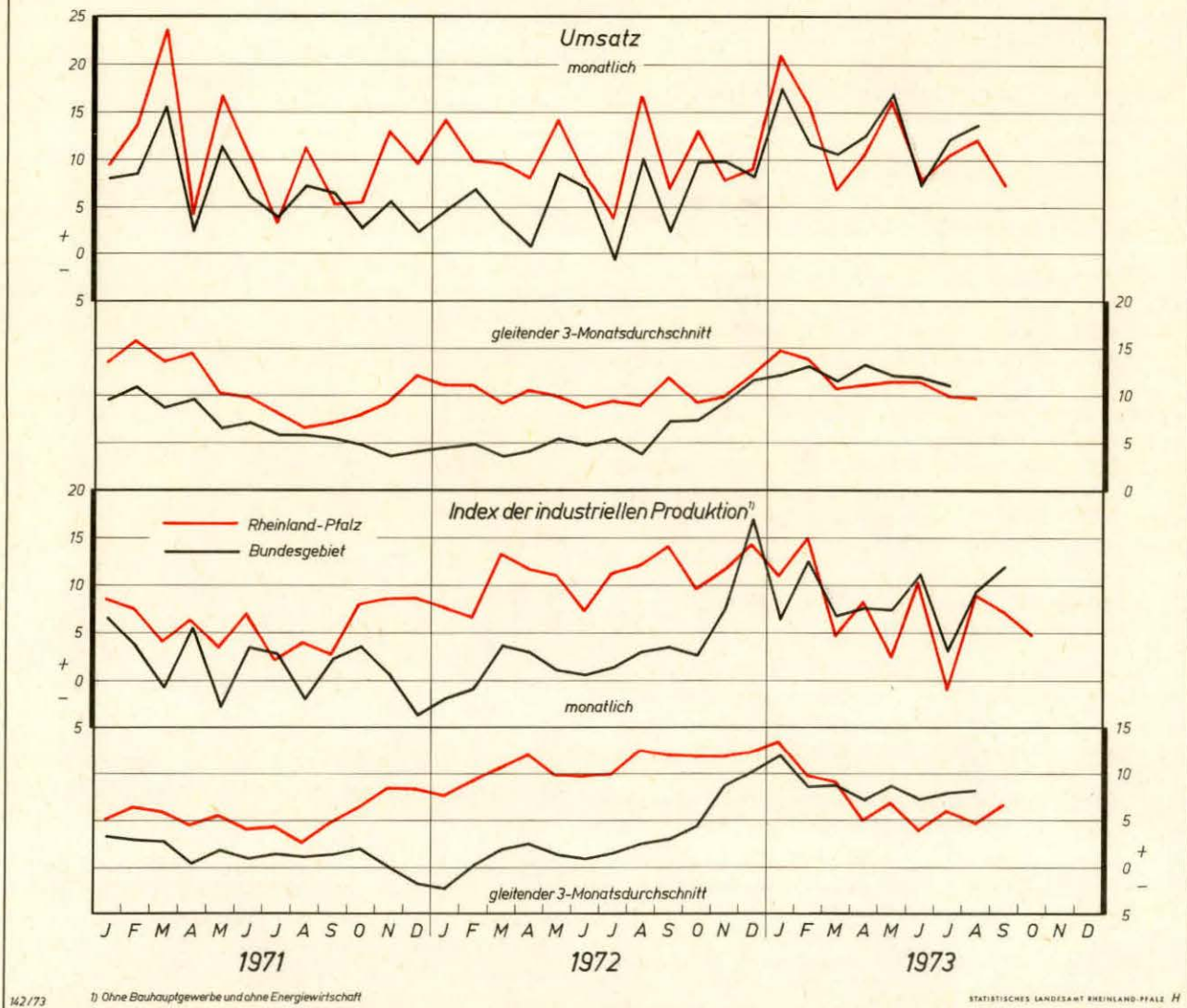
Die von Regierungsseite ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen machten sich zunächst nur langsam, ab Jahresmitte jedoch immer deutlicher bemerkbar. Die von den arabischen Erdölländern im Spätherbst vollzogene Drosselung der Öllieferungen, die sich vorweg in enorm ansteigenden Preisen auswirkte, tut ein übriges, die stabilitätspolitischen Maßnahmen in unerwünschter Richtung zu verstärken. Nach den bis jetzt vorliegenden Indikatoren konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahre 1973 mit einer erneut sehr hohen nominalen Zuwachsrates des Sozialprodukts von gut + 11% das wirtschaftliche Wachstum des Vorjahres etwas abgeschwächt fortsetzen und entspricht damit in etwa der Entwicklung im Bundesgebiet. Im Sachverständigengutachten<sup>1)</sup> ist für das Bundesgebiet eine Zuwachsrates von + 12% ausgewiesen; die mit beiden Rechnungen gerade in der jetzigen konjunkturellen Situation verbundenen Unsicherheiten lassen bei dieser geringen Abweichung einen Rückschluß auf eine über- oder unterdurchschnittliche Entwicklung des Landes nicht zu.

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen wird sich auf knapp 53 Mrd. DM beziffern. Hauptträger des wirtschaftlichen Wachstums waren in diesem Jahr der lohnintensive Bereich Dienstleistungen, der seinen Beitrag um rund 13% zu steigern vermochte, sowie Handel und Verkehr, die eine Zuwachsrates von rund + 12% erreichten, während das produzierende Gewerbe mit knapp + 11% etwas unter dem Durchschnitt blieb. Die nominale Zuwachsrates der Land- und Forstwirtschaft (+ 4%) konnte, wie bereits in den vergangenen Jahren, mit den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht Schritt halten. Hierbei ist anzumerken, daß die Summe der Wirtschaftsbereiche um etwa 1 Prozentpunkt überhöht ist. Der Mehrbetrag bei der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen ergibt sich aus der Dif-



## Konjunkturverlauf in der Industrie 1971-1973

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



142/73

1) Ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energiewirtschaft

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

ferenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionssteuer gemäß § 30 UStG.

Ebenso wie in den beiden Vorjahren war das nominale Wachstum wieder in ganz starkem Maße von Preissteigerungen getragen, so daß die *realen Zuwachsraten* wesentlich geringer ausfallen. Auf Landesebene ist eine Berechnung des Sozialprodukts in konstanten Preisen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, doch treten erfahrungsgemäß in der Preisentwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zwischen den Bundesländern keine allzu großen Differenzen auf, so daß von der Bundesentwicklung durchaus auf die Regionaldaten geschlossen werden kann. Legt man die im Sachverständigen-Gutachten ausgewiesene Preiskomponente des Sozialprodukts von rund 6% an den nominalen Zuwachs der rheinland-pfälzischen Wirtschaft an, so resultiert daraus - mit allen Vorbehalten - ein reales Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz von

gut 5%, das ebenso wie das nominale Wachstum etwas unter dem Wert des Vorjahres (+ 5,7%) liegt.

### Konjunktureller Höhepunkt zu Jahresbeginn

Der zeitliche Konjunkturverlauf läßt sich mit Hilfe der aus Bereichsstatistiken gewonnenen Ergebnisse verfolgen. Hieraus ist zu ersehen, daß der konjunkturelle Höhepunkt auf den Jahresanfang 1973 zu datieren ist. Der *Index der industriellen Produktion* erreichte im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt mit einer Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von + 13% im Januar 1973 seinen Höhepunkt, um danach verhältnismäßig rasch auf Werte von weniger als + 5% im Juni und August abzufallen. Von der Jahresmitte ab scheint sich hier eine leichte Erholung anzudeuten. Einen ähnlichen Verlauf zeigt die Entwicklung der Industrieumsätze, die - ebenfalls im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt - mit annähernd + 15% im Januar die höchste Veränderungsrate aufweisen, wobei die an-



schließende rückläufige Tendenz weniger deutlich ausgeprägt ist als bei der Produktion. Erst im Juli 1973 wird die 10%-Grenze geringfügig unterschritten.

Das gleiche Bild bietet die Entwicklung des für Rheinland-Pfalz errechneten *Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose*<sup>1)</sup>. Während der Gesamtindikator, der seit Mitte 1972 ansteigende Tendenz hat infolge der hierin enthaltenen Preiskomponente seinen Gipfelpunkt wie im Bundesgebiet erst im März erreicht - er fällt danach rasch in den Normalbereich zurück -, weist der reine Mengenindikator den höchsten Wert, ebenso wie industrielle Produktion und Umsatz, bereits im Januar auf. Der Mengenindikator sinkt zunächst langsam, ab Mai 1973 jedoch sehr rasch in den unteren Gefährdungsbereich ab. Währenddessen zeigt der Kosten- und Preisindikator einen ziemlich ausgeglichenen Verlauf auf sehr hohem Niveau. Ein solches gegenläufiges Verhalten von Mengenindikator einerseits sowie Kosten- und Preisindikator andererseits, das bereits 1970 und 1971, allerdings wesentlich ausgeprägter, festgestellt worden war, deutet erneut auf die Gefahr einer sogenannten Stagflation hin, die durch ein Anhalten der Energieverknappung noch unterstützt werden könnte.

### Entwicklung im Bundesgebiet und in der Europäischen Gemeinschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet und in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die am 1. Januar 1973 durch den Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark auf neun Mitgliedsstaaten erweitert wurde, verlief im großen und ganzen im gleichen Rahmen. Der allgemein zum Jahresbeginn festzustellenden konjunkturellen Überhitzung wirkten vom Sommer an allmählich die auch in unseren Nachbarländern getroffenen Restriktionsmaßnahmen entgegen. Gemessen an der nominalen Zuwachsrate des *Bruttosozialprodukts* nimmt die Bundesrepublik mit einem Wert von + 12% unter den neun EG-Partnern den letzten Rang ein. Hier führen Irland (+ 18%) und Italien (+ 16,5%) die Rangfolge an. Großbritannien und Dänemark überschreiten mit jeweils + 15% ebenfalls noch den Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft (+ 14%). Allerdings besitzen diese Zuwachsraten infolge der sehr unterschiedlichen Preisentwicklung in den neun Ländern nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Bei realer Betrachtungsweise zeigt sich ein wesentlich stärker nivelliertes Bild, denn hier entspricht die reale Entwicklung des *Bruttosozialprodukts* der Bundesrepublik mit + 6% dem Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft. Die gleiche reale Zuwachsrate verzeichnen im Jahre 1973 außerdem Frankreich, Belgien und Irland, während Großbritannien einen geringfügig überdurchschnittlichen Zuwachs verbuchen konnte. Das schwächste reale Wachstum erzielten nach den Schätzungen des Sachverständigenrates die Niederlande und Dänemark mit jeweils + 4,5%.

Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen in der *Verwendungsstruktur* des Bruttosozialprodukts zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Während in der Bundesrepublik der Staatsverbrauch mit + 15% die höchste Steigerungsrate aufweist, und der private Verbrauch mit + 11%, die Bruttoanlageinvestitionen mit + 8% etwas zurückstehen, dominieren in den meisten übrigen Ländern - gemessen an den nominalen Zuwachsraten - die Bruttoanlageinvestitionen, so in Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Irland und Dänemark. In Italien kommt der Steigerung des privaten Verbrauchs mit einem Zuwachs von + 17,5% die höchste Bedeutung zu. Ein entsprechendes Bild zeigt die Entwicklung in konstanten Preisen. Als einzige Ausnahme ist hier die Bundesrepublik zu nennen, wo der Realentwicklung ebenso wie in Italien mit + 4% eine überdurchschnittliche Bedeutung zukommt.

### Zunehmende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Ebenso wie die Entwicklung der industriellen Produktion und des Gesamtindikators deuten die Zahlen über die Situation auf dem Arbeitsmarkt auf ein Abflachen der konjunkturellen Tendenzen etwa ab Jahresmitte hin. Nach den Unterlagen des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz/Saarland in Saarbrücken zeigen sich im Laufe des Jahres 1973 deutliche Entspannungstendenzen.

Ein Vergleich der Zahlen über *Arbeitslose* und *offene Stellen* in den einzelnen Monaten der Jahre 1972 und 1973 zeigt ganz deutlich eine negative Verschiebung in Richtung auf das Jahresende 1973 hin. Dieser Vergleich, der infolge der in beiden Jahren ähnlichen Witterungsbedingungen als vom Wetter unbeeinflusst gelten kann - die Zahl der in der Schlechtwetterperiode November bis März 1971/72 und 1972/73 anerkannten witterungsbedingten Ausfalltagewerke ist zudem etwa gleich hoch gewesen - weist für die ersten Monate des Jahres 1973 einen wesentlich niedrigeren Arbeitslosenstand aus als 1972, während zur Jahresmitte hin der relative Abstand immer geringer wird und ab Juni 1973 die Zahl der Arbeitslosen diejenige des Vorjahres zunehmend übersteigt. Im Januar 1973 hatte die Zahl der Arbeitslosen mit 20 423 den Wert des Vorjahres um rund ein Fünftel unterschritten, im Oktober des gleichen Jahres lag sie mit 13 198 um nicht weniger als zwei Fünftel höher als 1972. Das gleiche gilt umgekehrt für die Entwicklung der offenen Stellen, die zu Beginn des Berichtsjahres mit 26 724 diejenige von 1972 um etwa ein Fünftel übertraf, während das Oktoberergebnis um über ein Zehntel niedriger war. Hier haben sich die nachlassenden konjunkturellen Impulse etwas später durchgesetzt, denn erst im September unterschritt das 73er Ergebnis mit 30 017 offenen Stellen geringfügig das des Vorjahres.

Als Folge dieser Entwicklung stieg die *Arbeitslosenquote* - das ist die Zahl der Arbeitslosen, gemessen an der Zahl der abhängig Erwerbstätigen -, die bereits zur Jahresmitte 1973 bei 0,8% gelegen hatte, im Oktober 1973 auf 1,1%. Hierbei waren sehr starke regionale Differenzen zu beobachten,

<sup>1)</sup> Näheres hierzu enthält der Beitrag „Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose 1960-1972“, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrg. 25, Heft 8, August 1972.



den die Arbeitslosenquoten bewegten sich zwischen 0,5% im Arbeitsamtsbezirk Mainz und 3,4% im Arbeitsamtsbezirk Pirmasens.

Unterstrichen wird die zum Jahresende nachlassende wirtschaftliche Aktivität auch durch die seit Frühjahr fest überdurchschnittlich zunehmende Kurzarbeit. Nach einem sprunghaften und das saisonübliche Maß übersteigenden Anstieg im September hat sich die Kurzarbeit im Oktober nochmals beträchtlich erhöht. Mitte Oktober hatten über 100 rheinland-pfälzische Betriebe für insgesamt beinahe 10 000 Beschäftigte infolge einschneidender Auftragsrückgänge Kurzarbeit anordnen müssen. Betroffen waren in erster Linie die Schuhindustrie und die Bekleidungsindustrie, aber auch der Maschinenbau und hier namentlich die Baumaschinenhersteller.

Arbeitsmarkt Ende Oktober

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Arbeitsuchende	Anzahl	23 579	16,4	31,0
Männer	"	10 565	18,3	35,1
Frauen	"	13 014	15,1	27,8
Arbeitslose	"	13 198	13,8	41,2
Männer	"	6 607	16,7	38,5
Frauen	"	6 591	11,0	44,0
Offene Stellen	"	24 505	6,6	- 11,5
für Männer	"	16 483	5,6	- 7,8
für Frauen	"	8 022	8,4	- 18,4

Gemessen an der absoluten Zahl sind bei den Arbeitslosen Männer und Frauen mit jeweils rund 6 600 etwa gleich stark vertreten, während die Frauen bei den offenen Stellen ganz eindeutig benachteiligt sind. Die Zahl der offenen Stellen für Männer war Ende Oktober 1973 mit 16 500 mehr als doppelt so hoch wie diejenige für Frauen. Von den beim Landesarbeitsamt als Arbeitsuchende registrierten rund 23 600 Personen sind weit über die Hälfte Frauen (55%). Somit kommen auf einen Arbeitslosen 1,9 offene Stellen, auf einen Arbeitsuchenden 1,0. Wegen der höheren Zahl freier Arbeitsplätze für Männer zeigen diese Relationen deutliche Unterschiede für Männer und Frauen. Einem männlichen Arbeitslosen stehen im Durchschnitt 2,5 Stellenangebote zur Auswahl, einer arbeitslosen Frau dagegen nur 1,2. Für Arbeitsuchende ergeben sich 1,6 freie Plätze für Männer und nur 0,6 für Frauen.

Sehr unterschiedlich ist die Arbeitslage im zu Ende gehenden Jahr bei den einzelnen Berufsgruppen zu bewerten. Während im vergangenen Jahr bei einer Reihe von Berufsgruppen 10 und mehr offene Stellen auf einen Arbeitslosen kamen, sind es in diesem Jahre nur noch die Tischler und Modellbauer, die diesen Wert ganz geringfügig überschreiten. Sogar bei nur verhältnismäßig wenigen Berufen liegt diese Relation, die Aufschluß über die Nachfragesituation gibt, über dem Wert von 5, so bei den Metallern und -arbeitern (7,5), bei den Schlossern, Mechanikern und zugeordneten Berufen (6,7), bei den Bau-, Raumaus-

stattlern und Polsterern (5,7) sowie bei den Elektrikern (5,6). Ein überdurchschnittlicher Arbeitskräftebedarf besteht auch noch bei den Bauberufen (2,9), die bei insgesamt 2 200 offenen Stellen zusammen mit den Schlossern, Mechanikern und zugeordneten Berufen (2 500 offene Stellen) das vom Volumen her höchste Arbeitsangebot verzeichneten. Die stärksten Gruppen bei den Arbeitslosen stellen die Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter (1 400) sowie die Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe (1 000). Bei diesen beiden Berufsgruppen kommen nur 0,3 bzw. 0,4 offene Stellen auf einen Arbeitslosen. Mehr Arbeitslose als offene Stellen sind auch bei den Lagerverwaltern, Lager- und Transportarbeitern, bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, bei Warenprüfern und Versandfertigmachern sowie bei den Künstlern zu verzeichnen.

Auch in der nächsten Zeit ist mit einer weiteren Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Als erste direkte Maßnahme der Bundesregierung, die einer Überhöhung der Arbeitslosenquote vorbeugen soll, ist die im November verfügte Einstellung der Vermittlungen für ausländische Arbeiter anzusehen. Angaben über die Zahl der 1973 in Rheinland-Pfalz tätigen Gastarbeiter liegen zur Zeit nicht vor, doch gibt die letzte vom Landesarbeitsamt veröffentlichte Zahl für September 1972 einen guten Anhaltspunkt über deren Bedeutung für die Wirtschaft des Landes. Danach waren im vergangenen Jahr annähernd 80 000 nichtdeutsche Arbeitnehmer in rheinland-pfälzischen Betrieben tätig, eine Zahl, die sich bis September 1973 gewiß noch erhöht haben dürfte, und zwar überwiegend Türken, Italiener und Jugoslawen. Damals war ungefähr jeder fünfzehnte abhängig Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz Ausländer.

#### Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe erstmals unter 100 000

In der Zeit von Anfang 1972 bis Anfang 1973 sind weitere rund 4 000 landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche aus der Produktion ausgeschieden. Ihre Gesamtzahl fiel erstmals unter die 100 000-Grenze (99 150). Bei zunehmend größeren Betriebseinheiten hat hauptsächlich die Zahl der Kleinbetriebe abgenommen, aber in verstärktem Maße auch diejenigen mit 15 bis 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche und in diesem Jahr erstmals sogar die Betriebe mit 20 bis 25 ha, in denen heute kaum noch angemessene Einkommen zu erzielen sind. Der tiefgreifende Strukturwandel der letzten 20 Jahre findet einen deutlichen Ausdruck darin, daß zwischen 1949 und 1960 rund 43 000 und von 1960 bis 1973 weitere 69 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben wurden. Die durchschnittliche Betriebsgröße, die heute 8,2 ha beträgt, hat sich in der gleichen Zeit nahezu verdoppelt.

Ebenso wie die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, nimmt langfristig auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche ab. Der Rückgang im zu Ende gehenden Jahr um weitere 9 400 ha oder 1% betraf



wie im vergangenen Jahr in erster Linie das Ackerland - hier konnten Einbußen beim Anbau von Brotgetreide, Hackfrüchten, Gemüse, Erdbeeren und Futterpflanzen durch vermehrten Futtergetreide- und Hülsenfruchtanbau nicht kompensiert werden - und das Dauergrünland. Seit 1969 nimmt das Rebland in beachtlichem Ausmaße zu, das im zu Ende gehenden Jahr erneut um 1 500 ha oder 2,5% auf 61 500 ha erweitert wurde. So hat insbesondere die in den letzten Jahren zunehmende Verbreitung neuer Rebsorten zu einer Ausdehnung der Fläche für Weißweinsorten geführt, während bei Rotweinsorten, wie schon im vergangenen Jahr, ein Rückgang festzustellen war. Ganz beachtlich zugenommen haben auch die Brachflächen, und zwar um nicht weniger als 8 900 ha oder 16%, was erneut auf die Aufgabe von Kleinbetrieben und die Aussonderung stark parzellierter Flächen geringer Bodengüte zurückzuführen sein dürfte.

Die langanhaltende Trockenheit des vergangenen Sommers hat dazu geführt, daß die diesjährige *Ernte* fast durchweg geringer ausgefallen ist als die des Vorjahres. Die Getreideernte belief sich bei einem Hektarertrag von 37,0 dt auf knapp 1,4 Mill. t und lag damit bei einer geringfügig eingeschränkten Anbaufläche um fast 3% unter der des Vorjahres. Die Verluste sind vor allem auf die Trockenheit im Juni und Anfang Juli zurückzuführen, die in einigen Gebieten Notreifeerscheinungen zur Folge hatte. Wesentlich deutlicher ist der Ernteausschlag bei den Kartoffeln gewesen, die bei einer durchschnittlichen Hektarleistung von nur 226 dt und einer Flächenreduzierung um über 5% mit insgesamt 940 000 t etwa ein Viertel weniger

Ertrag brachten als im Jahr 1972. Zudem sind Qualität und Marktleistung durch einen hohen Anteil kleiner Knollen beeinträchtigt. Auch Gemüse erbrachte meist niedrigere Hektarerträge als 1972, bei Obst dagegen fielen sie wesentlich höher aus.

### Rekordernte an Weinmost

Positiv hat sich die Witterung des zu Ende gehenden Jahres auf die *Weinernte* ausgewirkt. Aufgrund des guten Blüteverlaufs, der warmen Sommertage und der ab Mitte September einsetzenden Niederschläge, ist in diesem Herbst eine mengenmäßig sehr reichliche Weinmosternte angefallen. Mit insgesamt 7,7 Mill. hl übersteigt sie die vorjährige Menge um rund 2,2 Mill. hl und übertrifft damit sogar noch die bisherige Rekordmenge aus dem Jahre 1970 um rund 500 000 hl. Die Qualität des 73ers wird ebenfalls wesentlich günstiger beurteilt als die des Jahrgangs 72, ohne jedoch die ursprünglich erwartete Güte (Jahrhundertwein) zu erreichen. Etwa 72% der Ernte entfallen auf Qualitätswein, 21% auf Prädikatswein und nur 7% auf Tafelwein. Die durchschnittlichen Mostgewichte betragen bei Weißmost 68° und bei Rotmost 64° Öchsle gegenüber 62 bzw. 61° im vergangenen Jahr.

### Viehhaltung vergrößert

Die in der landwirtschaftlichen *Viehhaltung* bereits seit vielen Jahren beobachtete Konzentrationsbewegung hielt auch im Jahre 1973 an. Im Juni 1973 war die Zahl der Rindviehhalter um über 7%, die der Schweinehalter um mehr als 3% kleiner als im Juni 1972. Gleichzeitig zeigte der Viehbestand, der im vorherigen Jahr deutlich eingeschränkt worden war, wieder eine Zunahmetendenz, die sich bei Rindvieh auf + 1,5%, bei den Schweinebeständen, die im Jahre 1972 um annähernd 10% reduziert worden waren, sogar auf annähernd + 8% stellte. Die Zahl der Schafe, denen mit zunehmender Brachfläche immer stärkere Bedeutung zukommt, hat 1973 die in den letzten Jahren zu beobachtende Zunahmetendenz mit ebenfalls annähernd + 8% fortgesetzt. Zur Jahresmitte wurden in den Ställen der rheinland-pfälzischen Viehhalter 708 000 Rinder, 762 000 Schweine und 96 000 Schafe gezählt.

Die *tierische Produktion* dürfte im zu Ende gehenden Jahre etwas geringer ausfallen als 1972. Es wurden durchweg weniger Rinder, Kälber und Schweine geschlachtet, so daß die gesamte Schlachtmenge 1973 um etwa 5% auf gut 146 000 t zurückgegangen ist. Infolge eines erstmals festgestellten Rückgangs in der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh von 317 auf 310 kg monatlich, ist auch die gesamte Milcherzeugung um mehr als 2% niedriger als 1972. Dennoch konnte sich der Trend zur verstärkten Marktproduktion erneut fortsetzen, denn der Anteil der Milchproduktion, der an Molkereien geliefert wird, stellt sich nunmehr auf über 84%. Die Eierproduktion blieb infolge zunehmender Hühnerbestände und gleichzeitig verminderter Legeleistung je Henne im Berichtszeitraum mit 1 065 Mill. Stück etwa konstant.

Land- und Forstwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha LF	Anzahl	99 153	- 2,9	- 3,9
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	890 446	- 1,1	- 1,0
Ackerland	"	525 501	- 1,3	- 1,4
Bestocktes Rebland	"	61 531	2,6	2,5
Ernte				
Getreide	1 000 t	1 379	2,8	- 2,6
Weizen	"	509	- 3,8	- 3,8
Zuckerrüben	"	1 054	7,5	- 6,6
Kartoffeln	"	938	1,6	- 24,5
Weinmost	1 000 hl	7 657	24,0	38,4
Viehbestand im Juni				
Rindvieh	1 000	708	- 4,8	1,5
Schweine	"	762	- 9,4	7,6
Schlachtungen				
Rindvieh	"	183	- 17,1	- 6
Schweine	"	1 117	- 4,3	- 5 1/2
Monatliche Milchleistung je Kuh	kg	310	3,9	- 2
Milcherzeugung	1 000 t	934	0,6	- 2 1/2
Anteil der Marktproduktion	%	84,5	2,8	1 1/2
Eierproduktion	Mill. St.	1 065	9,9	0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Pro- dukte MD Januar-September (ohne Mehrwertsteuer) (Bundesdurchschnitt)	1961/63 = 100	122,1	12,3	10,3
Pflanzliche Produkte	"	110,5	12,2	18,2
Getreide und Hülsenfrüchte	"	88,8	- 0,8	2,0
Hackfrüchte	"	126,6	20,2	40,2
Tierische Produkte	"	126,0	12,3	8,2



Im ganzen gesehen dürfte der Geldwert der *Nahrungsmittelproduktion* der Landwirtschaft im Jahre 1973 jedoch mit schätzungsweise + 5% etwas höher ausfallen als im Vorjahr, denn bei den im allgemeinen etwas geringeren Produktionsmengen sind die Erzeugerpreise fast durchweg, zum Teil sogar erheblich angestiegen. Ein Rückgang ist nur für den Mostpreis festzustellen, der aber durch die größere Menge ausgeglichen wird. Im Bundesgebiet erhöhte sich der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (ohne Mehrwertsteuer) im Monatsdurchschnitt von Januar bis Oktober des Jahres um rund 9%. Bei den pflanzlichen Produkten, die in ihrer Gesamtheit um rund 16% höhere Preise einbrachten, hatten Getreide und Hülsenfrüchte mit + 2% einen unterdurchschnittlichen Anstieg zu verzeichnen, der aber durch den Preisanstieg bei Hackfrüchten um rund 37% überkompensiert wurde. Für tierische Produkte erhielten die Erzeuger im Durchschnitt rund 8% mehr als 1972. Diese Angaben basieren auf einem arithmetischen Mittel der ersten zehn Monate des Jahres, bei dem die Gewichtung mit den monatlich angefallenen Mengen unberücksichtigt bleibt.

#### Industrie: Restriktionsmaßnahmen wirken sich nur zögernd aus

Die im Frühjahr dieses Jahres von der Bundesregierung zur Bekämpfung der Inflation eingeführten Restriktionsmaßnahmen scheinen sich nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auf die rheinland-pfälzische Industrie zunächst nur zögernd auszuwirken. Obwohl die hohen realen Zuwachsraten des Vorjahres, die insbesondere auf den konjunkturellen Aufschwung im zweiten Halbjahr zurückzuführen waren, im Jahresverlauf sicherlich nicht mehr erreicht werden, liegen die diesjährigen Raten wahrscheinlich noch nicht wesentlich darunter. Da es sich bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung fast ausschließlich um Globalmaßnahmen handelt, werden sie die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedlich beeinflussen. Ähnlich verhält es sich mit der Drosselung der Erdölproduktion durch die arabischen Länder, deren Auswirkung auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft bis zum Ende des Jahres zur Zeit noch nicht abzusehen ist. Mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrien weisen alle Wirtschaftszweige noch mehr oder weniger hohe Zuwachsraten auf. Diese Entwicklung wird von einem geringen Rückgang der Beschäftigtenzahl begleitet. Während sich die geleisteten Arbeiterstunden nur geringfügig erhöhen, übertrifft die Steigerungsrate der Lohn- und Gehaltssumme die Vorjahreshöhe voraussichtlich wieder beträchtlich.

Im Berichtsjahr ist seit 1969 erstmals wieder ein Rückgang der Zahl der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten um 65 oder 2% auf 2 994 zu beobachten (Bundesgebiet - 0,5%). Als Folge der zunehmenden Entspannung am Arbeitsmarkt kann die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 1% erhöht werden, während die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden stagniert (Bundesgebiet + 0,5 bzw. - 0,5%). Die

Industrie  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %		
			1972	1973	
Rheinland-Pfalz					
Betriebe	} Monats- durchschnitt	Anzahl	2 994	-	- 2
Beschäftigte		1 000	407	- 1,0	1
Arbeiter		"	299	- 2,1	1/2
Angestellte		"	108	2,0	2 1/2
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	548	- 3,0	0
Lohn- und Gehaltssumme		Mill,DM	8 024	9,1	13
Lohnsumme		"	5 202	7,5	13
Umsatz		"	37 686	9,8	11 1/2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		"	15 150	9,7	16 1/2
Chemische Industrie einschl. Mineralölverarbeitung		"	9 327	10,7	15 1/2
Investitionsgüterindustrien		"	10 417	11,3	4 1/2
Maschinenbau		"	3 441	22,9	- 11 1/2
Straßenfahrzeugbau		"	3 570	3,0	17 1/2
Verbrauchsgüterindustrien		"	7 571	10,8	10 1/2
Schuhindustrie		"	1 167	- 0,3	- 5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien		"	4 535	4,6	15
Auslandsumsatz		"	9 068	19,0	18 1/2
Produktion		1962=100	265	10,8	7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		"	286	12,6	8 1/2
Chemische Industrie einschl. Mineralölverarbeitung		"	343	14,7	8 1/2
Investitionsgüterindustrien		"	330	11,7	2 1/2
Maschinenbau		"	254	23,6	- 15
Straßenfahrzeugbau		"	1 289	1,1	19 1/2
Verbrauchsgüterindustrien		"	196	7,7	7
Schuhindustrie		"	90	- 5,2	- 12
Nahrungs- und Genußmittelindustrien		"	205	2,3	13
Bundesgebiet (Januar - September)					
Betriebe	} Monats- durchschnitt	Anzahl	55 496	- 0,5	- 0,6
Beschäftigte		1 000	8 363	- 2,5	0,3
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	8 322	- 4,9	- 0,4
Umsatz		Mrd,DM	487	4,6	12,3
Produktion		1962=100	174	1,5	8,4

Steigerungsrate der in der gesamten Industrie bezahlten Lohn- und Gehaltssumme erreicht eine Höhe von 13%. Dieser Anstieg liegt zwar erheblich über dem des Vorjahres (+ 9,1%), aber noch immer unter dem der Jahre 1969 und 1970, in denen Zuwachsraten von 16 und 21% erreicht wurden. Die Lohn- und Gehaltsquote (Anteil am Umsatz) hält sich wieder weitgehend auf der Vorjahreshöhe von 21%.

Als Folge der zum Teil wesentlich höheren Preissteigerungen als im vorigen Jahr erhöht sich der Jahresumsatz 1973 (ohne Mehrwertsteuer) der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe um mehr als 11% auf 37,7 Mrd. DM (Bundesgebiet + 12%). Die Umsatzentwicklung wird im Berichtsjahr wieder in verstärktem Maße vom Auslandsabsatz, der um 19% auf 9,1 Mrd. DM gesteigert werden kann, beeinflusst. Auf dem Inlandsmarkt, wo die Nachfrage nach den verteuerten Produkten zurückhaltender ist, nehmen die Umsätze dagegen nur um 9,5% auf 28,6 Mrd. DM zu.

Unter den *Industriehauptgruppen* weisen in diesem Jahr die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit einer durchschnittlichen Rate von 16,5% das höchste Umsatzwachstum auf. Dazu trägt die chemische Industrie, die 1973 mit voraussicht-



lich 9,33 Mrd. DM Jahresumsatz am Umsatz der gesamten Industrie wieder mit 25% beteiligt ist, mit einer Wachstumsrate von 16% maßgeblich bei. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist die hohe Umsatzexpansion (+ 15%) ausschließlich auf die Entwicklung in der Ernährungsindustrie (+ 16%) zurückzuführen. Der Verbrauchsgüterbereich, der im vorigen Jahr mit + 10,8% die zweitgrößte Umsatzsteigerung verzeichnete, kommt mit einer Zuwachsrate von 10,5% in diesem Jahr erst an dritter Stelle. Dazu trägt unter anderem die Schuhindustrie bei, die eine Umsatzeinbuße von 5% erlebt. Die Investitionsgüterindustrien, die in den früheren Jahren als von der Landesregierung besonders geförderter Wirtschaftszweig an der Spitze des Industriewachstums standen, erscheinen jedoch ausschließlich als Folge des Rückgangs bei Maschinenbau und Datenverarbeitung (— 12%), mit einer Wachstumsrate von nur 4,5% erst an letzter Stelle. Eine besonders günstige Entwicklung weist hier dagegen noch der Straßenfahrzeugbau auf, der seinen Umsatz im Berichtsjahr um 17% steigern kann.

Die Umsatzentwicklung muß jedoch verstärkt im Zusammenhang mit der Preissituation in diesem Jahr gesehen werden. Der *Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte* wird im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr um über 6,5% ansteigen. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate hat sich damit gegenüber 1972 (+ 2,9%) mehr als verdoppelt. Die höchsten Raten sind bei den Erzeugnissen der Verbrauchsgüter- (+ 8,5%), Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 8%) sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 7,5%) zu erwarten, während die Preise der Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien nur um 4,5% steigen werden. Die

Da beim *Index der industriellen Produktion* (Basis 1962 = 100), der die Entwicklung des mengenmäßigen Outputs innerhalb einer bestimmten Periode zeigt, im Gegensatz zum Umsatz die Preisentwicklung unberücksichtigt bleibt, eignet er sich für die Darstellung des realen Wirtschaftswachstums in besonderem Maße. Gemessen an diesem Index steigt die industrielle Produktion in Rheinland-Pfalz im Jahre 1973 erwartungsgemäß um 7% an. Die Wachstumsrate liegt damit erstmals seit längerer Zeit unter der des Bundesgebietes (Januar bis September + 8,4%).

Die höchsten Steigerungsraten weisen mit 13% nunmehr die Nahrungs- und Genußmittelindustrien auf, was zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Nachfrage nach den Erzeugnissen dieses Wirtschaftszweigs relativ stark ist. Dies trifft insbesondere auf die Produkte der Ernährungsindustrie (+ 14%) zu, während die Tabak verarbeitende Industrie sogar einen Produktionsrückgang (— 2%) hinnehmen muß.

Erheblich niedriger, aber immer noch über dem Gesamtdurchschnitt liegt mit 8,5% die Wachstumsrate der Produktion im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Dieser Wirtschaftszweig wird in Rheinland-Pfalz besonders stark von dem Ölembargo der Araber getroffen, so daß sich das durchschnittliche Wachstum bis zum Jahresende noch verringern wird. Mit einer besonders hohen Wachstumsrate ragt die eisenschaffende und NE-Metallindustrie (+ 32%) aus den übrigen Industriegruppen heraus, während die chemische Industrie zusammen mit der Mineralölverarbeitung mit ihrer Wachstumsrate im Durchschnitt der Industriehauptgruppe liegen.

Die Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien erhöht sich in diesem Jahr in etwa im Durchschnitt der gesamten Industrieproduktion des Landes. Besonders hohe Zuwachsraten verzeichnen die Kunststoff verarbeitende Industrie (+ 25%), die Glasindustrie (+ 18,5%) sowie die Holz verarbeitende Industrie (+ 15%). Weitere Produktionsrückgänge müssen dagegen die Leder erzeugende Industrie (— 24,5%) und die Schuhindustrie (— 12%) hinnehmen. Aber auch die Leder verarbeitende Industrie, die in den vorausgegangenen Jahren noch geringe Wachstumsraten aufwies, produziert im Berichtsjahr um 11,5% weniger.

Das Produktionsergebnis der Investitionsgüterindustrien (+ 2,5%) wird wie der Umsatz weitgehend von der besonderen Situation im Maschinenbau (— 15%) beeinflusst. Davon abgesehen sind in diesem Wirtschaftszweig aber überwiegend hohe Wachstumsraten zu beobachten, die zum Teil erheblich über denen des Vorjahres liegen. Am meisten trifft dies auf die feinmechanische und optische Industrie (+ 24%) zu, die in den letzten drei Jahren nur Raten zwischen + 0,7 und + 2,3% aufzuweisen hatte. Eine beachtliche Output-Steigerung ist weiterhin beim Straßenfahrzeugbau (+ 19,5%) und der elektrotechnischen Industrie (+ 18,5%) sowie bei der Stahlverformung (+ 17%) zu erwarten.

Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet  
(Ohne Mehrwertsteuer)

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Insgesamt	1962=100	124	2,9	6 1/2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	115	0,9	8
Investitionsgüterindustrien	"	128	3,1	4
Verbrauchsgüterindustrien	"	130	4,5	8 1/2
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	"	120	3,3	7 1/2
Investitionsgüter	"	138	4,0	4 1/2
Verbrauchsgüter	"	124	4,0	6

relativ hohen Teuerungsraten der erstgenannten Gruppen gehen in erster Linie auf folgende Produkte zurück: Leder (+ 14%), Textilien (+ 14,5%), Mineralölerzeugnisse (+ 17%), NE-Metalle und Metallhalbzeug (+ 20%), Fleisch- und Fleischwaren (+ 12%) sowie Tabakwaren (+ 14%). Die monatliche Entwicklung der Erzeugerpreise industrieller Produkte zeigt vom Beginn des Jahres an eine ziemlich gleichmäßig ansteigende Tendenz, die im Oktober einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Allein von Januar bis Oktober ist ein Preisanstieg der Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie und des Bergbaus von 5,5% festzustellen.



Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	8,02	8,8	12,2
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	9,07	8,5	10,5
Investitionsgüterindustrien	"	8,07	8,7	15,1
Verbrauchsgüterindustrien	"	6,97	8,8	11,0
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	"	7,11	9,7	14,3
Männer	"	8,70	8,7	12,4
Frauen	"	5,83	9,4	11,7
Bruttowochenverdienst insgesamt	"	346	8,7	10,9
Bezahlte Wochenarbeitsstunden	Anzahl	43,2	- 0,2	- 0,9
Mehrarbeitsstunden	"	3,0	- 3,1	- 3,2
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	1 982	8,4	18,1
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	2 152	6,9	18,8
Investitionsgüterindustrien	"	1 937	9,0	22,1
Verbrauchsgüterindustrien	"	1 750	9,0	14,8
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	"	1 839	9,0	14,7
Männer	"	2 220	8,3	16,4
Frauen	"	1 387	8,4	13,8

### 18% höhere Angestelltegehälter in der Industrie

Die durchschnittlichen *Bruttostundenverdienste* der in der Industrie tätigen Arbeiter (ohne Hoch- und Tiefbau) erhöhten sich von Juli 1972 auf Juli 1973 um 12,2% auf 8,02 DM. Dabei konnten sich die Verdienste der Frauen wieder nur unterdurchschnittlich um 11,7% auf nunmehr 5,83 DM in der Stunde verbessern, während die Männer im Schnitt 8,70 DM (+ 12,4%) erhielten. Die stärksten Steigerungen verzeichneten diesmal die Investitionsgüterindustrien (+ 15,1%), die noch einen gewissen Nachholbedarf zu befriedigen hatten, sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrien (+ 14,3%). Am meisten verdiente man im Juli 1973 mit 9,07 DM in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und hier insbesondere in der chemischen Industrie (9,51 DM) und der eisenschaffenden Industrie (9,27 DM), wo der Anteil der Frauenarbeit entsprechend gering ist. Der Anstieg der Stundenverdienste war diesmal nur mit einer geringen Reduzierung der bezahlten Wochenarbeitsstunden um knapp 1% auf 43,2 verbunden.

Erheblich stärker als die Arbeiterlöhne nahmen in dem Berichtszeitraum die *Gehälter der Angestellten* zu, und zwar um 18,1% auf durchschnittlich 1 982 DM im Monat. Ein männlicher Angestellter verdiente im Juli 1973 im Schnitt 2 220 DM (+ 16,4%), während eine weibliche Angestellte nur auf 1 387 DM im Monat (+ 13,8%) kam. Die höchsten Steigerungen waren, ebenso wie bei den Arbeitern, in den Investitionsgüterindustrien (+ 22,1%) zu beobachten, während die höchsten Gehälter mit 2 152 DM in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien bezogen wurden. Eine deutliche Diskrepanz der Entwicklung ergab sich wieder zwischen den Leistungsgruppen, die zu einer weiteren Nivellierung der Angestelltegehälter

führte. Während die Gehälter der höchsten Leistungsgruppe (II) bei den Männern um 12,2% und bei den Frauen um 12,0% anzogen, verbesserten sich die Gehälter der niedrigsten Leistungsgruppen um 22,5 bzw. 17,8%.

### Handwerk erzielt Umsatzsteigerung von 14%

Nachdem die *Beschäftigung* in den rheinland-pfälzischen Handwerksbetrieben in den letzten drei Jahren nahezu stagnierte, war von Ende September 1972 bis Ende September 1973 ein Rückgang von 0,6% zu beobachten (Bundesgebiet September 1972 bis 1973: + 0,1%). Diese Entwicklung ergibt sich als Saldo aus den Rückgängen bei den Handwerksgruppen Nahrungsmittel (— 8,6%) sowie Bau und Ausbau (— 2,9%) und der Verbesserung des Beschäftigtenstandes in den Gruppen Holz (+ 5,9%), Metallverarbeitung (+ 4,2%) sowie Gesundheits-, Körperpflege und Reinigung (+ 1,1%).

Der geringe Beschäftigungsrückgang geht jedoch mit einer erheblichen Ausweitung des *Umsatzes* um fast 14% einher (Bundesgebiet + 11%). Damit wird die hohe Wachstumsrate von 1971 (+ 14,0%) wieder erreicht. Am günstigsten schneidet im Berichtsjahr die Handwerksgruppe Holzverarbeitung ab, die mit einer Rate von fast 40% die Gruppen Metallverarbeitung (+ 17,5%), Bau und Ausbau (+ 12,3%) sowie Gesundheits-, Körperpflege und Reinigung (+ 10,7%) bei weitem übertrifft. Im Nahrungsmittelbereich können in diesem Jahr jedoch lediglich um 2% höhere Umsätze als im Vorjahr erzielt werden.

#### Handwerk

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte Ende September	Anzahl	227 797	0,6	- 0,8
Bau und Ausbau	"	80 706	1,1	- 2,9
Metallverarbeitung	"	66 353	0,9	4,2
Holzverarbeitung	"	18 275	4,6	5,9
Nahrungsmittel	"	29 613	4,8	- 8,6
Gesundheits- und Körper- pflege, Reinigung	"	18 691	- 4,3	1,1
Umsatz	Mill. DM	13 702	8,0	13 1/2
Bau und Ausbau	"	4 007	8,9	12 1/2
Metallverarbeitung	"	5 012	7,5	17 1/2
Holzverarbeitung	"	1 315	14,6	40
Nahrungsmittel	"	2 341	8,6	2
Gesundheits- und Körper- pflege, Reinigung	"	328	- 0,8	10 1/2
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte	Anzahl	3 955	1,5	0,1
Umsatz	Mrd. DM	158	11,2	10,5

Wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen setzte sich auch im Handwerk 1973 die jährliche Steigerung der *Stundenverdienste* wieder verstärkt fort. So erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Mai 1972 bis Mai 1973 um 14% auf 7,97 DM. Die hohe Steigerungsrate kam aber nur den Vollgesellen zugute, die mit 8,34 DM in der Stunde ebenfalls um 14% mehr verdienten als im Vorjahr. Die Stundenlöhne der Junggesellen



Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Bruttostundenverdienst	DM	7,97	10,8	14,0
Vollgesellen	"	8,34	10,1	14,1
Jungesellen	"	6,37	12,5	12,1
Übrige Arbeiter	"	6,49	14,8	8,7
Bruttowochenverdienst	"	351	8,8	14,0
Geleistete Wochenarbeitszeit	Stunden	39,4	- 6,5	5,6
Bezahlte Wochenarbeitszeit	"	44,0	- 2,0	-

(6,37 DM) und übrigen Arbeiter (6,49 DM) nahmen dagegen nur um 12 bzw. 9% zu. Den höchsten Stundenverdienst hatten mit 10,22 DM wie im Vorjahr die Vollgesellen der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation. Die augenfälligsten Lohnverbesserungen konnten diesmal die Fleischer, Schlosser und Herrenschneider mit jeweils + 14% verbuchen.

### Bauwirtschaft von den Stabilitätsmaßnahmen am stärksten betroffen

Die stärksten Auswirkungen haben die staatlichen Restriktionsmaßnahmen bisher im Bauhauptgewerbe gezeigt, wo sich die Zahl der Betriebe von Juni 1972 auf Juni 1973 um 75 auf 4 410 verringerte. Von dieser Entwicklung waren in erster Linie jedoch nur kleinere Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten betroffen, während sich die Großbetriebe zunächst noch überwiegend als widerstandsfähig erwiesen. Die Zahl der Arbeitskräfte nimmt im Jahresdurchschnitt um 2 000 oder 2% ab. Anders als im vorausgegangenen Jahr betrifft der Rückgang diesmal neben den Helfern und Hilfsarbeitern (— 8,5%), die nach der neueren Terminologie als Fachwerker und Werker bezeichnet werden, diesmal auch die qualifizierten Facharbeiter, Poliere und Meister (— 1%). Im Gegensatz dazu erhöht sich die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie die der gewerblichen Lehrlinge weiter um 3 bzw. sogar 11%. Im Bundesgebiet hat vom Januar bis September gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten um 1,8% abgenommen.

Der Beschäftigungsrückgang ist außerdem von einer erheblichen Abnahme der auf den Baustellen des Landes geleisteten Arbeitsstunden (— 6%) begleitet, die im Vorjahr in erster Linie wohl wegen der besonders günstigen Witterungsverhältnisse noch einen geringen Anstieg verzeichneten. Am stärksten ist hiervon der private Sektor betroffen, auf welchen etwa 60% der geleisteten Arbeitsstunden entfallen. Hier ragt wiederum der gewerbliche Hoch- und Tiefbau mit einer um 10% geringeren Arbeitsleistung besonders heraus. Aber auch im privaten Wohnungsbau ist bereits eine negative Tendenz (— 4%) zu beobachten. Der einzige Bereich, der nur einen geringfügigen Rückgang aufweist, ist der öffentliche Straßenbau. Im Bundesgebiet nahm die Zahl der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden von Januar bis September im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,2% ab.

Trotz der zum Teil erheblich geringeren Arbeitsleistung steigt die von den Arbeitgebern bezahlte Lohn- und Gehaltssumme noch um 8% auf 1,7 Mrd. DM an. Diese Entwicklung geht auf eine besonders starke Erhöhung der Löhne und Gehälter in diesem Jahr zurück. So verdienten die Bauarbeiter im Hoch- und Tiefbau im Juli 1973 in der Stunde mit 8,56 DM durchschnittlich um 12,9% mehr als vor einem Jahr. Die Gehälter der Angestellten wurden gleichzeitig um 12,5% auf 2 197 DM im Schnitt aufgestockt.

Während die Produktion des Bauhauptgewerbes stagniert, wird der baugewerbliche Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) um nahezu 4% zunehmen. Den stärksten Umsatzrückgang verzeichnen der gewerbliche Bau (— 17%) und der öffentliche Straßenbau (— 14%). Dagegen können im Wohnungsbau noch um 23% höhere Umsätze verbucht werden als im Jahr zuvor. Im Bundesgebiet lag der Gesamtumsatz von Januar bis September um 2,7% über dem des gleichen Vorjahreszeitraums.

Bei der realen Entwicklung der Umsätze sind die hohen Preissteigerungen der letzten Zeit auf dem Baumarkt zu berücksichtigen. So wird beispielsweise der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude im Jahresdurchschnitt 1973 um 7,5% auf 164,6 ansteigen. Die einzelnen Bauleistungen verteuern sich in unterschiedlichem Maße: Erd- und Grundbauarbeiten werden um 3,5% teurer, Rohbauarbeiten um 6,5%, Ausbauarbeiten und haustechnische Anlagen sogar jeweils um 8,5%. Die reinen Baukosten erhöhen sich für Wohngebäude und Bürogebäude um jeweils 7,5%, während sich der Straßenbau dagegen nur um 3,5% verteuern wird.

Da von der im Februar beschlossenen Aussetzung der degressiven Abschreibung auf Wohngebäude

#### Bauhauptgewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Rheinland-Pfalz				
Betriebe (30. 6. )	Anzahl	4 410	0,2	- 1,7
Beschäftigte	"	87 331	0,2	- 2 1/2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	150 303	0,7	- 6
Wohnungsbau	"	60 478	6,7	- 3 1/2
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	61 885	- 5,0	- 5 1/2
Straßenbau	"	22 607	- 4,9	- 1 1/2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	1 693	14,4	7 1/2
Umsatz insgesamt	"	4 128	2,0	3 1/2
Wohnungsbau	"	1 496	6,3	23
Gewerblicher Bau	"	650	- 3,6	- 16 1/2
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	1 938	2,5	- 1/2
Straßenbau	"	626	- 1,2	- 13 1/2
Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude im Bundesgeb.	1962= 100	165	6,8	7 1/2
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)	"	169	7,1	7 1/2
Erd- und Grundbauarbeiten	"	131	3,6	3 1/2
Rohbauarbeiten	"	170	6,8	6 1/2
Ausbauarbeiten	"	173	8,1	8 1/2
Haustechnische Anlagen	"	162	5,7	8 1/2
Bürogebäude	"	167	6,4	7 1/2
Straßenbau	"	118	1,5	3 1/2
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte	1 000	1 504	- 0,9	- 1,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	1 782	- 0,5	- 5,2
Umsatz	Mill. DM	50 991	11,9	2,7



Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst	DM	8,56	9,1	12,9
Bruttowochenverdienst	"	386	6,1	10,6
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	45,0	- 2,7	- 2,2
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	2 197	10,3	12,5

der staatlich geförderte Wohnungsbau sowie die bereits begonnenen Bauwerke ausgenommen sind, dürften in diesem Jahr von dieser Seite noch keine bemerkenswerten Auswirkungen auf die *Wohnungsbautätigkeit* zu erwarten sein. Die Zahl der im Jahre 1972 fertiggestellten Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau lag mit rund 33 600 Einheiten um mehr als 26% über dem Vorjahresergebnis. Am Ende des letzten Jahres bestand noch ein Bauüberhang von rund 64 700 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Das sind über 18% mehr als im Jahr zuvor. Der echte Bauüberhang (begonnene aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben) belief sich auf fast 48 800 Wohnungen (+ 16%). Aufgrund der Tatsache, daß in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres schon 31% mehr Wohnungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum fertiggestellt wurden, kann für 1973 wieder mit einem höheren Fertigstellungsergebnis als im Vorjahr gerechnet werden.

### Hohe Exportsteigerung trotz Aufwertung der D-Mark

Wirkten sich die DM-Aufwertung vom Herbst 1969 sowie die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark vom Mai 1971 noch spürbar auf die Außenhandelsergebnisse des Jahres 1971 aus, so trifft dies auf das Jahr 1973 infolge der wirtschaftlichen Belebung bei den meisten Handelspartnern nicht mehr zu. Obwohl die D-Mark seit Anfang 1973 die bisher stärkste Höherbewertung erfuhr, zeigte die Außenhandelsbilanz bis zum Herbst dieses Jahres noch keine Reaktion. Die Ausfuhr von Gütern rheinland-pfälzischen Ursprungs wird sich bei einem Wachstum der Einfuhr von nur 5% vielmehr noch um 17% gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Im Bundesgebiet war die Entwicklung jedoch nicht so ausgeprägt wie in Rheinland-Pfalz. Während der Export in den Monaten Januar bis September gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum mit 20,5% stärker anstieg als in Rheinland-Pfalz, nahm auch der Import wohl als Folge der Liberalisierung der Einfuhren aus den Staatshandelsländern sowie der Aufstockung der Importkontingente in Zusammenhang mit dem Stabilitätsprogramm um 12,9% zu.

Zu dem hohen rheinland-pfälzischen *Exportwachstum* tragen vor allem die Lieferungen in die EG- und Entwicklungsländer bei. Die EG-Partner beziehen im Berichtszeitraum voraussichtlich für etwa 593 Mill. DM mehr Waren aus Rheinland-Pfalz als im Vorjahr (+ 14%). Dabei weisen die zu

Beginn des Jahres beigetretenen Länder Großbritannien (+ 25,5%), Republik Irland (+ 77%) und Dänemark (+ 27%) die höchsten Zuwachsraten auf, tragen aber wegen der in der Vergangenheit noch relativ niedrigen Importe aus Rheinland-Pfalz nicht wesentlich zu der Gesamtveränderung bei. Anders verhält es sich bei den Ländern Niederlande (+ 20%), Frankreich (+ 8,5%) und Belgien/Luxemburg (+ 19%), in die fast zwei Drittel der für die EG bestimmten rheinland-pfälzischen Exporte gehen. Der Export in die Ostblockstaaten erhöht sich 1973 zwar mit einer nahezu halbierten Wachstumsrate (+ 32,5% oder + 141 Mill. DM), die aber noch immer weit über dem Gesamtdurchschnitt liegt. Die abgeschwächte Entwicklung ist auf den Rückgang der Ausfuhr in die Sowjetunion zurückzuführen, auf die im vergangenen Jahr 41% der Ostblockexporte entfiel. Bemerkenswert ist zudem das hohe Wachstum der Ausfuhr in die Vereinigten

### Ausfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Rheinland-Pfalz				
Insgesamt	Mill. DM	10 354	16,4	17
EG-Länder	"	4 794	17,7	14
Frankreich	"	1 600	20,6	8 1/2
Italien	"	864	19,5	10
Niederlande	"	803	4,8	20
Belgien / Luxemburg	"	737	18,1	19
Großbritannien	"	579	30,1	25 1/2
Republik Irland	"	35	9,8	77
Dänemark	"	224	12,2	27
USA	"	588	10,0	13 1/2
Entwicklungsländer	"	1 578	10,0	25 1/2
Ostblockländer	"	573	62,2	32 1/2
Ernährungswirtschaft	"	501	26,6	64 1/2
Wein	"	234	33,3	48
Gewerbliche Wirtschaft	"	9 859	16,0	15 1/2
Rohstoffe	"	136	1,8	10
Halbwaren	"	527	- 2,0	24
Fertigwaren	"	9 194	17,4	15
Bundesgebiet (Januar - September)				
Insgesamt	Mrd. DM	128,9	6,3	20,5
EG-Länder	"	60,8	7,0	21,1
USA	"	11,5	- 2,6	16,2
Entwicklungsländer	"	14,6	3,3	17,7
Ostblockländer	"	7,5	23,3	41,5

Staaten (+ 13,5%), das trotz Abwertung des Dollars und Aufwertung der D-Mark besser ausgefallen ist als im Vorjahr (+ 10,0%).

Trotz der verschiedenen außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen erhöht sich die rheinland-pfälzische Einfuhr in diesem Jahr nur um 5%. An dem geringen Wachstum ist in erster Linie jedoch der Handel mit den EG-Partnern schuld, der etwa 60% der gesamten Einfuhr nach Rheinland-Pfalz ausmacht. Der Import von Waren aus dem EG-Gebiet stagniert nämlich weitgehend. Zu dieser Lage tragen vor allem die Länder Frankreich (- 27%), Großbritannien (- 17%) und Italien (+ 0,5%) bei, während die Niederlande (+ 37,5%), Belgien/Luxemburg (+ 15%), Dänemark (+ 23%) und Republik Irland (+ 64%) relativ hohe Wachstums-



## Einfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Rheinland-Pfalz				
Insgesamt	Mill. DM	6 054	5,5	5
EG-Länder	"	3 632	7,5	0
Frankreich	"	979	8,5	- 27
Italien	"	719	- 1,2	1/2
Niederlande	"	798	5,9	37 1/2
Belgien / Luxemburg	"	893	23,4	15
Großbritannien	"	173	- 4,6	- 17
Republik Irland	"	5	87,6	64
Dänemark	"	42	41,1	23
USA	"	571	- 4,3	12 1/2
Entwicklungsländer	"	848	1,9	10
Ostblockländer	"	167	0,6	32 1/2
Ernährungswirtschaft	"	1 293	12,4	29 1/2
Wein	"	295	29,4	16 1/2
Gewerbliche Wirtschaft	"	4 775	4,1	0
Rohstoffe	"	834	1,6	7 1/2
Halbwaren	"	1 098	1,4	33 1/2
Fertigwaren	"	2 858	5,5	- 10
Bundesgebiet (Januar - September)				
Insgesamt	Mrd. DM	106,1	5,4	12,9
EG-Länder	"	55,6	11,0	9,4
USA	"	9,0	- 20,2	13,9
Entwicklungsländer	"	17,1	0,7	17,9
Ostblockländer	"	4,5	12,1	21,6

raten aufweisen. Hohe Zuwachsraten verzeichnen weiterhin die Exporte der Ostblockstaaten (+ 32,5%), die sich im vorausgegangenen Jahr noch kaum verändert hatten (+ 0,6%). Diese Entwicklung wird maßgeblich durch die Einfuhr von Waren aus der Sowjetunion bestimmt, die sich gegenüber dem Vorjahr um 174,5% erhöht (Vorjahr — 23,7%).

Angeichts der durch das Ölembargo der arabischen Staaten ausgelösten Energiekrise dürfte die wirtschaftliche Struktur der rheinland-pfälzischen Einfuhr von besonderem Interesse sein. Da die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die von allen Industriezweigen den höchsten Mineralölbedarf ausweisen, in Rheinland-Pfalz vor allem durch die chemische Industrie einen höheren Anteil an der Industrieproduktion haben als im Bundesgebiet, wird auch die rheinland-pfälzische Industrie in stärkerem Maße als die Industrie der übrigen Bundesländer von einer Einschränkung der Erdöllieferungen betroffen. Der Anteil des Erdöls an der Gesamteinfuhr lag in Rheinland-Pfalz 1972 mit 7,6% um 1,8 Punkte über dem des Bundes. Von den 5,7 Mill. t nach Rheinland-Pfalz importiertem Erdöl stammten 56% aus den am Boykott beteiligten arabischen Ländern. Unter ihnen nahm Libyen mit 1,5 Mill. t den ersten Platz ein. Läßt man die durch die Förderbeschränkungen bedingte Verringerung, die frühestens im November dieses Jahres zum Tragen gekommen ist, außer Betracht, würde sich die Erdöllieferung in diesem Jahr wertmäßig um 5,5% erhöhen. Die Länder Libyen, Saudi-Arabien und Algerien, die 1972 zusammen 98% des mengenmäßigen Erdölimportes der arabischen Länder nach Rheinland-Pfalz bestritten, kündigten jedoch neben totalen Liefersperren gegen die USA und Niederlande Förderbeschränkungen zwischen 5 und 15% an.

## Unverminderter Boom im Einzelhandel

Der Boom, der sich 1972 im rheinland-pfälzischen Einzelhandel als Folge der hohen Nachfrage besonders stark bemerkbar machte, setzt sich nach den bisher vorliegenden Ergebnissen im Berichtsjahr unvermindert fort. Der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen erhöht sich unter der Voraussetzung, daß das Weihnachtsgeschäft nicht durch die Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung wesentlich beeinträchtigt wird, in diesem Jahr um 11% gegenüber dem Vorjahr (Bundesgebiet Januar bis September + 8,0%). Am stärksten trägt zu dieser Entwicklung wieder der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln bei, der als am Umsatz gemessen größter Einzelhandelszweig seinen Umsatz nochmals um 11% gegenüber dem Vorjahr steigern kann. Aber auch der Einzelhandel mit Kohle und Mineralöl (+ 24%), mit Hausrat und Wohnbedarf (+ 15%), mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 14%), mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 12,5%) sowie mit sonstigen Waren (+ 26%), der vor allem die Geschäfte mit Blumen, Lacken und Farben, Tapeten und technischem Bedarf enthält, sind mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten an dem günstigen Gesamtergebnis beteiligt. Die Umsätze des Kohle- und Mineralölhandels waren insbesondere im Oktober durch Hortungskäufe von Heizöl bestimmt.

Die hohen Umsatzsteigerungen im Einzelhandel sind in diesem Jahr jedoch zu einem erheblichen Teil auf Preiserhöhungen zurückzuführen. So ziehen die Einzelhandelspreise im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um durchschnittlich 6% an. Den stärksten Preisauftrieb verzeichnen dabei die Güter des Einzelhandels mit Kohle und Mineralöl (+ 11%), mit Nahrungs-, Genußmitteln und Gemischtwaren (+ 7,5%) sowie mit Textilien, Sportartikeln und Schuhen (+ 7%), wäh-

## Einzelhandel und Lebenshaltung

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte	1970=100	107	2,1	2 1/2
Umsatz	"	136	9,5	11
Index der Einzelhandelspreise im Bundesgebiet	1962=100	131	4,8	6
Preisindex für die Lebens- haltung im Bundesgebiet				
Alle privaten Haushalte	"	145	5,5	7
Nahrungsmittel	"	137	5,8	7 1/2
Kleidung und Schuhe	"	140	6,0	7 1/2
Wohnungsmieten	"	192	6,1	6
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	"	144	5,4	6 1/2
4-Personen-Arbeitnehmer- haushalte mit mittlerem Einkommen	"	144	5,3	6 1/2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern	"	149	5,7	7
Bundesgebiet (Januar - September)				
Umsatz	1962=100	.	9,0	8,0



rend die Preise des Einzelhandels mit Fahrzeugen und Maschinen, mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln sowie mit sonstigen Waren nur mit Raten zwischen 4 und 4,5% steigen werden.

Da sich die Waren, die in diesem Jahr die höchsten Preissteigerungsraten erleben, wegen ihres hohen Anteils besonders stark in dem dem *Preisindex für die Lebenshaltung* zugrunde liegenden Warenkorb auswirken, wird sich der Index aller privaten Haushalte im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr wahrscheinlich um 7% erhöhen. Dabei tragen Nahrungsmittel sowie Bekleidung und Schuhe (jeweils 7,5%) am meisten zur Verteuerung der Lebenshaltung bei, während demgegenüber die Wohnungsmieten (+ 6%) eine relativ mäßige Steigerung erfahren. Von der Entwicklung sind die Haushaltstypen 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen und 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen in gleichem Umfang betroffen. Dagegen erhöhen sich die Lebenshaltungskosten für die 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (+ 7%) sowie für ein Kind (+ 7,5%) weiter überdurchschnittlich.

#### Deutschland für Amerikaner weniger attraktiv

Der Umsatz im gesamten *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*, der im zu Ende gehenden Jahr zusätzlich noch durch das im Zusammenhang mit der Energiekrise verhängte Sonntagsfahrverbot negativen Einflüssen unterliegt, wird noch um etwa 2% ansteigen, während sich im vergangenen Jahr eine durchschnittliche Wachstumsrate von 12,6% errechnete. Dabei schneidet das Beherbergungsgewerbe (+3,5%) jedoch etwas besser ab als das Gaststättengewerbe (+ 1,5%). Die Wachstumsraten liegen damit wesentlich unter denen des Bundesgebietes, wo sich die Umsätze von Januar bis September im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,5 bzw. 5,8% erhöhten.

Am 1. April wurden in den 286 erfaßten rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 500 oder 0,5% mehr *Betten* gezählt als vor einem Jahr. Damit standen nunmehr 101 231 Betten für den Beherbergungsverkehr zur Verfügung. Bei einem Rückgang der Betriebszahl um 1,2% auf 3 400 setzte sich zudem der Trend zum Großbetrieb weiter fort. Während die Zahl der Mittel- und Großbetriebe mit 20 und mehr Betten um 2,8% anwuchs, nahmen die kleineren Betriebe um 3,6% ab.

Entsprechend der schlechten Umsatzentwicklung im Beherbergungsgewerbe war in den Berichtsgemeinden im Sommerhalbjahr 1973 (April bis September) nahezu eine Stagnation der *Übernachtungszahl* gegenüber dem Sommerhalbjahr 1972 (+ 0,3%) zu beobachten, während sich die Zahl der Gäste sogar um 3,4% verringerte. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden geringfügig auf 4,0 Tage. Die Zahl der im Laufe der Sommermonate eingetroffenen Gäste belief sich auf 2,06 Mill., die der Übernachtungen auf 8,26 Mill. Die geringe Zunahme der Übernachtungszahl ist, wie in den vergangenen Jahren, jedoch allein auf

die Besucher aus der Bundesrepublik zurückzuführen. Die Zahl der ausländischen Gäste verringerte sich in diesem Jahr dagegen um 10,3%, die Zahl ihrer Übernachtungen um 9,5%. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die Besucher aus den Vereinigten Staaten (— 14,5 bzw. — 18,8%) bei, für die infolge der Abwertung des Dollar und der Aufwertung der DM eine Reise in die Bundesrepublik inzwischen weniger attraktiv geworden ist. Wesentlich geringere Übernachtungszahlen als im vorausgegangenen Sommerhalbjahr erbrachten weiter-

Gastgewerbe und Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
<u>Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe</u>				
Beschäftigte	1962=100	114	2,7	- 1 1/2
Umsatz	"	200	12,6	2
Gaststättengewerbe	"	222	14,7	1 1/2
Beherbergungsgewerbe	"	170	9,3	3 1/2
<u>Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr</u> (286 Berichtsgemeinden)				
Bettenkapazität am 1. 4.	Anzahl	101 231	3,6	0,5
Gäste	1 000	2 058	1,4	- 3,4
Übernachtungen	"	8 261	3,3	0,3
Rheintal	"	1 407	- 4,8	2,5
Rheinhessen	"	360	17,7	- 4,7
Eifel / Ahr	"	1 644	1,7	2,5
Mosel / Saar	"	1 768	8,8	- 1,2
Hunsrück / Nahe / Glan	"	874	6,0	0,6
Westerwald / Lahn / Taunus	"	1 146	2,7	0,6
Pfalz	"	1 062	2,2	- 1,6

hin die Belgier (— 16,3%), die Briten (— 14,0%) sowie die Niederländer (— 4,9%).

Während die *Fremdenverkehrsgebiete* Rheintal sowie Eifel und Ahr (jeweils + 2,5%) noch Übernachtungsgewinne wenn auch bei gleichzeitigem Rückgang der Gästezahlen (— 3,3 bzw. — 2,7%) erzielten, wiesen alle übrigen Gebiete Stagnation oder Rückgang auf. Am schlechtesten schnitt diesmal Rheinhessen ab, das über den höchsten Ausländeranteil des Landes (37%) verfügt. Hier wurden 6,5% weniger Besucher und 4,7% weniger Übernachtungen registriert. In dem Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan war dagegen die starke Verringerung der Gästezahl (— 7,8%) noch mit einem geringen Anstieg der Übernachtungen (+ 0,6%) verbunden. Daraus ist zu schließen, daß hier in erster Linie die Fremden ausgeblieben sind, die sich bisher nur kurz in diesem Gebiet aufhielten.

#### Stagnierender Güterverkehr in der Binnenschifffahrt

Mit dem Anstieg des Wasserstandes des Rheins und seiner Nebenflüsse, der nach größeren Regenfällen im November vorigen Jahres endlich wieder einsetzte, ging eine Belebung des Güterverkehrs in der *Binnenschifffahrt* einher. So wurden in den Monaten November und Dezember 1972 um 16,5% mehr als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres umgeschlagen. Im ersten Quartal 1973 setzte sich diese Entwicklung mit Zuwachsraten gegen-



über den Vorjahresmonaten zwischen 8 und 23% zunächst weiter fort. Jedoch bereits im zweiten Quartal sank der Güterumschlag trotz zunächst noch steigendem Wasserstand wieder um 5,4% unter den Stand des Vorjahres ab. Diese Tendenz, die vor allem durch einen sinkenden Wasserstand bedingt war, dürfte sich in den darauffolgenden Monaten durch die sich abschwächende Konjunkturlage noch weiter verschärfen. Aus diesem Grunde ist für das Jahr 1973 mit einer weitgehenden Stagnation des Güterumschlages in der Binnenschiffahrt zu rechnen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen erhöht sich der Güterempfang noch um 7%, während sich der Versand etwa um den gleichen Prozentsatz verringert.

Von den einzelnen Verkehrsbezirken schneiden am schlechtesten die Häfen im unteren Teil des Mittelrheins (unterhalb Bingen bis Landesgrenze) ab, wo um 9,5% weniger umgeschlagen wird als im Vorjahr. Im Gegensatz dazu erleben die Moselhäfen (+ 22%), insbesondere der Hafen Trier (+ 47%), wo im vergangenen Jahr 43% des Umschlages getätigt wurde, sowie die Häfen im oberen Teil des Mittelrheins von Bingen bis Worms (+ 8,5%) einen erheblichen Anstieg ihres Lösch- und Ladevolumens. Im Gebiet des Oberrheins (Landesgrenze bis oberhalb Worms) wird der geringste Anstieg des Güterverkehrs verzeichnet (+ 5%), obwohl in den einzelnen Häfen zum Teil recht unterschiedliche Ergebnisse erzielt werden.

## Über 1 Million Pkw- und Kombifahrzeuge

Der Kraftfahrzeugbestand (ohne Mopeds und Mofas) belief sich am 1. Juli 1973 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,25 Mill. Fahrzeuge. Dabei überstieg erstmals auch die Zahl der Personen- und Kombinationskraftwagen, die 82% des Gesamtbestandes ausmachen, die Millionen-Grenze. Der Gesamtbestand lag damit um 75 000 Fahrzeuge oder 6,3% höher als vor einem Jahr. Zu dieser Steigerung trugen die Personen- und Kombinationskraftwagen mit 67 500 Fahrzeugen (+ 7,1%) wieder am stärksten bei. Damit wurde die seit 1970

beobachtete Entwicklung einer rückläufigen Wachstumsrate des Pkw- und Kombibestandes unterbrochen. Gleichzeitig erhöhte sich der Bestand an Krafträdern wieder um 1 151 oder 8,7% auf nunmehr 14 342. An diesem Zuwachs, der in einem solchen Ausmaß zuletzt in der ersten Hälfte der 50er Jahre beobachtet wurde, waren ausschließlich die Motorräder (+ 16,1%) beteiligt. Die Zahl der Kraftroller ging dagegen um 14,1% zurück. Als Folge dieser Entwicklung erhöhte sich auch die durchschnittliche Versorgung der Bevölkerung mit Kraftfahrzeugen. So entfielen am 1. Juli 1973 auf 3,6 Personen ein Personen- oder Kombinationskraftwagen (1972: 3,8) und auf 258 Personen ein Kraftrad (1972: 279).

Der hohe Kraftfahrzeugbestand vom Juli wird sich bis zum Ende des Jahres jedoch wieder verringern. Dies ist aus der Tatsache zu schließen, daß die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge infolge der sich bereits auf dem Kraftfahrzeugmarkt auswirkenden Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung in den Monaten Juli bis September gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 7,6%, die der Personenkraftwagen sogar um 9,1% abnahm. Diese Tendenz dürfte sich im letzten Quartal fortsetzen, zumal durch die Mineralölverknappung die Käufer zunächst zur Zurückhaltung veranlaßt werden. Eine Erhöhung der Zulassungen im dritten Quartal verzeichneten lediglich die Krafträder (+ 21,7%) und die Zugmaschinen (+ 6,6%).

Im öffentlichen Personenverkehr der Straßenverkehrs-Unternehmen (ohne freigestellten Schülerverkehr) setzt sich im Berichtsjahr die Entwicklung des Vorjahres nur in abgeschwächtem Maße fort. So liegt die Zahl der beförderten Personen mit 313 Mill. nur um 3% über der des vergangenen Jahres (Vorjahr + 4,9%). Die Beförderung im freigestellten Schülerverkehr, dessen Ergebnisse aus methodischen Gründen zeitlich jedoch nicht vergleichbar sind, wird sich im Berichtsjahr schätzungsweise auf 40,4 Mill. belaufen. Die Gesamtentwicklung wird in erster Linie vom Ergebnis des allgemeinen Linienverkehrs bestimmt, auf welchen im vergangenen Jahr 85% der im öffentlichen Straßenpersonenverkehr beförderten Personen entfielen. Mit dieser Verkehrsart fahren voraussichtlich 293,25 Mill. Personen. Das sind nur 2,5% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Kilometer, die die Fahrgäste im Linienverkehr insgesamt zurücklegen, wird weiter um etwa 0,5% auf 84,6 Mill. zurückgehen. Eine wesentlich günstigere Entwicklung ihrer Personenbeförderung weisen dagegen der Berufsverkehr (+ 14%) und der genehmigungspflichtige Schülerverkehr (+ 77,5%) auf. Im Gelegenheitsverkehr wird dagegen bei einer stagnierenden Personenzahl eine weitere Erhöhung der zurückgelegten Personenkilometer um 16,5% beobachtet. Dazu tragen insbesondere die Ausflugsfahrten mit einem Rückgang der von ihnen beförderten Personen um 9% und einer Zunahme der Personenkilometer um 10,5% bei.

Verkehrswirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
<u>Binnenschiffahrt</u>				
Güterumschlag	Mill. t	37,3	- 1,6	1/2
Versand	"	17,4	- 3,7	- 6 1/2
Empfang	"	19,9	0,5	7
<u>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</u>				
Beförderte Personen	1 000	353 400	6,9	5
Allgemeiner Linienverkehr	"	293 250	4,7	2 1/2
Berufsverkehr	"	12 300	6,7	14
Schülerverkehr nach § 43 PBefG	"	1 380	- 7,1	77 1/2
Freigestellter Schülerverkehr	"	40 400	30,1	24 1/2
<u>Kraftfahrzeugbestand</u>				
Krafträder	Anzahl	14 342	- 1,7	8,7
Personenkraftwagen	"	937 819	6,8	7,0
unter 1 000 ccm Hubraum	"	113 229	- 2,6	- 0,5
1 000 - 1 500 " "	"	472 113	3,2	3,0
über 1 500 " "	"	351 444	17,1	15,9
Lastkraftwagen	"	64 723	1,8	2,6



## Erheblich weniger Verkehrstote

Nachdem sich bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres die Unfallkurve abzuflachen begann, kommt es in diesem Jahr zu einem Rückgang des Unfallgeschehens auf den rheinland-pfälzischen Straßen um 3,5%. Dabei bleibt jedoch die durch das im Zusammenhang mit der Energiekrise verhängte Sonntagsfahrverbot und die Geschwindigkeitsbegrenzungen bedingte Verringerung der

Straßenverkehrsunfälle

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Unfälle insgesamt	Anzahl	87 760	5,0	- 3 1/2
mit schwerem Sachschaden	"	14 850	19,3	2
mit Personenschaden	"	22 230	4,7	- 3
Verletzte	"	31 100	4,6	- 6
Schwerverletzte	"	10 350	6,4	- 11
Getötete	"	1 125	- 2,3	- 7 1/2

Unfallziffer, deren Ausmaß bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt war, unberücksichtigt. Während die schweren Sachschadens-Unfälle zwar nochmals um 2% ansteigen, werden aber die Unfälle mit Personenschaden (- 3%) verhältnismäßig stark zurückgehen. Ein bemerkenswerter Rückgang ist im Berichtsjahr bei den Verkehrstoten (- 7,5%) zu beobachten. Diese erfreuliche Entwicklung dürfte zum Teil auf die im Oktober 1972 eingeführte generelle Geschwindigkeitsbeschränkung auf Außerortsstraßen auf 100 km pro Stunde zurückzuführen sein.

## Über 1 Million Fernsehgenehmigungen

Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bundespost zeigt 1973 kein so günstiges Bild mehr wie im vergangenen Jahr. Im Gebiet der Oberpostdirektionen Koblenz, Trier und Neustadt werden nur 492 Mill. Briefsendungen befördert. Das sind 9% weniger als 1972. Aber auch die Zahl der Paketsendungen verringert sich um 4% auf 12,8 Mill. und die der aufgegebenen Telegramme um 10% auf 430 000. Auf dem Gebiet des Fernschreib- und Fernsprechwesens ist dagegen im zu Ende gehenden Jahr weiterhin eine starke Expansion zu erwarten. So erhöht sich die Zahl der Fernschreib- und Fernsprechanträge um 6 und 11% auf 4 240 bzw. 570 000. Außerdem werden bis zum Jahresende wahrscheinlich 270 Mill. Ferngespräche (+ 9,5%) geführt sein.

Die Genehmigungen für Rundfunk- (+ 1,5%) und Fernsehgeräte (+ 2%) erhöhen sich 1973 mit

Deutsche Bundespost

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
Briefsendungen	Mill.	492	6,0	- 9
Paketsendungen	1 000	12 830	- 1,8	- 4
Aufgegebene Telegramme	"	430	- 21,8	- 10
Fernschreibanschlüsse	Anzahl	4 240	7,4	6
Fernsprechstellen	1 000	570	13,0	11
Telefongespräche (nur Ferngespräche)	Mill.	270	7,4	9 1/2
Rundfunkgenehmigungen	1 000	1 117	2,4	1 1/2
Fernsehgenehmigungen	"	1 004	2,9	2

einer geringeren Rate als im Vorjahr (+ 2,4 bzw. + 2,9%). Während sich die Zahl der Rundfunkgenehmigungen nunmehr auf 1,1 Mill. beläuft, wird auch die Zahl der Fernsehenehmigungen erstmals die Millionen-Grenze übersteigen.

## Spareinlagen erstmals seit 20 Jahren rückläufig

Zum Jahresende 1973 haben die von rheinland-pfälzischen Banken und Sparkassen an inländische Nichtbanken gewährten Kredite nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen einen Stand von rund 30 Mrd. DM erreicht, was einer Zunahme gegenüber 1972 um etwa 13% entspricht. Überdurchschnittlich angestiegen sind die kurzfristigen (+ 14%) und langfristigen Kredite (+ 13,5%), während sich die mittelfristigen Kredite, die mit gut 3,5 Mrd. DM den kleinsten Posten des Aktivgeschäftes der Banken darstellen, sich nur um etwas mehr als 6% vergrößerten. Den mit 18,5 Mrd. DM vom Volumen und vom Anteil (63%) größten Betrag vereinigen die langfristigen Kredite auf sich.

Die Einlagen und die von in- und ausländischen Nichtbanken aufgenommenen Kredite dürften sich bis zum Jahresende um etwa 13% erhöhen. Während das Volumen der Sicht- und Termingelder überdurchschnittlich um 29% zugenommen hat,

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1972	1973
<u>Kreditinstitute</u>				
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	29 634	16,3	13
kurfristig	"	7 490	15,8	14 1/2
mittelfristig	"	3 569	15,8	6
langfristig	"	18 575	16,6	13 1/2
Einlagen und aufgenommene				
Kredite von Nichtbanken	"	26 668	14,6	13
Sicht- und Termingelder	"	10 797	17,3	29
Spareinlagen	"	14 335	14,4	4 1/2
<u>Zahlungsschwierigkeiten</u> (Januar - September)				
Konkurse	Anzahl	166	16,2	5,1
Vergleichsverfahren	"	6	- 38,9	- 45,5
Gesamtforderungshöhe	Mill. DM	109 474	- 23,0	205,1

erhöhten sich die Spareinlagen nur um gut 4%. Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist, daß sich die Sparers angesichts der Geldentwertungsraten der letzten zwei Jahre zunehmend renditebewußter verhielten und die durch die Hochzinspolitik gegebenen Möglichkeiten für höher verzinsliche Spareinlagen oder auch andere Sparformen, beispielsweise Wertpapiere, ausnutzten. Erstmals seit über zwanzig Jahren war im monatlichen Vergleich Ende März 1973 ein Rückgang des Spareinlagenbestandes bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten zu verzeichnen. Betroffen waren hiervon in erster Linie die vergleichsweise niedrig verzinsten Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und diejenigen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren. Von der verminderten Sparneigung ausgenommen waren die Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von über vier Jahren



und die prämierten Spareinlagen, deren Anteil am gesamten Einlagenbestand in den letzten zwei Jahren kontinuierlich von Monat zu Monat zugenommen hat. Ende Juli 1972 stellte er sich noch auf rund 8%, überschritt zum Jahresende die 9%-Grenze, im Juni 1973 die 10%-Grenze und hat im September dieses Jahres 10,6% erreicht. Die Tendenz eines rückläufigen Spareinlagenbestandes setzte sich im Laufe des Jahres fort. Daß zum Jahresende dennoch mit einem Zuwachs gegenüber Ende 1972 von rund 4% gerechnet werden kann, ist auf die zum Jahresende üblicherweise geleisteten Zinszahlungen zurückzuführen, die infolge der gestiegenen Zinssätze erheblich höher ausfallen dürften als 1972.

### **Sprunghafter Anstieg der Konkurse**

Als Auswirkung der mit dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung verbundenen Hochzinspolitik ist insbesondere in den letzten Monaten des Jahres ein sprunghaftes Ansteigen der Konkurse zu verzeichnen. Zahlenmäßig betrachtet haben die *Zahlungsschwierigkeiten* in den ersten drei Quartalen dieses Jahres zwar nur geringfügig zu-

genommen - die Zahl der Konkurse nahm um 5% zu, die der Vergleichsverfahren verringerte sich sogar um annähernd die Hälfte -, die Gesamtforderungshöhe hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum jedoch ganz beachtlich vergrößert. Insgesamt wurden bei den Amtsgerichten des Landes in den ersten neun Monaten des Jahres 166 Konkurse und 6 Vergleichsverfahren angemeldet. Der Gesamtbetrag der voraussichtlichen Forderungen betrug in der gleichen Zeit bereits 109 Mill. DM und ist damit mehr als dreimal so hoch wie die Summe im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allein die im August 1973 angemeldete Forderungshöhe von über 45 Mill. DM überstieg diejenige des gesamten Jahres 1972, die sich auf knapp 44 Mill. DM gestellt hatte. Von Zahlungsschwierigkeiten betroffen war insbesondere das verarbeitende Gewerbe, das 31 Insolvenzen verzeichnete, das Baugewerbe mit 29, der Bereich Dienstleistungen mit 25 und der Einzelhandel mit insgesamt 22 gemeldeten Insolvenzen. Bei den Konkursen überstiegen 14 in ihrer Forderungshöhe den Betrag von 1 Mill. DM, darunter allein 8 im dritten Quartal des Jahres.

*J. Gebauer und H. H. Meincke*

## **Mittelfristige Finanzplanung der Gemeinden (Gv.) 1972 bis 1976**

Der Bund und die Länder sind nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) verpflichtet, Finanzpläne für eine fünfjährige Planungsperiode aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Ziel ist die Feststellung des Ausgabebedarfs und der finanziellen Möglichkeiten auf mittlere Sicht, verbunden mit frühzeitiger Koordination unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse. Gerade unter diesem konjunkturpolitischen Aspekt war es zunächst ein schwerer Mangel, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger wichtiger öffentlicher Aufgaben, insbesondere im Bereich der Infrastrukturinvestitionen, nicht zu diesen Planungen herangezogen wurden. Eine gesetzliche Grundlage hierfür besteht auch heute noch nicht; jedoch stellen die Gemeinden (Gv.) seit 1970 auf freiwilliger Basis ebenfalls Finanzpläne für einen fünfjährigen Zeitraum auf. Als Orientierungshilfe werden den kommunalen Körperschaften hierfür Grundannahmen über die voraussichtliche Entwicklung der Eckdaten zur Verfügung gestellt. Die Planung umfaßt jeweils das abgelaufene Jahr mit den Rechnungsergebnissen, das laufende Jahr mit den Haushaltsansätzen sowie die drei eigentlichen Planungsjahre. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, einen mittelfristigen Überblick über die finanziellen Aktivitäten im gesamten öffentlichen Sektor sowie ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zu gewinnen.

Entsprechend dem Gebietsstand zum 31. Dezember 1972 wurden 2 667 kommunale Gebietskörperschaften um Berichterstattung zur Finanzplanung

1972 bis 1976 gebeten. 2 517 Körperschaften (94,4%) gaben eine Meldung ab; die hohe Beteiligung der vorangegangenen Erhebung (97,5%) wurde nicht ganz erreicht. Nicht gemeldet haben vor allem Gemeinden und Verbandsgemeinden im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, wozu vermutlich die Neubildung der Verbandsgemeinden in dieser Region beigetragen hat. Nach Überwindung der Anlaufphase dürfte in Zukunft mit weitgehend vollständigen Ergebnissen zu rechnen sein.

Die Beschränkung des zeitlichen Horizonts bei den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern sowie die unvollständige Berichterstattung machten wieder Schätzungen erforderlich. Soweit die kleineren Gemeinden nur Daten für die ersten beiden Jahre des Planungszeitraums angeben, wurden die Ansätze 1973 mit den Änderungsraten fortgeschrieben, die sich in der nächsthöheren Größenklasse (Gemeinden mit 3 000 bis 10 000 Einwohnern) für die Jahre 1974 bis 1976 ergaben. Lag keine Meldung vor, so wurden die Daten, ausgehend von den Rechnungsergebnissen 1972, mit den Änderungsraten der jeweiligen Größenklasse hochgerechnet. Bei den im folgenden genannten Änderungsraten handelt es sich immer um Änderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr oder um Durchschnittswerte, die sich aus der Umrechnung der Änderung 1976 gegenüber 1972 auf konstante jährliche Änderungsraten ergeben.

### **Starker Anstieg der Personalausgaben**

Die Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz planen im vorliegenden Fünfjahreszeit-



Einnahme- / Ausgabeart	Insgesamt					Veränderung zum Vorjahr				Ø jährl. Veränderung 1973 - 1976
	1972	1973	1974	1975	1976	1973	1974	1975	1976	
	Mill. DM					%				
Gesamtausgaben	6 170,9	6 648,3	7 024,6	7 359,5	7 377,3	7,7	5,7	4,8	0,2	4,6
Vermögensunwirksame Ausgaben	3 459,8	3 942,3	4 285,8	4 614,3	4 941,9	14,0	8,7	7,7	7,1	9,3
Personalausgaben	1 089,4	1 232,6	1 335,5	1 443,7	1 558,1	13,1	8,4	8,1	7,9	9,4
Zuweisungen für laufende Zwecke	596,6	750,4	814,7	872,3	937,5	25,8	8,6	7,1	7,5	12,0
Vermögenswirksame Ausgaben	2 647,6	2 647,6	2 738,8	2 745,2	2 435,4	0,0	3,4	0,2	- 11,3	- 2,1
Sachinvestitionen <sup>1)</sup>	2 189,7	2 211,9	2 364,7	2 333,5	1 994,6	1,0	6,9	- 1,3	- 14,5	- 2,3
Gesamteinnahmen	6 077,9	6 548,1	6 865,2	7 157,8	7 204,3	7,7	4,8	4,3	0,7	4,3
Vermögensunwirksame Einnahmen	3 858,9	4 376,5	4 687,0	5 018,4	5 334,8	13,4	7,1	7,1	6,3	8,4
Steuern <sup>2)</sup>	1 283,8	1 425,9	1 547,0	1 678,0	1 821,4	11,1	8,5	8,5	8,6	9,1
Zuweisungen für laufende Zwecke	977,5	1 175,2	1 270,4	1 362,5	1 458,4	20,2	8,1	7,3	7,0	10,5
Vermögenswirksame Einnahmen	2 139,2	2 127,3	2 178,2	2 139,4	1 869,5	- 0,6	2,4	- 1,8	- 12,6	- 3,3
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	655,0	758,3	909,1	946,9	783,1	15,8	19,9	4,2	- 17,3	4,6
Schuldendienst <sup>3)</sup>	574,4	637,1	698,0	787,5	858,2	10,9	9,6	12,8	9,0	10,6
Investitionskraft <sup>4)</sup>	125,4	145,7	110,2	70,9	33,8	16,2	- 24,4	- 35,7	- 52,3	- 27,9
Nettokreditaufnahme <sup>5)</sup>	856,4	786,8	752,6	682,3	576,0	- 8,1	- 4,4	- 9,4	- 15,6	- 9,4

1) Erwerb von Grundvermögen und beweglichem Vermögen, Baumaßnahmen. - 2) Abzüglich Gewerbesteuerumlage. - 3) Zinsausgaben, Tilgung. - 4) Vermögensunwirksame Einnahmen ./.. vermögensunwirksame Ausgaben ./.. Tilgung. - 5) Schuldenaufnahme ./.. Tilgung (nur Kreditmarktmittel und öffentliche Sondermittel).

raum einen Anstieg der Gesamtausgaben von 6,2 Mrd. DM auf 7,4 Mrd. DM. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate beträgt 4,6%, wobei sich im Zeitablauf eine zunehmende Abflachung des geplanten Wachstums von + 7,7% in 1973 auf + 0,2% in 1976 ergibt. Die Gesamtentwicklung bleibt damit beträchtlich hinter der Projektion zurück, die mit den Orientierungsdaten vorgegeben wurde.

Die Analyse der Ausgabenstruktur zeigt eine anhaltende Verschiebung zugunsten der vermögensunwirksamen Ausgaben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben wächst von 56,1% in 1972 auf 67,0% in 1976. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate beträgt + 9,3%. Diese Entwicklung ist wesentlich beeinflusst von den Personalausgaben, der mit nahezu einem Drittel der vermögensunwirksamen Ausgaben wichtigsten Ausgabeart in diesem Bereich. Im Durchschnitt des Planungszeitraums steigen die Personalausgaben jährlich um 9,4%. Die Zuwachsrate liegt 1973 mit + 13,1% erheblich über der Grundannahme (+ 9,0%), während sich in den eigentlichen Planungsjahren 1974 bis 1976 nur eine geringfügige Abweichung zeigt. Auch bei den übrigen vermögensunwirksamen Ausgabearten sind teilweise erhebliche Steigerungen vorgesehen. So sollen die laufenden Zuweisungen an den öffentlichen Bereich jahresdurchschnittlich um 12,0%, die Zahlungen an den privaten Bereich (Renten und Unterstützungen) um 9,3% zunehmen. Die höchste Steigerungsrate weisen die Zinsausgaben mit durchschnittlich + 13,5% auf. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen schwanken im Verlauf der Planungsperiode und fallen 1976 unter das Niveau von 1972 zurück.

#### Investitionen rückläufig

Das gegenüber den Orientierungsdaten geringere Wachstum der Gesamtausgaben ist vor allem durch die von der Grundannahme abweichende Entwicklung der vermögenswirksamen Ausgaben, insbeson-

dere der Sachinvestitionen, verursacht. Während für die Investitionsausgaben eine Zuwachsrate von + 9,5% in 1973 und + 9,0% im Durchschnitt der eigentlichen Planungsjahre vorgegeben wurde, rechnen die Gemeinden (Gv.) mit einem Rückgang der Sachinvestitionen um durchschnittlich 2,3% jährlich. Auch die Finanzinvestitionen, deren Gewicht allerdings wesentlich geringer ist, werden stark rückläufig geplant. Da Durchschnittswerte gerade bei den Investitionsausgaben wenig aussagekräftig sind, ist eine Analyse der Entwicklung in den einzelnen Jahren zweckmäßig. Die Sachinvestitionen nehmen 1973 gegenüber dem Vorjahr um 1,0% zu. Angesichts der immer noch erheblichen Preissteigerungen im Bausektor kommt dies einer Verringerung des realen Investitionsvolumens gleich. Für 1974 ist ein Anstieg der Sachinvestitionen um 6,9% geplant. Diese Investitionsspitze war schon in der Finanzplanung 1971 bis 1975 zu erkennen. Dagegen zeigt sich 1975 ein absoluter Rückgang, der sich 1976 drastisch verstärkt. Diese Erscheinung ist aus Erhebungen der Vorjahre bekannt; ihre Ursache ist in der mangelnden Kontinuität der Investitionsausgaben, verbunden mit dem offenbar zu kurzen Planungshorizont der Gemeinden (Gv.), aber auch in der vorsichtigen Beurteilung der zukünftigen Einnahmenentwicklung zu sehen.

#### Steigende Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen

Die erwartete Entwicklung der Gesamteinnahmen entspricht etwa derjenigen der Gesamtausgaben. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung um 4,3% geht die Zuwachsrate in den einzelnen Jahren von + 7,7% in 1973 auf + 0,7% in 1976 zurück. Auch auf der Einnahmenseite zeigt sich ein überproportionaler Anstieg der vermögensunwirksamen Einnahmen um jahresdurchschnittlich 8,4%. Die Gemeinden und Gemeindeverbände rechnen mit einer Zunahme der Steuereinnahmen (netto) von 1 284 Mill. DM in 1972 auf 1 821 Mill. DM in



Gegenüberstellung der Ergebnisse der Finanzplanung der Gemeinden (Gv.) 1972 - 1976 und der Orientierungsdaten des Ministeriums der Finanzen

Einnahme- / Ausgabeart	Veränderung 1973 zu 1972		Ø jährliche Veränderung 1974 - 1976	
	Grund- annahme	Finanz- planung	Grund- annahme	Finanz- planung
	%			
Einnahmen				
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (einschl. Zerlegung)	15,7	16,6	11,5	10,9
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	8,6	} 7,7	7,4	} 7,1
Lohnsummensteuer	15,5		7,8	
Grundsteuer A	-	} 5,7	- 0,9	} 6,5
Grundsteuer B	7,9		6,6	
Grunderwerbsteuer	8,5	} 7,1	8,5	} 6,2
Übrige kommunale Steuern	5,5		4,5	
Zuweisungen des Bundes	6,0	34,5	6,0	- 3,6
für laufende Zwecke	6,0	25,7	6,0	6,0
für Investitionen	6,0	42,4	6,0	- 12,8
Zuweisungen des Landes				
für laufende Zwecke	.	12,8	7,5	6,6
für Investitionen	.	12,7	7,0	5,2
Ausgaben				
Bereinigte Gesamtausgaben	10,5	7,7	9,0	3,5
Personalausgaben	9,0	13,1	8,0	8,1
Investitionsausgaben	9,5	- 0,6	9,0	- 4,2

1976; dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 9,1%. Die Gegenüberstellung der erwarteten Zuwachsraten der einzelnen Steuerarten mit den Orientierungsdaten zeigt, daß sich die Gebietskörperschaften bei ihrer Schätzung relativ eng an die Grundannahme gehalten haben. Noch günstiger wird die Entwicklung der laufenden Zuweisungen beurteilt, deren durchschnittliche Zuwachsrate + 10,5% erreicht, während bei den Einnahmen aus Gebühren, Entgelten und Strafen nur mit einer Steigerung um jährlich 8,2% gerechnet wird.

Entsprechend der Entwicklung der Investitionsausgaben sind auch die geplanten Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen erheblichen Schwankungen unterworfen. Sie steigen bis 1975 an, mit einer besonders kräftigen Ausweitung um 19,9% in 1974, und fallen 1976 wieder stark zurück. Da gleichzeitig eine kontinuierliche Einschränkung der Schuldenaufnahme um jahresdurchschnittlich 4,8% geplant wird, zeichnet sich

eine deutliche Verschiebung in der Struktur der Investitionsfinanzierung ab, wobei insbesondere die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel an Bedeutung gewinnen.

### Schuldenlast drückt stärker

Trotz der für den Planungszeitraum vorgesehenen Reduzierung der Kreditaufnahme hat der starke Anstieg der Verschuldung in den vergangenen Jahren eine erheblich wachsende Belastung durch den Schuldendienst zur Folge. Die Ausgaben für Zinsen und Tilgung steigen von 574 Mill. DM in 1972 auf 858 Mill. DM in 1976. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben erhöht sich damit im Planungszeitraum von 9,3% auf 11,6%.

Der Saldo der vermögensunwirksamen Rechnungsposten weist mit geringen jährlichen Schwankungen einen Einnahmeüberschuß von rund 400 Mill. DM auf; nur 1973 liegt er mit 434 Mill. DM deutlich höher. Da jedoch die Tilgungszahlungen in der Planungsperiode von 274 Mill. DM auf 359 Mill. DM steigen, schrumpft der zur Investitionsfinanzierung verbleibende Überschuß (Investitionskraft) von 146 Mill. DM in 1973 auf 34 Mill. DM in 1976.

### Kreditaufnahme wird eingeschränkt

Auf Grund der eingeschränkten Schuldenaufnahme und der steigenden Tilgungsleistungen geht die Nettokreditaufnahme kontinuierlich um 9,4% im Jahresdurchschnitt zurück. Dies ist umso bemerkenswerter, als zum Zeitpunkt der Aufstellung der Finanzplanung die Beschränkung der Kreditaufnahme durch Verordnung nach § 19 StWG noch nicht abzusehen war. Allerdings bewegt sich die geplante Nettokreditaufnahme immer noch auf sehr hohem Niveau, so daß eine Schuldendeckel-Verordnung für 1974 durchaus restriktive Wirkungen auf der Ausgabenseite haben könnte. Insbesondere wäre hiervon der bereits erwähnte, für 1974 geplante Investitionsstoß betroffen. Der kräftige Rückgang der Nettokreditaufnahme im letzten Planungsjahr 1976 ist im Zusammenhang mit den rückläufigen Investitionsausgaben zu sehen und sollte aus den genannten planungstechnischen Gründen vorsichtig beurteilt werden.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

## Öffentliche Abfallbeseitigung im Herbst 1973

Im Rahmen der Bemühungen um einen verbesserten Umweltschutz fallen auch der amtlichen Statistik wichtige Aufgaben zu. Die Bundesregierung bemüht sich zur Zeit im Zuge ihres Umweltprogramms um eine gesetzliche Fixierung regelmäßiger statistischer Erhebungen von ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Daten einzelner Umweltbelastungen und ihrer Folgen. Außerdem sollen die bereits durchgeführten statistischen Erhebungen mit umweltrelevanten Daten vervollkommen werden. Umweltplanungsorientierte statistische

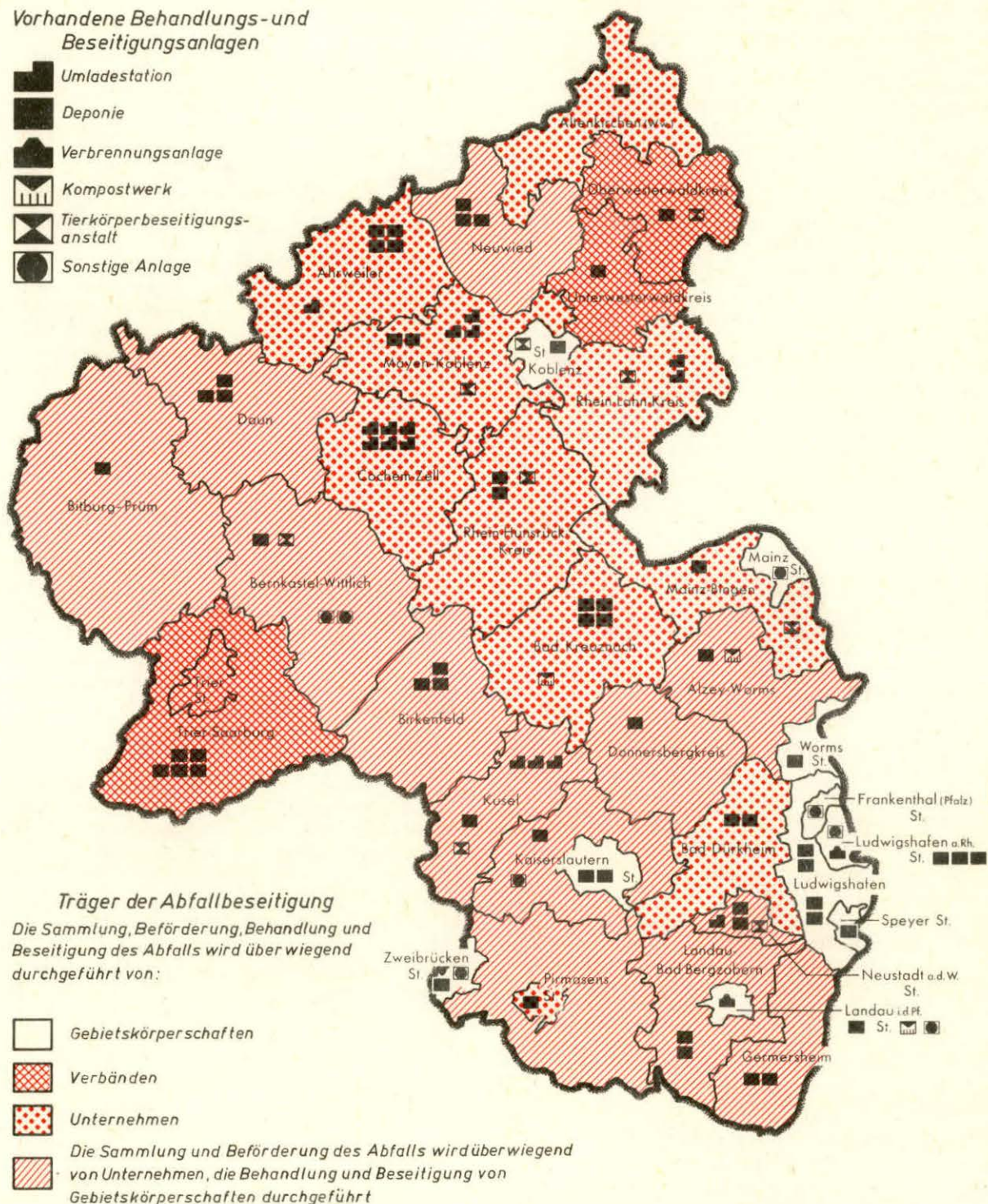
Unterlagen sollen aufgrund neuer Statistiken der Abfallbeseitigung, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung, der Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe und der Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe und in der Viehhaltung angeordnet werden. Darüber hinaus ist in einem ersten Schritt beabsichtigt, die Statistiken der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen



# Abfallbeseitigung in den Verwaltungsbezirken Ende Oktober 1973

## Vorhandene Behandlungs- und Beseitigungsanlagen

-  Umladestation
-  Deponie
-  Verbrennungsanlage
-  Kompostwerk
-  Tierkörperbeseitigungsanstalt
-  Sonstige Anlage





Abwasserbeseitigung sowie der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft zu erweitern. Die statistische Erfassung anderer Umweltbelastungen, insbesondere in anderen Umweltschutzbereichen, wie Luft und Lärm, hängen vom Abschluß weiterer gesetzlicher Maßnahmen ab, wie sie zum Beispiel im Bundes-Immissionsschutzgesetz angestrebt werden.

Wichtigste Voraussetzungen für die Umweltplanung bilden zuverlässige und zeitnahe umweltplanungsorientierte Unterlagen, die zugleich Gesamtbelastungsgrößen in möglichst tiefer regionaler Gliederung gestatten. Nur mit Hilfe dieser erweiterten Daten läßt sich ein Überblick über notwendige Maßnahmen und deren Kosten auf dem Gebiet der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes gewinnen. Deshalb wird bereits das Jahr 1974 als erstes Berichtsjahr sowohl für die neuen als auch erweiterten Umweltstatistiken vorgesehen, wobei allerdings die zusätzlichen Belastungen im Interesse des Gesamterfolges eine zeitliche Streckung dieser Vielzahl neuer und umfangreicher statistischer Vorhaben sinnvoll erscheinen lassen. Eine baldige Verabschiedung des Gesetzes über Umweltstatistiken (Bundestagsdrucksache 332/73) ist erforderlich, um im Jahre 1974 mit speziellen Umweltstatistiken beginnen zu können und um einen möglichst frühen Beginn der umweltstatistischen Anschreibungen bei den im Gesetz genannten Berichtstellen sicherstellen zu können, wobei es sich primär um eine Statistik der Entsorgung handelt. Die Ermittlung des Ortes des Abfallanfalls soll zunächst vernachlässigt werden, weil durch den Wegfall der Verpflichtung der Gemeinden zum Behandeln, Lagern und Ablagern der Abfälle eine Regionalisierung nach Gemeinden erschwert wird.

### **Privatunternehmen dominieren in der Abfallsammlung**

Der Katalog der Erhebungen, wie er in § 2 Abschnitt 1 des Gesetzentwurfs angeführt wird, beginnt mit der Abfallbeseitigung, für deren statistische Erfassung ein primäres Interesse besteht, da hier der Informationsstand am ungünstigsten ist. Unter Abfällen sind zu verstehen:

- (1) Hausmüll (einschl. Sperrmüll)
- (2) Feste Gewerbeabfälle
- (3) Flüssige, schlammige Gewerbeabfälle
- (4) Erde, Bauschutt
- (5) Altmetalle, Schrott, Autowracks
- (6) Altöl, Abscheidegut
- (7) Kanal- und Sinkkastenschlamm
- (8) Fäkalien, Klärschlamm
- (9) Straßenkehrschutt
- (10) Altreifen
- (11) Kadaver, Schlachtabfälle

Um die Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung, wie sie in § 3 des Gesetzes angeordnet werden wird, möglichst frühzeitig durchführen zu können, wurde vom Statistischen Landesamt Ende Oktober dieses Jahres eine Befragung bei den Landratsämtern und

kreisfreien Städten im Wege der Amtshilfe gestartet, deren Ergebnisse nunmehr vorliegen und die einen ersten Überblick über die Abfallbeseitigung in Rheinland-Pfalz gestatten. Dabei umfaßt die Abfallbeseitigung das Einsammeln, Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern der Abfälle. Gleichzeitig wurden die Abfallbeseitigungsanlagen einschließlich der sonstigen Anlagen ermittelt, wozu die Deponien (Müllkippen, Bauaushub- und Bauschuttkippen, Sondermüllplätze), Verbrennungsanlagen, Kompostwerke, Umladestationen, Sammelstellen für Gewerbeabfälle und Tierkörperbeseitigungsanstalten zählen. Entsprechend dieser gesetzlichen Aufgabenstellung wurde die Karteibefragung in die beiden Abschnitte Einsammeln und/oder Befördern sowie Behandeln und/oder Beseitigen von Abfällen unterteilt; die Beseitigungsanlagen wurden zusätzlich erfragt. Die nachgehende Erhebung soll neben der Quantifizierung und Katalogisierung auch einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben der Abfallbeseitigung möglichst unter besonderer Berücksichtigung bestimmter Abfallarten gewähren und Aufschluß über die Probleme des Abfallrecycling, das heißt der Rückführung von Materie und Energie in einem Wiederverwendungskreislauf, der einerseits die natürlichen Ressourcen schont und andererseits die Belastung der Umwelt reduziert, gestatten. Darüber hinaus werden Daten für die Beseitigung bestimmter umweltbelastender Stoffe beschafft. Im Turnus von zwei Jahren, ebenfalls erstmals für das Jahr 1974, soll zugleich die Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und in bestimmten Anstalten wie Krankenhäusern und Einrichtungen wie Tierkörperbeseitigungsanlagen statistisch erfaßt werden, wobei diese Erhebungen für den Bereich des produzierenden Gewerbes sich weitgehend an bereits bestehende Berichtskreise der amtlichen Statistik anlehnen werden, die damit in die Lage versetzt wird, Abfallbilanzen zu erstellen.

### **Konzentration auf 59 Deponien**

Mit dem Landesgesetz über die geordnete Beseitigung von Abfällen<sup>1)</sup> hatte die Landesregierung Anfang 1972 eine richtungsweisende sachliche und institutionelle Regelung der Abfallbeseitigung getroffen, wobei sich der Gesetzgeber für die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte entschied, die überörtliche Planung indes dem zuständigen Ressort mit dem gleichzeitigen Auftrag, einen Abfallbeseitigungsplan zu entwickeln, vorbehielt. Bereits im August 1970 war ein Generalplan Abfallbeseitigung vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz veröffentlicht worden. Im Zuge dieser Verpflichtung war die Müllabfuhr auch auf alle ländlichen Bezirke ausgeweitet und eine Konzentration zu leistungsfähigen zentralen Deponien für größere Regionen eingeleitet worden. Infolge dieser Bemühungen wurde eine Vielzahl der rund 3 000 öffentlichen Müllabladeplätze geschlossen, bzw. lediglich für die Abladung von Bauaushub bzw. -schutt zeitlich begrenzt geöffnet und Arbeiten zwecks Rekultivierung dieser Flächen aufgenommen. Zugleich wurde durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit erreicht - in § 29 wurde hierzu

<sup>1)</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz vom 17. 1. 72, S. 81 ff. Das Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes datiert vom 7. Juni 1972, BGBl. I S. 873 ff.



Öffentliche Abfallbeseitigung nach Verwaltungsbezirken Ende Oktober 1973

Verwaltungsbezirk	Ein- wohner am 31.7.1973	Abfallsammlung und -beförderung			Abfallbehandlung und -beseitigung								
		Ein- rich- tungen ins- ge- samt	Betreiber		An- lagen ins- ge- samt	Betreiber		Art der Anlagen					
			Ge- biets- kör- per- schaf- ten und Ver- bände	Pri- vat- unter- neh- men		Ge- biets- kör- per- schaf- ten und Ver- bände	Pri- vat- unter- neh- men	Um- lade- stati- onen	Depo- nien	Ver- bren- nungs- an- lagen	Kom- post- werke	Tier- kör- perbe- seiti- gungs- an- stalten	Son- stige 1)
Kreisfreie Stadt Koblenz	119 648	4	2	2	2	2	-	-	1	-	-	1	-
Landkreise													
Ahrweiler	109 543	7	1	6	5	-	5	1	4	-	-	-	-
Altenkirchen (Ww.)	123 816	5	1	4	1	-	1	-	1	-	-	-	-
Bad Kreuznach	149 224	5	3	2	5	1	4 <sup>3)</sup>	-	4 <sup>3)</sup>	-	1	-	-
Birkenfeld	92 226	5	2	3	3	2	1 <sup>3)</sup>	-	3 <sup>3)</sup>	-	-	-	-
Cochem-Zell	65 233	4	1	3	6	-	6	6	-	-	-	-	-
Mayen-Koblenz	189 421	2	1	1	6	2	4	3	2	-	-	1	-
Neuwied	153 297	8	2	6	3	3	-	-	3	-	-	-	-
Oberwesterwaldkreis <sup>2)</sup>	79 505	5	1	4	3	2	1	-	2	-	-	1	-
Unterwesterwaldkreis <sup>2)</sup>	89 341												
Rhein-Hunsrück-Kreis	89 294	2	-	2	3	-	3	-	2	-	-	1	-
Rhein-Lahn-Kreis	119 578	4	2	2	3	-	3	2	-	-	-	1	-
Reg. Bez. Koblenz	1 380 126	51	16	35	40	12	28	12	22	-	1	5	-
Kreisfreie Stadt Trier <sup>2)</sup>	102 314	4	2	2	5	5	-	-	5	-	-	-	-
Landkreise													
Trier-Saarburg <sup>2)</sup>	120 356												
Bernkastel-Wittlich	109 752												
Bitburg-Prüm	92 533												
Daun	56 609	4	1	3	3	3	-	-	3	-	-	-	-
Reg. Bez. Trier	481 564	17	5	12	13	11	2	-	10	-	-	1	2
Kreisfreie Städte													
Frankenthal (Pfalz)	43 159	2 <sup>3)</sup>	2	- <sup>3)</sup>	1	1	-	-	-	-	-	-	1
Kaiserslautern	101 813	5 <sup>3)</sup>	2	3 <sup>3)</sup>	2	2	-	-	2	-	-	-	-
Landau i. d. Pfalz	38 344	7	2	5	4	2	2	-	1	1	1	-	1
Ludwigshafen a. Rhein	174 099	3	2	1	5	4	1	-	3	1	-	-	1
Mainz	181 912	3	2	1	1	-	1	-	-	-	-	-	1
Neustadt a. d. Weinstr.	50 530	4	1	3	4	4	-	1	2	-	-	1	-
Pirmasens	55 870	3	-	3	1	-	1	-	1	-	-	-	-
Speyer	43 793	4	2	2	1	1	-	-	1	-	-	-	-
Worms	76 668	7	2	5	1	1	-	-	1	-	-	-	-
Zweibrücken	37 254	5	1	4	2	2	-	-	1	-	-	-	1
Landkreise													
Alzey-Worms	98 175	3	1	2	2	2	-	-	1	-	1	-	-
Bad Dürkheim	117 363	3	1	2	2	-	2	-	2	-	-	-	-
Donnersbergkreis	67 258	2	1	1	1	1	-	-	1	-	-	-	-
Germersheim	98 660	3	1	2	2	2	-	-	2	-	-	-	-
Kaiserslautern	97 497	5	1	4	2	1	1	-	1	-	-	-	1
Kusel	79 212	3	1	2	5	2	3	3	1	-	-	1	-
Landau-Bad Bergzabern	97 340	2	1	1	2	2	-	-	2	-	-	-	-
Ludwigshafen	123 012	4	2	2	4	4	-	-	4	-	-	-	-
Mainz-Bingen	153 165	3	1	2	2	2	-	-	1	-	-	1	-
Pirmasens	103 114	4	1	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 838 238	75	27	48	44	33	11	4	27	2	2	3	6
Kammerbezirke													
Rheinhessen	509 920	16	6	10	6	5	1	-	3	-	1	1	1
Pfalz	1 328 318	59	21	38	38	28	10	4	24	2	1	2	5
Rheinland-Pfalz insgesamt	3 699 928	143	48	95 <sup>4)</sup>	97	56	41 <sup>4)</sup>	16	59	2	3	9	8
Unter Ausschluß von Mehrfachzählungen	.	.	21	63	.	34	20	.	.	.	.	.	.
Kreisfreie Städte	1 025 404	49	19	30	25	20	5	1	14	2	1	2	5
Landkreise	2 674 524	94	29	65	72	36	36	15	45	-	2	7	3

1) Schredderanlage, Ölsammelstelle u. dgl. - 2) Müllbeseitigungs- bzw. Zweckverband Abfallbeseitigung. - 3) Eine Einrichtung bzw. Anlage wird von der US-Army betrieben. - 4) Davon ist beispielsweise ein Unternehmen in 7 Verwaltungsbezirken in der Abfallsammlung und -beförderung tätig und unterhält in 4 Verwaltungsbezirken 13 Abfallbehandlungs- und beseitigungsanlagen.



ein gesetzlicher Auftrag ausgesprochen - in der Bevölkerung den Sinn für eine saubere Umwelt zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu stärken, so daß das Verbot der unregelmäßigen Ablagerung von Müll weit stärkere Beachtung fand als in früheren Jahren. Hinzu kamen die positiven Auswirkungen einer geregelten Sperrmüllabfuhr für das ganze Land.

#### **Lastenverteilung nach dem Verursacherprinzip**

Die geordnete Beseitigung von Abfällen bleibt eine permanente Aufgabe und ist mit finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand verbunden, wenn auch grundsätzlich die Verteilung der Lasten des Umweltschutzes nach dem Verursacher-

prinzip erfolgt. Für eine erfolgreiche Arbeit sind Starthilfen der öffentlichen Hand vonnöten. So sind die Zuweisungen des Landes für die Einrichtung zentraler Deponien als Starthilfe zu verstehen, die keineswegs das durch § 3 Absatz 3 Landesabfallgesetz festgelegte Verursacherprinzip aushöhlen.

Das Ergebnis der Befragung zeigt den ersten Erfolg dieser Bemühungen. Indes war den Meldungen zu entnehmen, daß der gesetzliche Auftrag in einer so kurzen Zeitspanne nicht abschließend erfüllt werden kann, insbesondere im Hinblick auf die schwierig zu behandelnden Abfälle, den sogenannten Sondermüll.

*Dr. K.-H. Speth*

## **Altersstruktur der Erwerbstätigen**

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Die Produktionskraft einer Volkswirtschaft hängt nicht nur von der Zahl der im Erwerbsleben stehenden Menschen, der Effizienz der Werkzeuge und Maschinen, mit denen sie ausgestattet sind, der rationalen Organisation der Wirtschaftsprozesse und - da der durchschnittliche Grad der Produktivität in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erheblich variiert - der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige ab, sie wird vielmehr in einem nicht zu gering zu veranschlagenden Maße auch durch die Altersstruktur der Erwerbstätigen bestimmt, da die Leistungsfähigkeit eines Menschen nicht über die ganze Spanne des erwerbsfähigen Alters gleichbleibt. Zwar ist die optimale Altersgruppe für die einzelnen Berufe unterschiedlich anzusetzen, insgesamt gesehen dürfte jedoch die mittlere Altersgruppe der 25- bis 50jährigen im Hinblick auf ihre ökonomische Einsatzfähigkeit und Verwendbarkeit am günstigsten zu beurteilen sein, da im sechsten Lebensjahrzehnt bei den meisten Menschen die Leistungsfähigkeit langsam nachläßt, während den ganz jungen Menschen vielfach noch die Gewandtheit, Erfahrung und Ausgeglichenheit fehlt, die zur Erreichung optimaler Leistungen erforderlich sind. Es ist wohl überflüssig darauf hinzuweisen, daß dieses für eine statistische Gesamtbetrachtung notwendigerweise vereinfachte Ausgangsschema für bestimmte Berufe auf Grund der spezifischen Anforderungen und für viele Menschen wegen der unterschiedlichen individuellen Veranlagung nicht paßt.

#### **Anteil der mittleren Altersgruppen seit 1961 gestiegen**

Ein Rückblick auf die vorangegangene Volkszählung zeigt, daß die beiden Gruppen der 30- bis 40- und 40- bis 50jährigen Erwerbstätigen 1970 stärker besetzt waren als 1961, während die Zahl der jüngeren und älteren Erwerbstätigen zurückgegangen ist. So hat sich die Zahl der 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen gegenüber 1961 um 7,4% und die Zahl der 40- bis 50jährigen Erwerbstätigen um 24,7% erhöht. Dagegen verminderte sich die Zahl der unter 20jährigen Erwerbstätigen um 4,6% und die Zahl der 20- bis 30jährigen Erwerbstätigen um

18,3%. Noch einschneidender war insgesamt gesehen die Abnahme bei den älteren Erwerbstätigen. Die Zahl der 50- bis 60jährigen war 1970 um 29,8% und die Zahl der über 60jährigen um 16,5% geringer als 1961. Diese Veränderungen sind in erster Linie dadurch bedingt, daß die deutsche Alterspyramide durch Kriegsverluste und Geburtenausfälle während der Kriege und Wirtschaftskrisen sehr starke Einbuchtungen aufweist. Hinzu kam in den 60er Jahren der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, die zumeist den jungen und mittleren Altersjahrgängen angehören. Bei der ausgeglichenen Alterspyramide einer stetig wachsenden Bevölkerung muß - bei unveränderten Erwerbsquoten - die Zahl der Erwerbstätigen mit zunehmendem Alter ständig geringer werden, so daß sich bei einem zeitlichen Vergleich der Altersgruppen etwa gleich hohe Zuwachsraten ergeben.

Am stärksten besetzt war 1970 die Gruppe der 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen (23,4%). Die Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 30 Jahren, deren Zahl bei einer stetig wachsenden Bevölkerung an sich hätte größer sein müssen als die Zahl der 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen, stellten dagegen auf Grund der Geburtenausfälle während des zweiten Weltkrieges nur einen Anteil, der fast genauso hoch war wie der Anteil der 40- bis 50jährigen (21%). Die unter 20 Jahre alten Erwerbstätigen waren an der Gesamtzahl mit 12,2% beteiligt, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß eine Erwerbstätigkeit normalerweise erst mit dem 15. Lebensjahr beginnen kann und ein nicht unbeträchtlicher Teil der 15- bis 20jährigen noch eine weiterführende Schule besucht. Relativ gering war mit 22,5% der Anteil der über 50 Jahre alten Erwerbstätigen, von denen 13,6% zwischen 50 und 60 Jahre und 8,9% über 60 Jahre alt waren (wiederum bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen); 1961 hatte ihr Anteil noch 28,3% ausgemacht.



Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf und Altersgruppen 1970

Wirtschaftsabteilung Stellung im Beruf	Insgesamt	Im Alter von ... Jahren					
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und mehr
Anzahl							
Wirtschaftsabteilung							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	163 724	8 727	15 622	33 499	39 067	27 594	39 215
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 176	542	1 883	3 408	3 610	1 900	833
Verarbeitendes Gewerbe	563 709	77 840	124 200	147 255	114 341	67 114	32 959
Baugewerbe	123 963	13 369	24 983	41 224	24 007	12 509	7 871
Handel	178 901	35 538	36 811	34 424	32 633	22 196	17 299
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	78 547	4 250	13 702	19 152	22 374	15 030	4 039
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	31 600	5 291	10 112	6 151	5 588	3 082	1 376
Dienstleistungen	190 602	27 253	40 880	38 665	38 497	26 714	18 593
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	18 716	2 414	2 864	3 317	3 992	3 456	2 673
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	161 207	10 699	47 945	29 573	35 409	27 243	10 338
Stellung im Beruf							
Selbständige	171 700	300	10 600	38 700	46 200	35 500	40 300
Mithelfende Familienangehörige	127 100	7 400	16 100	26 500	28 900	19 300	28 800
Beamte	122 200	5 100	41 900	24 200	27 000	18 800	5 500
Angestellte (einschl. kaufmännische Lehrlinge)	414 900	63 300	109 800	87 400	82 000	50 200	22 200
Arbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	687 300	109 800	140 600	179 900	135 500	82 900	38 500
Insgesamt	1 523 145	185 923	319 002	356 668	319 518	206 838	135 196
Anteil der Altersgruppen in %							
Wirtschaftsabteilung							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	100,0	5,3	9,5	20,5	23,9	16,9	24,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	100,0	4,5	15,5	28,0	29,6	15,6	6,8
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	13,8	22,0	26,1	20,3	11,9	5,8
Baugewerbe	100,0	10,8	20,2	33,3	19,4	10,1	6,3
Handel	100,0	19,9	20,6	19,2	18,2	12,4	9,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100,0	5,4	17,4	24,4	28,5	19,1	5,1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	100,0	16,7	32,0	19,5	17,7	9,8	4,4
Dienstleistungen	100,0	14,3	21,4	20,3	20,2	14,0	9,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	100,0	12,9	15,3	17,7	21,3	18,5	14,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	100,0	6,6	29,7	18,3	22,0	16,9	6,4
Stellung im Beruf							
Selbständige	100,0	0,2	6,2	22,5	26,9	20,7	23,5
Mithelfende Familienangehörige	100,0	5,8	12,7	20,8	22,7	15,2	22,7
Beamte	100,0	4,2	34,3	19,8	22,1	15,4	4,5
Angestellte (einschl. kaufmännische Lehrlinge)	100,0	15,3	26,5	21,1	19,8	12,1	5,4
Arbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	100,0	16,0	20,5	26,2	19,7	12,1	5,6
Insgesamt	100,0	12,2	20,9	23,4	21,0	13,6	8,9
Veränderung zu 1961 in % <sup>1)</sup>							
Wirtschaftsabteilung							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	- 53,5	- 44,6	- 68,3	- 48,3	- 31,6	- 67,1	- 51,8
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	- 27,5	- 46,2	- 47,5	- 24,7	24,7	- 49,3	- 20,0
Verarbeitendes Gewerbe	5,9	- 4,4	- 20,5	31,7	53,1	- 17,9	26,4
Baugewerbe	- 7,1	- 21,9	- 42,8	44,0	49,7	- 41,6	19,6
Handel	4,4	- 0,2	- 4,6	13,2	31,7	- 15,3	9,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 6,5	- 21,9	- 16,0	- 15,0	15,0	- 8,0	3,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	54,3	36,1	65,4	55,2	100,8	18,9	20,8
Dienstleistungen	20,4	27,4	24,5	21,2	39,2	- 6,9	17,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	- 38,4	- 55,2	- 62,6	- 30,1	- 9,9	- 34,9	- 5,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	22,6	36,3	33,0	2,3	33,9	9,4	40,7
Stellung im Beruf							
Selbständige	- 32,9	64,8	- 23,9	- 12,1	- 6,4	- 54,0	- 43,4
Mithelfende Familienangehörige	- 49,7	- 54,1	- 67,3	- 51,0	- 33,4	- 61,2	- 28,7
Beamte	27,5	101,4	67,3	5,7	20,5	7,2	0,8
Angestellte (einschl. kaufmännische Lehrlinge)	30,9	- 0,4	29,2	36,4	76,9	19,5	38,4
Arbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	- 3,0	- 2,4	- 35,3	22,2	43,1	- 23,5	33,9
Insgesamt	- 6,6	- 4,6	- 18,3	7,4	24,7	- 29,8	- 16,5

1) 1961: Erwerbspersonen.



Wirtschaftszweig	Insgesamt	Im Alter von ... Jahren					
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und mehr
	Anzahl	%					
<b>PRODUKTIONSBEREICH</b>	863 600	11,6	19,3	26,1	21,0	12,6	9,4
<u>Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei</u>	163 700	5,3	9,5	20,5	23,9	16,9	23,9
Land- und Forstwirtschaft	155 600	5,0	9,3	20,2	24,1	17,0	24,4
Landwirtschaft	150 700	5,1	9,3	20,0	23,8	16,9	24,9
Forstwirtschaft	4 900	2,0	10,2	26,5	32,7	20,4	10,2
Gartenbau, gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	7 800	11,5	14,1	24,4	19,2	15,4	14,1
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau</u>	12 200	4,1	14,8	27,9	29,5	15,6	6,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	10 600	4,7	16,0	28,3	28,3	15,1	7,5
Bergbau	1 700	0,0	0,0	17,6	23,5	11,8	0,0
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	563 700	13,8	22,0	26,1	20,3	11,9	5,9
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	76 500	8,5	22,0	28,5	22,7	12,9	4,7
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	21 500	9,8	25,1	28,4	20,9	11,6	4,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden;							
Feinkeramik und Glasgewerbe	50 200	7,4	19,3	29,5	23,7	13,5	6,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	32 200	5,9	17,7	30,4	24,2	14,3	7,5
Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	18 000	10,0	22,2	27,8	22,8	12,2	5,0
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	33 100	13,3	19,3	26,9	22,7	12,4	4,8
Eisen- und NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)	9 300	6,5	18,3	28,0	28,0	16,1	3,2
Gießerei	8 800	10,2	18,2	28,4	23,9	12,5	4,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2 300	8,7	17,4	30,4	26,1	13,0	4,3
Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung, Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei	12 700	21,3	21,3	24,4	17,3	9,4	6,3
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	118 600	17,4	24,8	25,2	18,7	9,5	4,3
Stahl- und Leichtmetallbau	16 000	15,6	26,9	28,8	17,5	7,5	3,8
Maschinenbau	53 000	16,0	23,4	24,2	20,6	11,1	4,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 800	10,5	42,1	31,6	13,2	5,3	0,0
Straßenfahrzeugbau	43 500	20,5	24,4	24,8	17,2	8,5	4,4
Schiffbau, Luftfahrzeugbau	2 300	13,0	21,7	21,7	21,7	13,0	4,3
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	70 000	16,3	24,7	24,4	19,1	10,3	5,1
Elektrotechnik	32 900	19,8	27,7	23,1	17,3	8,8	3,3
Feinmechanik und Optik; Herstellung und Reparatur von Uhren	5 500	18,2	25,5	23,6	20,0	9,1	5,5
Herstellung von EBM-Waren	23 900	12,1	23,0	26,4	20,9	12,1	5,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	7 700	13,0	16,9	24,7	20,8	11,7	13,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	59 100	12,2	20,0	26,4	20,5	12,7	8,1
Säge- und Holzbearbeitungswerke, Holzverarbeitung	33 100	12,1	17,2	28,1	20,2	12,7	9,4
Papierherzeugung und -verarbeitung	12 700	9,4	21,3	26,8	22,8	13,4	6,3
Druckerei und Vervielfältigung	13 300	15,0	25,6	21,8	18,8	12,0	6,8
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	77 600	17,9	21,0	24,4	18,9	12,6	5,7
Lederherzeugung und -verarbeitung	8 200	15,9	20,7	24,4	19,5	13,4	7,3
Herstellung von Schuhen aus Leder und Textilien	36 000	13,9	19,4	28,3	20,3	13,3	5,3
Textilgewerbe	14 100	17,0	22,7	22,7	19,9	12,8	5,0
Bekleidungsgewerbe	18 000	27,8	22,8	17,2	15,6	10,6	6,1
Polsterei und Dekorateurgewerbe	1 300	15,4	23,1	30,8	15,4	15,4	7,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	57 300	14,3	20,1	25,0	18,7	13,4	8,6
Getränkeherstellung	17 400	9,2	20,1	27,6	21,3	13,2	7,5
Tabakverarbeitung	1 500	6,7	26,7	26,7	20,0	13,3	6,7
<u>Baugewerbe</u>	124 000	10,8	20,2	33,2	19,4	10,1	6,4
Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)	91 200	6,6	19,5	35,6	21,4	10,5	6,4
Zimmerei und Dachdeckerei	5 900	11,9	20,3	32,2	18,6	8,5	6,8
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	26 900	24,5	22,3	25,7	13,0	8,9	6,3
<b>DIENTSTLEISTUNGSBEREICH</b>	659 500	13,0	23,1	19,9	21,0	14,8	8,2
<u>Handel</u>	178 900	19,8	20,6	19,2	18,3	12,4	9,7
Großhandel	47 800	15,7	23,4	22,6	19,7	11,5	7,1
Handelsvermittlung	8 400	8,3	19,0	25,0	21,4	13,1	13,1
Einzelhandel	122 700	22,2	19,6	17,4	17,4	12,6	10,4
Einzelhandel mit Waren versch. Art (ohne Gemischtwaren)	17 300	21,4	23,1	16,2	19,1	14,5	5,8
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwarenhandel	33 000	15,8	16,1	18,5	20,3	14,5	14,5
Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	22 600	27,4	19,0	14,6	15,0	13,3	10,2
Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf u. ä.	18 600	24,2	19,9	18,3	16,7	10,8	10,2
Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen	3 200	21,9	15,6	15,6	18,8	12,5	15,6
Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	8 100	29,6	24,7	16,0	13,6	8,6	6,2
Einzelhandel mit sonstigen Waren	19 900	23,1	21,6	19,6	16,1	10,1	8,5



Wirtschaftszweig	Ingesamt	Im Alter von ... Jahren					
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und mehr
	Anzahl	%					
<u>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</u>	78 500	5,5	17,5	24,3	28,4	19,2	5,1
Eisenbahnen	30 300	3,3	11,2	20,5	34,3	26,7	4,3
Deutsche Bundespost	24 200	7,4	19,4	23,1	28,5	17,4	4,1
Straßenverkehr	15 800	3,8	21,5	32,9	22,2	12,7	6,3
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen	2 700	11,1	25,9	25,9	18,5	11,1	7,4
<u>Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</u>	31 600	16,8	32,3	19,3	17,7	9,5	4,7
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	22 400	19,6	34,8	17,9	16,1	8,0	4,0
Versicherungsgewerbe	9 200	9,8	26,1	22,8	21,7	13,0	6,5
<u>Dienstleistungen</u>	190 600	14,3	21,5	20,3	20,2	14,0	9,7
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	45 000	11,3	17,8	19,8	21,1	16,0	13,8
Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe) und Körperpflege	23 200	28,4	21,6	16,4	15,9	11,2	6,5
Wäscherei, Chemische Reinigung und Bekleidungsfärberei, Heißmanglei und Bügelei	5 300	7,5	17,0	24,5	24,5	17,0	9,4
Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar (ohne Hausfassadenreinigung), Schornsteinfegergewerbe	3 400	11,8	17,6	23,5	26,5	14,7	8,8
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	14 500	40,0	24,1	11,7	10,3	8,3	4,8
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	48 200	4,8	25,1	25,1	23,4	14,1	7,9
Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport	40 800	4,4	25,5	25,2	23,3	13,7	7,6
Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen	4 200	4,8	21,4	26,2	23,8	14,3	9,5
Verlags-, Literatur- und Pressewesen	3 200	9,4	25,0	21,9	25,0	18,8	9,4
Gesundheits- und Veterinärwesen	45 500	18,0	20,7	16,7	18,3	15,6	9,7
Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie andere, vorwiegend für Unternehmen erbrachte Dienstleistungen	21 800	20,6	24,3	21,1	17,0	8,7	7,3
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	9 300	30,1	23,7	15,1	15,1	8,6	8,6
Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien u. ä. Institute	8 400	16,7	26,2	27,4	17,9	6,0	4,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung	2 800	7,1	17,9	21,4	21,4	14,3	10,7
Sonstige Dienstleistungen	6 800	8,8	17,6	23,5	22,1	14,7	10,3
<u>Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte</u>	18 700	12,8	15,5	17,6	21,4	18,7	14,4
Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	6 700	6,0	11,9	20,9	20,9	20,9	22,4
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige Organisationen ohne Erwerbscharakter	5 100	7,8	23,5	21,6	23,5	17,6	5,9
Private Haushalte	6 900	24,6	14,5	13,0	20,3	17,4	10,1
<u>Gebietskörperschaften und Sozialversicherung</u>	161 200	6,6	29,8	18,4	22,0	16,9	6,5
Gebietskörperschaften	154 200	6,4	30,0	18,4	21,9	16,9	6,4
Sozialversicherung	7 100	11,3	25,4	16,9	25,4	15,5	5,6
<b>Insgesamt</b>	<b>1 523 100</b>	<b>12,2</b>	<b>20,9</b>	<b>23,4</b>	<b>21,0</b>	<b>13,6</b>	<b>8,9</b>

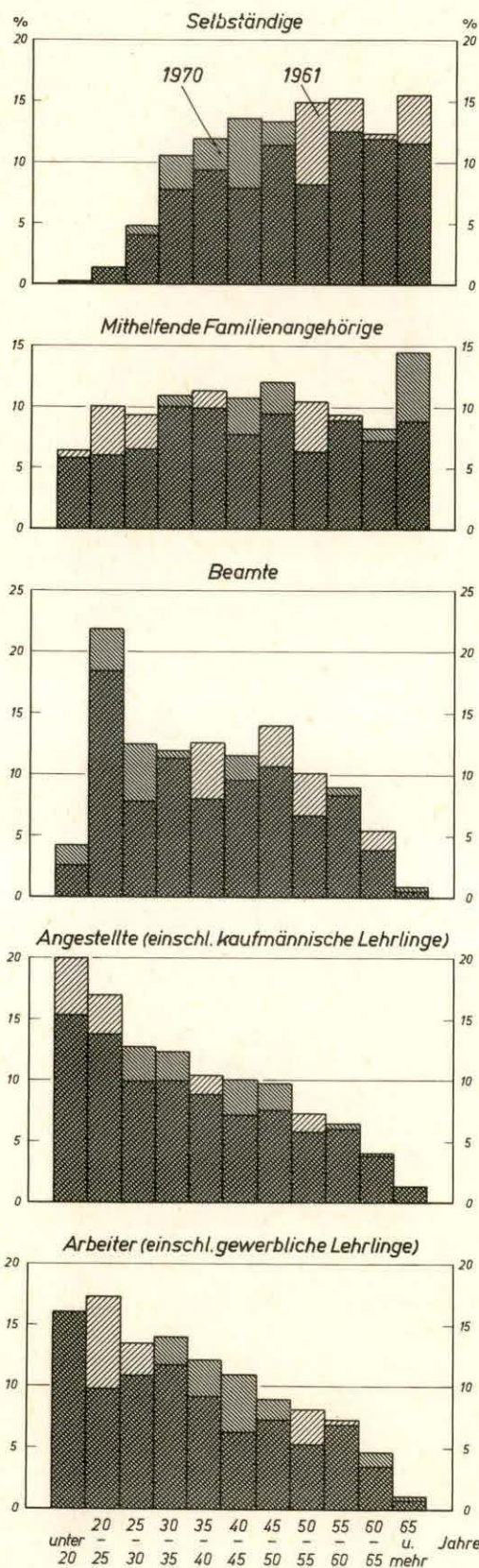
#### 41% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft über 50 Jahre alt

Vergleicht man die Altersstruktur der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsabteilungen miteinander, so fällt zunächst der außerordentlich geringe Anteil der unter 30jährigen von nur 14,9% in der Land- und Forstwirtschaft auf (Durchschnitt für alle Wirtschaftsabteilungen 33,2%), während umgekehrt die Zahl der über 50 Jahre alten Erwerbstätigen 40,8% erreicht (Durchschnitt 22,5%). Diese altersmäßige Gliederung der Erwerbstätigen ist typisch für einen vornehmlich kleinbetrieblich strukturierten Wirtschaftsbereich, in dem auf Grund veränderter Produktions- und Absatzbedingungen ein Teil der Arbeitskräfte freigesetzt werden muß. Der Nachwuchs wird in Anpassung an den geringen Arbeitskräftebedarf gestoppt, während die älteren Erwerbstätigen erhebliche Schwierigkeiten haben, sich auf eine neue Beschäftigung umzustellen, und daher versuchen werden, in ihrem bisherigen Beruf weiterzuarbeiten. Das gilt insbesondere für ältere Betriebsinhaber, die ihren Betrieb oft auch dann weiterführen, wenn er nur einen ungenügenden Ertrag abwirft.

Sehr niedrig ist mit 19,9% außerdem der Anteil der unter 30jährigen Erwerbstätigen in der Wirtschaftsabteilung Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß der Bergbau in Rheinland-Pfalz in den beiden letzten Dekaden fast vollständig zum Erliegen kam und damit keine Nachwuchskräfte mehr eingestellt wurden. Hinzu kommt, daß die Unternehmen der Energiewirtschaft und Wasserversorgung für die Produktion weitgehend Arbeitskräfte heranziehen, die im verarbeitenden Gewerbe ausgebildet wurden. Nicht unbeträchtlich unter dem Durchschnitt liegen mit 17,8 und 16,4% die Anteile für die über 50 Jahre alten Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, wobei im Baugewerbe ein Ausgleich ausschließlich durch die sehr starke Besetzung der mittleren Altersgruppe der 30- bis 50jährigen (52,6%) erfolgt, während die jungen Jahrgänge mit einem Anteil von 30,9% nicht ganz an den Gesamtdurchschnitt herankommen. Im verarbeitenden Gewerbe sind demgegenüber sowohl die jüngeren als auch mittleren Jahrgänge leicht überdurchschnittlich vertreten (35,8 und 46,4%).



## Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Altersgruppen 1961 und 1970



## Wirtschaftswachstum und Altersstruktur

Im Dienstleistungsbereich beschäftigen insbesondere die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe sowie der Handel jüngere Arbeitskräfte. Der Anteil der unter 30jährigen macht hier 48,7 und 40,4% aus. Das ist bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe vor allem auf die hohe Expansionsrate zurückzuführen; bei dem Aufbau ihres Zweigstellennetzes und der Vergrößerung ihrer Betriebe gelang es den Unternehmen, auf Grund attraktiver Bedingungen in großem Umfang junge Leute zu engagieren. Im Handel ist die hohe Quote für die unter 30jährigen in erster Linie dadurch bedingt, daß 22,2% der Erwerbstätigen im Einzelhandel unter 20 Jahre alt sind, weil insbesondere viele junge Mädchen eine Lehre im Einzelhandel aufnehmen, ohne daß sie späterhin diesen Beruf auch ausüben, was sich an der relativ schwach besetzten mittleren Altersgruppe der 30- bis 50jährigen zeigt (34,8%). Die Abnahme der Erwerbstätigen im Verkehrsbereich hatte auch hier zur Folge, daß der Zugang an Nachwuchskräften geringer war und die unter 30 Jahre alten Erwerbstätigen nurmehr 22,9% ausmachen, während umgekehrt die mittlere Altersgruppe der 30- bis 50jährigen mit 52,9% überdurchschnittlich hoch besetzt ist.

Bei den beiden Wirtschaftsabteilungen Dienstleistungen sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen weichen die Relationen - wenn man von der etwas groberen Abgrenzung von nur drei Altersgruppen ausgeht - nicht gravierend von den durchschnittlichen Quoten ab. Eine etwas feinere Untergliederung macht allerdings deutlich, daß der Anteil der unter 20 Jahre alten Erwerbstätigen bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen mit 6,6% außergewöhnlich gering war, da die Heranziehung eines eigenen Nachwuchses von den öffentlichen Körperschaften insgesamt gesehen nur sehr unvollkommen betrieben wird. Auffällig ist weiterhin, daß bei der Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte 32,7% der Erwerbstätigen über 50 Jahre alt sind. Maßgebend hierfür ist in erster Linie die starke Überalterung bei den christlichen Kirchen, Orden, religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen: Der Anteil der über 50jährigen macht hier 43,3% und der über 60jährigen noch 22,4% aus.

## Anteil der jungen Unternehmer noch gering

Eine Untersuchung der Altersstruktur der Erwerbstätigen, die bei der Gliederung nach der Stellung im Beruf ansetzt, zeigt zunächst, daß die Relationen, die sich für die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen ergeben, am stärksten von der Gesamtverteilung abweichen. Das ist weitgehend durch den Charakter dieser beruflichen Stellungen bedingt. Die Führung eines eigenen Betriebes oder die selbständige Ausübung eines freien Berufes setzt normalerweise eine längere berufliche Erfahrung, häufig auch die Ablegung von Prüfungen nach Absolvierung einer mehrjährigen beruflichen Tätigkeit voraus, so daß nur 6,3% der Selbständigen unter 30 Jahre alt sind. In Familienbetrieben werden außerdem die Söhne und



Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf, Altersgruppen und Geschlecht 1970

Wirtschaftsabteilung Stellung im Beruf	Insgesamt	Im Alter von ... Jahren					
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und mehr
	Anzahl	%					
Männer							
Wirtschaftsabteilung							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	84 471	6,3	9,8	19,8	21,3	15,0	27,8
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	10 507	3,5	13,6	29,4	30,4	15,8	7,3
Verarbeitendes Gewerbe	408 144	11,9	21,0	28,1	20,4	12,0	6,7
Baugewerbe	117 884	10,6	19,9	33,7	19,3	10,1	6,4
Handel	86 730	15,6	20,6	22,8	17,8	12,1	11,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	67 179	4,8	17,1	25,2	28,3	19,3	5,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	18 245	11,4	26,5	23,2	20,4	12,2	6,2
Dienstleistungen	72 774	7,1	18,4	25,2	21,8	15,4	12,1
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	6 243	1,8	10,8	24,7	23,7	20,0	19,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	127 432	5,7	30,7	18,7	21,0	16,9	7,0
Stellung im Beruf							
Selbständige	135 255	0,2	6,0	23,7	26,8	20,0	23,3
Mithelfende Familienangehörige	24 484	15,3	19,6	10,9	5,4	5,6	43,1
Beamte	109 592	4,6	33,8	19,4	21,9	15,7	4,5
Angestellte (einschl. kaufmännische Lehrlinge)	222 322	8,9	22,0	26,0	22,4	14,0	6,7
Arbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	507 956	13,6	21,2	28,5	19,3	11,4	5,9
Insgesamt	999 609	9,8	20,6	25,9	21,0	13,5	9,2
Frauen							
Wirtschaftsabteilung							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	79 253	4,3	9,3	21,1	26,5	18,8	19,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1 669	10,2	27,4	19,1	25,0	14,2	4,2
Verarbeitendes Gewerbe	155 565	18,9	24,7	21,0	20,1	11,7	3,7
Baugewerbe	6 079	14,8	24,9	24,7	19,8	10,0	5,8
Handel	92 171	23,9	20,5	15,9	18,6	12,7	8,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 368	9,0	19,6	19,5	29,4	18,0	4,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 355	24,0	39,5	14,4	13,9	6,4	1,8
Dienstleistungen	117 828	18,7	23,3	17,3	19,2	13,2	8,3
Organisationen ohne Erwerbscharakter einschl. Private Haushalte	12 473	18,5	17,5	14,2	20,2	17,7	11,9
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	33 775	10,3	26,0	17,1	25,8	16,8	4,1
Stellung im Beruf							
Selbständige	36 401	0,2	7,0	18,3	27,4	23,2	23,8
Mithelfende Familienangehörige	102 608	3,6	11,0	23,3	26,8	17,5	17,8
Beamte	12 613	0,8	37,3	22,2	22,2	12,7	4,0
Angestellte (einschl. kaufmännische Lehrlinge)	192 612	22,6	31,6	15,3	16,7	10,0	3,8
Arbeiter (einschl. gewerbliche Lehrlinge)	179 302	22,6	18,5	19,5	21,0	13,8	4,6
Insgesamt	523 536	16,8	21,5	18,7	21,0	13,7	8,2

Töchter in der Regel erst als Teilhaber unmittelbar in die Geschäftsführung übernommen, nachdem sie eine Zeitlang entweder als Angestellte im eigenen Betrieb tätig gewesen sind oder sich in anderen Unternehmen umgesehen haben, um ihren Gesichtskreis dadurch zunutzen der eigenen Firma zu erweitern. Fast 50% der Selbständigen fielen daher in die Altersgruppe der 30- bis 50jährigen, 44,1% waren bereits über 50 Jahre alt. Die Entschlußfreudigkeit, sich selbständig zu machen und einen eigenen Betrieb zu gründen, hängt jedoch zum Teil auch vom Volkscharakter und dem Unternehmensgeist einer Epoche ab. Je selbstbewußter die jeweils junge Generation ist, und je geringer die Erfahrung des Alters veranschlagt wird, desto größer dürfte die Zahl der jungen Menschen sein, die eine selbständige Stellung bevorzugen und sich aus der Abhängigkeit des Arbeitnehmerverhältnisses lösen. So ist seit 1961 insbesondere der Anteil der 30 bis 50 Jahre, aber auch der Anteil der unter 30 Jahre alten Selbständigen gestiegen, während der Anteil der über 50 Jahre alten Selbständigen zurückging.

### Nachwuchs bevorzugt Beamten- und Angestelltenstellungen

Verhältnismäßig gering ist auch der Anteil der jungen mithelfenden Familienangehörigen. Nur 18,5% waren unter 30, aber 37,9% über 50 Jahre alt. Die Mitarbeit im väterlichen Betrieb, ohne hierbei in einem festen Arbeitsverhältnis mit entsprechenden Lohn- oder Gehaltsvereinbarungen zu stehen, schafft eine besonders starke Abhängigkeit und ist daher für die meisten jungen Leute heute nur noch wenig attraktiv. Zwar ist die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen seit 1961 vor allem wegen der verminderten Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, in der 66,2% aller mithelfenden Familienangehörigen tätig sind, insgesamt ganz erheblich gesunken (— 49,7%); bei den unter 30jährigen mithelfenden Familienangehörigen war der Rückgang mit 64,0% jedoch besonders hoch.

Bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern zeigt die Altersstruktur keine sehr gravierenden Unterschiede. Der Anteil der unter 30jährigen ist



mit 36,4% am geringsten bei den Arbeitern, wobei zu bedenken ist, daß die Gesamtzahl der Arbeiter seit 1961 um 3,0% zurückgegangen ist und sich eine derartige Verminderung des Gesamtbedarfs in der Regel - wie bereits vorstehend in anderem Zusammenhang erwähnt - zunächst am stärksten bei den Nachwuchskräften auswirkt, zumal gleichzeitig die Zahl der Beamten und Angestellten um 27,5% und 30,9% zugenommen hat.

#### **Relativ schwache Besetzung der mittleren Altersgruppen bei den erwerbstätigen Frauen**

Recht aufschlußreich ist weiterhin eine Gegenüberstellung der Altersgliederung für die männlichen und weiblichen Erwerbstätigen. Es ergibt sich dabei, daß die Frauen, die 34,4% aller Erwerbstätigen stellen, etwa in der gleichen Weise über die Altersgruppen streuen wie die Männer, mit zwei Ausnahmen. Der Anteil der unter 20jährigen ist mit 16,8% erheblich höher und der Anteil der 30- bis 40jährigen mit 18,7% nicht unbeträchtlich geringer als bei den Männern (9,8 und 25,9%). Diese Divergenzen erklären sich daraus, daß die Mädchen ebenso wie die Jungen zunächst nahezu alle eine berufliche Tätigkeit aufnehmen, was in einer relativ starken Besetzung dieser unteren Altersgruppe zum Ausdruck kommen muß. Im Alter von 30 bis 40 Jahren wiederum ist der Anteil der Frauen mit Kleinkindern, die inzwischen soweit herangewachsen sind, daß sie nur noch schwer der Obhut von Großeltern und anderen Verwandten überlassen werden können, am größten, was wiederum eine relativ geringe Erwerbstätigkeit unter den Frauen in dieser Altersgruppe zur Folge hat.

#### **Unterschiedliche Altersstruktur der in Familienbetrieben mithelfenden Männer und Frauen**

Ganz erheblich sind allerdings die Abweichungen in der Altersstruktur, wenn man die männlichen und weiblichen Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf untergliedert. Das gilt weniger für die Selbständigen und die Beamten - obwohl auch hier gewisse Unterschiede bestehen - als vielmehr für die mithelfenden Familienangehörigen, die Angestellten und die Arbeiter. Allerdings ist die Zahl der Männer, die als mithelfende Familienangehörige beschäftigt sind, recht gering (19,3%). Es handelt sich dabei um eine berufliche Stellung, die bei weitem überwiegend von Frauen eingenommen wird. Männer sind mithelfend im Familienbetrieb nur vorübergehend in jungen Jahren oder in höherem Alter tätig - und dann häufig nur noch nebenbei, nachdem sie als früher Selbständige den Betrieb an den Sohn abgegeben oder nachdem sie in einem Arbeitnehmerverhältnis die Altersgrenze erreicht haben. Von den Männern unter den mithelfenden Familienangehörigen sind deshalb 34,9% unter 30 Jahre und 43,1% über 60 Jahre alt (Frauen 14,6 und 17,8%).

Bei den weiblichen Angestellten macht der Anteil der unter 30jährigen 54,3% aus (Männer 30,9%), während die mittleren und höheren Altersgruppen entsprechend schwächer besetzt sind als bei den Männern. Das gleiche gilt, wenn auch nicht derartig stark ausgeprägt, für die Arbeiter. Von den Arbeiterinnen sind 41,2% noch nicht 30 Jahre alt (Männer 34,8%). Dieser Unterschied wird ausschließlich durch entsprechend umgekehrte Relationen in der mittleren Altersgruppe der 30- bis 50jährigen ausgeglichen (40,5 zu 47,8%), denn der Anteil der über 50 Jahre alten Arbeiterinnen ist mit 18,4% sogar noch etwas höher als der Anteil der Arbeiter dieser Altersklasse (17,4%).

*Dr. G. Nold-Stahlberg*



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 689	3 689	3 690	3 700	3 702	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	2 859	2 398	1 804	2 415	3 079	2 054	1 853 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	9,1	7,9	5,8	7,7	9,8	6,8 <sup>p</sup>	5,9 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 323	3 201	3 110	3 188	3 108	2 907	3 141 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	10,6	10,6	9,9	10,1	9,9	9,6 <sup>p</sup>	10,0 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 382	3 426	3 694	3 664	3 394	3 140	3 906 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	10,8	11,3	11,8	11,7	10,8	10,3 <sup>p</sup>	12,4 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	87	59	74	80	71	83	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	25,2	18,2	22,4	25,1	22,8	28,6	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 59	- 225	- 584	- 476	- 286	- 233	- 765 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 0,2	- 0,7	- 1,9	- 1,5	- 0,9	- 0,8 <sup>p</sup>	- 2,4 <sup>p</sup>
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	11 792	11 204	13 061	11 605	12 566	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	10 210	10 931	11 659	9 492	10 046	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 582	273	1 402	2 113	2 520	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 351	10 508	12 762	11 951	12 470	12 299	14 487	...	...
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	8,8	8,5	9,3	10,3	10,2	10,1	13,2
* Männer	1 000	6,6	7,8	4,7	4,4	4,8	5,2	5,2	5,0	6,6
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	116	148	134	79	104	130	114
Bauberufe	Anzahl	859	887	284	267	320	293	330	386	764
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	3 784	3 560	3 951	4 134	4 104	3 971	5 365
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	29 682	30 134	27 704	34 095	31 853	30 017	24 505
Männer	Anzahl	17 617	16 842	18 343	19 060	17 876	21 639	20 857	19 982	16 483
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	252	371	398	436	507	609	473
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	3 054	3 388	2 914	3 301	3 092	2 977	2 181
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	13 022	13 549	12 215	15 859	15 241	14 086	11 355
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	.	.	.	.	.	.
* Milchkühe	1 000	252	251	.	.	.	.	.	.	.
* Schweine	1 000	741	744	.	743	.	.	.	789	.
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	73	.	.	.	75	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	43	.	.	.	45	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	15	14	17	14	15	17	20
* Kälber	1 000	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	89	86	104	88	82	80	95
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	8	11	17	9	6	10	14
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	12,0	11,1	11,0	10,3	12,0	10,5	10,5	10,2	12,1
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	4,2	3,9	4,6	4,0	4,4	4,5	5,3
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,7	6,3	7,3	6,4	6,0	5,6	6,7
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	197	165	165	160	75	85	174	194	85
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	44	61	70	54	71	70	75	71	59
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	83	76	76	84	82	70	69
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	85,2	85,6	83,7	86,5	86,8	86,4	83,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	10,7	10,1	9,7	10,8	10,5	9,4	8,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 050	3 048	3 044	2 992	2 994	2 998	2 993
* Beschäftigte	1 000	408	404	407	406	405	409	413	412	411
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	300	298	298	301	304	302	302
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	46 367	46 378	48 232	41 670	47 732	45 630	49 745
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	588	570	585	673	670	635	671
* Löhne	Mill. DM	357	384	393	373	389	446	445	410	448
* Gehälter	Mill. DM	184	207	195	197	196	227	225	225	223
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	71	63	75	70	62	69	74
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	146	180	174	164	187	185	202
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	3	3	4	2	2	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	143	177	170	162	185	182	199
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	172	184	219	179	187	189	224
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	28	34	42	26	28	29	39
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	144	150	177	153	159	160	185
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	857	838	881	858	875	906	960
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	278	270	293	257	267	279	297
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 851	2 936	3 081	2 925	3 173	3 144	3 501
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	596	625	704	685	753	731	873
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	219	242	246	225	239	262 <sup>p</sup>	262 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	228	253	257	237	252	276 <sup>p</sup>	277 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	230	254	258	234	250	272	274
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	195	224	238	302	297	356 <sup>p</sup>	336 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	251	277	277	270	281	298	303
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	197	209	211	203	201	219	201
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	298	327	326	322	332	348	362
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	278	311	315	287	280	330	335
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	267	265	265	221	215	248	267
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	174	193	196	148	182	199	188
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	109	108	102	55	95	104	85
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	165	181	214	160	200	206	227
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	169	186	182	158	172	189	176
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	103	.	.	.	103	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	228	.	.	.	245	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	237	.	.	.	263	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	150	156	239	150	160	...	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 191	1 241	1 404	1 438	1 405	...	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	331	346	456	537	481	...	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	999	1 040	1 169	1 037	1 071	...	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,2	0,4	0,6	0	0	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	165	219	246	93	106	...	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	166	219	247	93	106	...	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	91 967	91 835	90 613	88 813	88 369	88 244	88 419
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	50 144	50 123	48 760	49 746	49 427	49 735	49 167
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	27 005	26 778	26 882	24 175	23 804	23 421	23 978
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	14 815	14 900	15 292	12 509	14 152	13 475	14 617
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 649	8 684	8 748	7 234	8 259	7 813	8 533
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 827	5 809	5 942	4 900	5 620	5 334	5 797
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	130	136	113	95	178	155	108
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 692	2 739	2 693	2 239	2 461	2 324	2 628
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	6 166	6 216	6 544	5 275	5 893	5 662	6 084
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 437	1 468	1 750	1 126	1 197	1 175	1 262
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 729	4 748	4 794	4 149	4 696	4 487	4 822
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	2 242	2 239	2 361	1 998	2 291	2 135	2 266
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	149	146	150	151	158	153	164
* Löhne	Mill. DM	103	118	136	132	136	136	143	138	149
* Gehälter	Mill. DM	12	13	13	14	14	15	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	381	390	340	354	399	450	468

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ab Mai 1973 umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtete Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 887	1 549	1 518	2 014	1 490	1 238	1 291
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 682	1 401	1 322	1 835	1 347	1 135	1 193
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	2 441	1 718	2 008	2 449	1 614	1 381	1 342
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	333	261	315	416	271	231	223
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	380	302	359	429	275	234	222
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	307	250	288	338	323	284	302
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 056	1 007	1 105	1 676	1 459	1 194	1 073
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	103	103	136	233	170	158	180
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	204	173	202	294	253	217	198
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	2 742	4 517	3 436	4 478	5 192	3 128	2 733	2 533
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	124	.	.	.	135	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	191	.	.	.	204	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	196	.	.	.	212	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	200	.	.	.	216	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	178	.	.	.	194	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	184	.	.	.	200	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	138	.	.	.	150	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	202	.	.	.	227	.	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	195	.	.	.	219	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	208	.	.	.	235	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	173	.	.	.	192	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	170	182	180	.	.	.	205	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	688,3	722,5	807,9	825,7	880,7	854,8	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	26,9	30,9	35,2	39,8	55,8	46,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	661,4	691,6	772,7	785,9	824,9	808,4	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	9,5	10,6	9,2	10,6	11,9	11,5	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	35,5	32,2	42,1	50,0	42,7	36,5	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	616,3	648,8	721,5	725,3	770,3	760,4	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	228,5	249,4	254,8	274,3	289,7	289,9	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	387,8	399,4	466,7	451,0	480,6	470,5	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	298,7	336,7	391,8	350,7	375,7	395,8	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	83,7	109,9	140,7	130,2	102,4	125,1	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	47,9	50,0	60,5	56,4	62,5	60,1	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	57,4	55,3	61,5	59,6	74,8	61,7	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	56,7	64,8	70,5	71,1	59,7	76,9	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	37,4	39,3	40,3	43,7	54,3	48,9	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,1	1,8	1,9	3,4	3,3	2,2	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	14,5	15,7	15,9	16,3	18,7	20,9	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	30,2	33,2	38,6	36,2	34,5	35,4	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	41,1	39,5	46,0	44,4	46,1	43,2	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	55,3	68,1	56,5	53,3	52,6	60,5	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	112,5	102,4	107,8	122,5	152,7	122,6	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	30,4	36,4	34,8	50,6	50,7	48,0	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	436,7	498,3	485,1	519,7	464,3	488,6	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	66,6	77,7	85,1	108,4	87,4	91,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	370,1	420,6	400,0	411,3	376,9	397,2	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	101	99	100	100	103	101	100
* Umsatz	1962 = 100	170	188	184	180	200	194	194	185	211
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	249	240	254	255	239	232	275
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	166	169	159	170	188	197	176	191
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	158	170	209	169	144	157	229
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	212	209	230	203	214	211	236
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	172	158	167	158	182	159	176
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	168	173	206	180	164	173	172



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	128	117	120	118	116	123	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	285	257	291	224	251	255	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	239	214	227	234	231	240	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	402	445	387	425	423	534	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	227	195	218	214	220	222	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	386	427	342	367	373	420	...
* Auslands Gäste	1 000	56	54	107	90	42	114	97	75	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	1 581	1 525	1 154	1 719	1 583	1 530	...
* Auslands Gäste	1 000	131	134	272	194	98	334	263	172	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	3 634	3 244	2 578	3 465	3 386	2 986	3 458
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	1 685	1 617	1 373	1 864	1 734	1 634	1 912
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 949	1 627	1 205	1 601	1 652	1 352	1 546
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	3 668	4 443	4 489	3 504	3 792	4 125	3 974
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	2 821	2 567	1 788	2 909	2 963	2 658	2 849
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	80	59	42	83	79	63	68
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 190	4 637	5 205	4 002	3 944	4 558	4 749
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	1 402	1 095	783	1 485	1 511	1 291	1 431
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	76	54	38	82	78	62	66
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	9 398	9 982	12 289	10 447	8 443	9 045	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	211	130	73	317	256	139	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	8 381	8 836	10 946	9 070	7 280	8 068	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	447	569	691	573	502	438	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	294	393	524	397	334	333	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	367	271	317	781	360	306	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	24 023	29 213	31 603	21 788	26 936	29 701	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	20 643	23 770	26 971	19 165	21 537	23 599	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	2 677	4 776	4 070	2 022	4 681	5 369	...
Berufsverkehr	1 000	844	900	724	1 113	980	850	1 009	1 065	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	703	667	562	601	681	733	...
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	146	137	113	137	130	152	...
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	6	5	2	9	8	4	...
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	551	525	447	455	543	577	...
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	12 945	14 478	13 023	12 062	15 017	16 186	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	7 235	7 595	7 811	7 666	8 232	7 025	7 013	7 287	7 876
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	2 101	2 044	2 024	1 871	1 920	2 039	1 919
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	5 709	5 622	6 208	5 154	5 093	5 248	5 957
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 493	4 350	4 876	3 918	4 045	4 082	4 633
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 216	1 272	1 332	1 236	1 048	1 166	1 324
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	101	114	130	98	106	110	98
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	56	63	71	52	48	64	44
Fußgänger	Anzahl	28	24	14	22	32	16	29	19	31
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	3 051	2 955	2 930	2 789	2 631	2 862	2 696
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 920	1 938	1 906	1 751	1 431	1 714	1 699
Fußgänger	Anzahl	319	331	336	318	385	259	333	331	362
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	1 110	1 040	951	920	880	966	871
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	627	588	538	515	421	529	469
Fußgänger	Anzahl	162	169	166	166	190	125	144	155	191
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	37 486	39 431	44 666	38 380	39 537	40 260	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 006	1 093	1 218	792	1 032	1 008	...
Telegramme	1 000	51	40	42	39	39	42	41	36	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1143 666	1070 913	1114 334	1411 456	1261 010	1153 499	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1144 951	1090 655	1111 820	1391 028	1294 060	1120 693	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	24 279	21 210	22 420	26 893	25 195	20 459	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	26 890	26 081	26 822	33 332	35 941	30 337	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer <sup>1)</sup>										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 092	1 093	1 095	1 108	1 109	1 111	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	976	978	979	995	996	998	...

<sup>1)</sup> Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	24 695	25 203	25 520	28 480	28 617	28 962	29 054
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	22 590	26 265	24 416	24 930	25 242	28 305	28 447	28 796	28 891
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 844	6 094	6 168	7 191	7 111	7 343	7 298
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 689	5 914	6 020	6 963	6 939	7 111	7 068
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	156	179	147	227	173	231	230
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	3 115	3 161	3 206	3 502	3 502	3 506	3 461
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 800	2 841	2 873	3 070	3 074	3 075	3 041
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	315	320	332	432	427	431	420
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	15 456	15 676	15 869	17 611	17 834	17 947	18 132
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	11 864	12 055	12 204	13 480	13 577	13 671	13 792
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 592	3 621	3 664	4 131	4 256	4 276	4 340
* Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	22 279	22 301	22 486	24 567	24 952	24 951	25 169
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 900	7 852	7 919	9 388	9 818	9 838	10 004
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	6 465	6 458	6 541	7 829	8 186	8 223	8 468
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 435	1 393	1 377	1 559	1 633	1 615	1 536
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 912	12 980	13 093	13 657	13 604	13 577	13 620
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 970	8 001	8 064	8 440	8 406	8 387	8 386
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	695	612	684	707	693	597	746
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	572	546	571	807	746	625	705
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	12	14	17	12	28	26	34
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	2 049	1 182	3 324	18 598	45 348	17 599	59 121
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	1	2	2	-	-	1
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 502	1 410	1 622	1 571	1 645	1 522	1 927
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	4 931	3 787	4 658	4 873	4 923	5 570	7 099
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	519 309	670 087	462 651	470 538	568 520	736 163	498 727
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	356 368	500 514	241 467	308 084	410 021	577 888	300 372
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	249 223	193 593	197 548	224 008	313 529	224 822	240 096
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	84 380	-	-	-	106 695	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	9 779	224 059	34 454	52 228	10 660	255 808	44 442
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	60 791	- 1 045	2 181	7 802	60 459	- 660	2 305
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	36 575	83 907	7 284	18 046	25 373	97 918	13 529
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	28 317	-	-	-	18 468	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	162 941	169 573	221 184	162 454	158 499	158 275	198 355
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	125 221	131 784	151 190	126 031	120 516	124 385	145 394
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	37 720	37 789	69 994	36 423	37 983	33 890	52 961
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	90 281	99 707	108 421	89 541	82 907	83 451	97 985
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	5 409	5 631	13 867	4 861	5 074	4 751	9 442
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	79 240	82 202	89 762	76 450	71 190	64 347	78 600
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	59 855	37 516	35 236	40 080	61 898	39 791	41 779
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	25 466	1 186	1 208	1 869	27 439	2 339	3 632
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	22 310	24 773	23 905	27 531	23 507	24 530	27 410
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	6 888	6 987	5 779	7 485	7 419	7 867	6 066
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	303 038	.	.	.	342 753	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	10 628	.	.	.	11 919	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	42 420	.	.	.	47 975	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	206 837	.	.	.	237 930	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	16 594	.	.	.	20 672	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	360 186	432 058	391 527	366 222	372 640	441 954	404 952
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	160 054	221 021	104 494	134 285	182 317	255 300	130 267
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	105 926	111 056	142 948	105 597	103 027	102 882	134 224
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	3 925	274	35 664	36 799	4 389	321	42 476
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	304 702	335 857	263 726	293 395	322 142	373 797	300 780
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	160 025	221 021	104 472	133 375	181 741	255 300	128 853
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	80 897	77 046	88 354	83 141	74 114	78 385	87 673
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	3 925	274	35 664	36 799	4 389	321	42 476
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	337 850	.	.	.	385 481	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	132 916	.	.	.	155 184	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	108 733	.	.	.	125 473	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	.	.	319	353	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	.	.	348	385	.	.	...
* Facharbeiter	DM	335	364	.	.	371	406	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	.	.	334	374	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	262	287	.	.	295	329	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	.	.	211	233	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	.	.	200	219	.	.	...
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	.	.	7,27	8,12	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	.	.	7,77	8,67	.	.	...
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	.	.	8,29	9,14	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	.	.	7,49	8,42	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	.	.	6,53	7,41	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	.	.	5,26	5,83	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	.	.	4,94	5,46	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	.	.	43,8	43,5	.	.	...
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	.	.	44,8	44,4	.	.	...
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	.	.	40,2	39,9	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	.	.	1 708	1 998	.	.	...
männlich	DM	1 388	1 517	.	.	1 542	1 764	.	.	...
weiblich	DM	1 672	1 824	.	.	1 858	2 125	.	.	...
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	.	.	1 206	1 366	.	.	...
männlich	DM	1 783	1 932	.	.	1 966	2 258	.	.	...
weiblich	DM	1 835	1 989	.	.	2 026	2 308	.	.	...
weiblich	DM	1 248	1 358	.	.	1 383	1 527	.	.	...
im Handel, Kredit und Versicherungs-										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	.	.	1 176	1 340	.	.	...
männlich	DM	1 046	1 150	.	.	1 170	1 316	.	.	...
weiblich	DM	1 379	1 504	.	.	1 524	1 713	.	.	...
weiblich	DM	824	915	.	.	939	1 017	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	.	.	1 454	1 685	.	.	...
männlich	DM	1 189	1 301	.	.	1 321	1 485	.	.	...
weiblich	DM	1 521	1 657	.	.	1 682	1 889	.	.	...
Technische Angestellte	DM	917	1 013	.	.	1 033	1 134	.	.	...
männlich	DM	1 767	1 910	.	.	1 943	2 233	.	.	...
weiblich	DM	1 820	1 968	.	.	2 003	2 283	.	.	...
weiblich	DM	1 228	1 331	.	.	1 354	1 511	.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 135	1 119	1 115	1 108	1 118	1 121	1 124
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	681	682	682	673	683	686	687
Rentner	1 000	361	366	368	368	366	371	371	372	372
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	4,9	5,0	5,1	4,9	5,6	5,4	5,9
Männer	%	4,9	5,0	5,0	5,1	5,2	5,1	5,7	5,5	6,0
Frauen	%	4,6	4,6	4,5	4,7	4,8	4,6	5,3	5,2	5,7
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570	396 117	396 604	398 305	413 086	412 648	411 577	413 171
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 <sup>3)</sup>	123 267	123 695	124 295	159 961	160 059	159 132	160 958
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	5 844	5 830	6 101	6 203	6 201	6 211	6 688
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	4 911	4 925	5 152	5 269	5 245	5 252	5 806
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	.	.	.	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	152	.	.	.	149	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 045	38 090	38 256	41 401	40 760	40 828	40 312

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Rentenanpassungsgesetz.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 <sup>p</sup>	61 701 <sup>p</sup>	61 739 <sup>p</sup>	61 775 <sup>p</sup>	61 967 <sup>p</sup>	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 <sup>p</sup>	37 715 <sup>p</sup>	41 144 <sup>p</sup>	38 756 <sup>p</sup>	42 089 <sup>p</sup>	36 235 <sup>p</sup>	44 566 <sup>p</sup>	33 057 <sup>p</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 <sup>p</sup>	60 333 <sup>p</sup>	57 786 <sup>p</sup>	53 715 <sup>p</sup>	54 301 <sup>p</sup>	56 705 <sup>p</sup>	54 466 <sup>p</sup>	49 738 <sup>p</sup>
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 <sup>p</sup>	59 205 <sup>p</sup>	56 779 <sup>p</sup>	55 204 <sup>p</sup>	57 167 <sup>p</sup>	59 106 <sup>p</sup>	58 444 <sup>p</sup>	53 685 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 <sup>p</sup>	1 128 <sup>p</sup>	1 007 <sup>p</sup>	- 1 489 <sup>p</sup>	- 2 866 <sup>p</sup>	- 2 401 <sup>p</sup>	- 3 978 <sup>p</sup>	- 3 947 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	185	246	197	198	195	201	217	222	219 <sup>p</sup>
Männer	1 000	101	141	106	107	102	100	111	111	107 <sup>p</sup>
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	.	.	21 376	20 436	.	.	21 300
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	274	287	280	278	283	283	287
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 948	1 838	1 634	2 017	1 937	1 816	1 583
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 320	8 345	8 352	8 353	8 379	8 417	8 427
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	878	883	933	904	865	903	918
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	46 545 <sup>x</sup>	47 178 <sup>x</sup>	52 081	54 921	52 111	53 533 <sup>x</sup>	57 583
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	9 122 <sup>x</sup>	8 941 <sup>x</sup>	10 544	11 596	10 874	10 946 <sup>x</sup>	12 535
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	154	144	169	187	159	157	188 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	153	144	169	188	159	157	188 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	152	142	166	186	156	155	186 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	187	191	219	223	213	213	241 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	102	94	84	84	92	89	83	85	91 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	157	146	171	193	162	160	192 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	187	181	197	224	204	205	221 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	144	126	162	190	147	140	186 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	144	136	169	174	138	142	185 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	146	148	142	136	144	158	143	143	158 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	162	151	170	180	153	150	172 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	7 714	8 558	8 313	7 165	7 498	8 159	7 403 <sup>p</sup>
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201	9 195	9 052	9 101	9 615	9 447	9 371	9 496
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 809	2 795	2 726	2 887	3 249	3 190	3 100
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 764	3 830	3 723	3 788	4 287	4 264	4 121
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 562	2 866	2 745	2 821	2 993	3 307	3 128
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	19 519	20 451	22 029	21 240	21 416	26 151 <sup>p</sup>	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	6 319	6 471	6 686	7 004	7 256	7 316 <sup>p</sup>	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 576	1 583	1 575	1 533	1 539	1 532	1 518
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	223	225	233	218	209	211	212
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	6 263	6 492	6 576	6 053	6 325	6 221	6 930
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	72 410	70 157	68 044	61 274	65 887	62 152	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	197	194	198	214	209	199	201
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	104	111	113	123	122	127	124
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	174	175	169	177	184	182	184
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	10 019	10 038	10 490	12 024	11 583	10 801	11 130
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	11 642	11 340	12 114	13 640	14 515	14 020	14 931
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 623	1 342	1 623	1 616	2 932	3 219	3 801

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Ungerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Verkehr</b>										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	90	91	95	90	...	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	101	106	97	110	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	90	94	98	...	...	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	103	96	113	107	...	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	89	87	105	103	89	...	...
<b>Geld und Kredit</b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	40 292	45 767	43 504	42 995	43 327	46 227	46 410	46 556	45 805 <sup>p</sup>
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	594 686	681 676	634 047	638 348	648 867	717 912	719 292	723 915	731 839 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	490 915	569 672	536 533	530 187	539 790	602 031	602 861	607 318	614 594 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	103 771	112 004	107 514	108 161	109 077	115 881	116 431	116 597	117 245 <sup>p</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	501 359	565 845	526 933	530 009	534 100	588 281	589 709	592 537	597 979 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	230 284	261 673	245 002	246 628	247 756	261 952	260 387	259 590	259 261 <sup>p</sup>
Index der Aktienkurse 31.12.65 = 100		132,9	150,5	153,5	158,9	154,7	146,6	137,9	135,7	133,7
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	80,4	79,4	78,0	78,0	78,1	67,9	67,3	67,2	67,9
<b>Steuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	4 562	5 649	10 999	11 984	6 756	6 270	13 135
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	3 502	4 639	4 332	4 634	5 406	5 021	5 519
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	4 726	4 380	3 706	4 148	4 935	4 575	3 798
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 808	2 754	2 678	2 188	2 863	2 668	2 658
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 484	2 473	2 438	2 758	2 675	2 881	2 751
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	106,5	118,7	113,2	114,3	116,6	122,3	120,6	118,3 <sup>p</sup>	120,4 <sup>p</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	116,5	127,3	120,2	120,3	121,1	138,2	140,4	138,2	136,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	116,0	116,3	117,1	123,4	124,4	124,9	125,2
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	.	175,9	.	.	.	189,9	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	.	127,1	.	.	.	132,1	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	130,4	137,9	138,2	138,2	139,6	148,2	148,2	148,1	148,5
Nahrungs- und Genussmittel	1962 = 100	121,8	129,3	130,3	129,5	131,6	141,6	140,6	139,3	139,0
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	122,8	130,4	130,1	130,6	131,8	140,1	140,5	141,1	142,4
Wohnungsmiete	1962 = 100	173,1	183,1	183,1	184,1	185,2	193,2	193,8	194,5	195,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	135,5	143,7	141,8	143,0	144,7	154,5	157,4	159,0	161,3
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	120,7	126,4	125,9	125,2	126,0	132,5	131,5	131,4	132,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	125,4	133,3	134,7	134,8	135,2	143,4	145,9	146,0	146,0
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	150,1	159,8	160,7	161,5	162,2	171,3	172,1	173,0	173,8
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	136,4	142,3	142,4	142,5	143,1	150,1	150,6	151,8	152,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	126,8	132,2	131,3	133,8	134,3	139,6	141,0	143,9	144,1
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	130,4	137,9	138,5	138,5	140,0	148,7	148,6	148,6	148,7
<b>Löhne</b> in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	119,6	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	122,7	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	122,7	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	124,0	.	.	.	...	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	97,6	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	98,9	.	.	.	...	.	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).



### Annähernd die Hälfte aller Freiheitsstrafen wegen Eigentumsdelikten

Zur Vollstreckung der durch Strafurteile verhängten Freiheitsstrafen verfügt das Land Rheinland-Pfalz über acht Justizvollzugsanstalten mit einer nach dem Stand vom 31. Dezember 1972 ermittelten Gesamt-Aufnahmekapazität von 3 088 Plätzen.

Die Anstalten befinden sich in Wittlich (725 Plätze), Diez (528), Zweibrücken (465), Frankenthal (328), Mainz (300), Koblenz (294), Trier (137) und Kaiserslautern (153). Überdies bestehen Zweiganstalten in Ludwigshafen (118) und Saarburg (40).

Im Verlaufe des Jahres 1972 hatten die Justizvollzugsanstalten 18 804 Zugänge, welchen 18 654 Abgänge gegenüberstanden. Der Anteil der Frauen war mit jeweils 2,5% gering.

Neben den Nachweisungen über die Gefangenenbewegung werden die Eingesessenen jeweils zum 31. März nach persönlichen und kriminologischen Merkmalen erfaßt. Diesen Feststellungen zufolge waren Ende März 1973 in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 1 947 Strafgefangene untergebracht, unter denen sich fünf Frauen befanden. Eine Freiheitsstrafe verbüßten 1 664 Gefangene, von denen 112 gemäß § 92 JGG vom Jugendstrafvollzug ausgenommen waren. Annähernd vier Fünftel der Erfaßten hatte ein Alter zwischen 21 und 40 Jahren. Jugendstrafen wurden an 283 zwischen 14 und 21 Jahren alten Delinquenten vollzogen. Unter diesen bildeten die 18- bis 21jährigen mit 60% die große Mehrheit. Mehr als die Hälfte der Strafgefangenen war ledig, knapp ein Viertel verheiratet und fast ein Fünftel geschieden.

Der Anteil der Vorbestraften betrug 73%. Gut die Hälfte dieser Personen hatte mehr als fünf Vorstrafen.

In der Gliederung nach den begangenen Delikten verbüßten 47% der am Stichtag Inhaftierten eine Freiheits- oder Jugendstrafe wegen Diebstahls oder Unterschlagung. Es folgten die wegen Raub und Erpressung (11,3%), wegen Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit (8%) und wegen Verbrechen und Vergehen wider das Leben Verurteilten (6,6%). In der letztgenannten Gruppe befanden sich 90 Inhaftierte, denen ein vollendeter oder versuchter Mord nachgewiesen war. Eines Vergehens oder einer Übertretung hatten sich 5,6% der Eingesessenen schuldig gemacht. zi

### Baugenehmigungen stark rückläufig

Die Aussetzung der 7 b-Abschreibung beeinflusst weiterhin das Geschehen auf dem Bausektor. So wurden im Oktober 1973 für 2 533 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt, das sind 43% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohnbauten verminderte sich um 15%, während diejenigen für Nichtwohnbauten um 5% zunahmen. Mit Anteilen von 71 bzw. 14% waren private Haushalte und sonstige Wohnungsunternehmen die baufreudigsten Bauherrengruppen. Den stärksten Rückgang der Baugenehmigungen im Wohnbau gegenüber Oktober 1972 wies der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz auf (— 55%) hin.

### Anteil der jüngeren und älteren Erwerbstätigen seit 1961 gesunken

Das erwerbsstatistische Programm der Volkszählung 1970 brachte unter anderem eine tiefgegliederte Darstellung der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung nach Altersgruppen. Am stärksten besetzt war danach die Gruppe der 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen (23,4%). Die Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 30 Jahren, deren Zahl bei einer stetig wachsenden Bevölkerung an sich hätte größer sein müssen als die Zahl der 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen, stellten dagegen auf Grund der Geburtenausfälle während des zweiten Weltkrieges nur einen Anteil, der fast genauso hoch war wie der Anteil der 40- bis 50jährigen (21%). Die unter 20 Jahre alten Erwerbstätigen waren an der Gesamtzahl mit 12,2% beteiligt, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß eine Erwerbstätigkeit normalerweise erst mit dem 15. Lebensjahr beginnen kann und ein nicht unbeträchtlicher Teil der 15- bis 20jährigen noch eine weiterführende Schule besucht. Relativ gering war mit 22,5% der Anteil der über 50 Jahre alten Erwerbstätigen, von denen 13,6% zwischen 50 und 60 Jahre und 8,9% über 60 Jahre alt waren (wiederum bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen).

Ein Rückblick auf die vorangegangene Volkszählung 1961 zeigt, daß die beiden Gruppen der 30- bis 40- und 40- bis 50jährigen Erwerbstätigen 1970 stärker besetzt waren als 1961, während die Zahl der jüngeren und älteren Erwerbstätigen zurückgegangen ist. So hat sich die Zahl der 30- bis 40jährigen gegenüber 1961 um 7,4% und die Zahl der 40- bis 50jährigen um 24,7% erhöht. Dagegen verminderte sich die Zahl der unter 20jährigen um 4,6% und die Zahl der 20- bis 30jährigen um 18,3%. Noch einschneidender war insgesamt gesehen die Abnahme bei den älteren Erwerbstätigen: Die Zahl der 50- bis 60jährigen war 1970 um 29,8% und die Zahl der über 60jährigen um 16,5% geringer. nd Mehr über dieses Thema auf Seite 334.

### Unterschiede im Umfang der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

Vergleicht man die Erwerbsquoten in Rheinland-Pfalz und im gesamten Bundesgebiet miteinander, so ergibt sich, daß die Entwicklung in Rheinland-Pfalz seit 1961 zwar im großen und ganzen ähnlich verlaufen ist wie in den anderen Bundesländern. Es treten dabei jedoch einige deutliche Unterschiede zutage, deren Ursachen zum Teil in der speziellen Wirtschaftsstruktur des Landes zu suchen sein dürften, zum Teil aber auch darin, daß der Anteil der Bevölkerung in großstädtischen Ballungszentren in Rheinland-Pfalz geringer ist, woraus sich insbesondere für viele Frauen verminderte Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben, da das Angebot an passenden Stellen in ländlichen Gebieten weder so groß noch so breit gefächert ist wie in Stadtregionen. Insgesamt gesehen war die Ausgangslage in Rheinland-Pfalz 1961 etwa die gleiche wie im Bundesgebiet. Die Erwerbsquoten waren mit 63,3 bzw. 63,9% für die Männer und 33,8 bzw. 33,4% für die Frauen fast identisch. Bis zum Jahre 1970 hat die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz aber sehr viel stärker abgenommen als im Bundesgebiet. Während die Erwerbsquoten im Bundesgebiet bei den Männern auf 59,2 und bei den Frauen auf 30,0% zurückging, sanken sie in Rheinland-Pfalz auf 57,7 und 27,5% ab. nd.



### **6,68 Mill. hl Wein lagern in den Kellern**

In den rheinland-pfälzischen Weinkellern lagerten am 31. August dieses Jahres 6,68 Mill. hl Wein. Die Bestände waren somit um 672 000 hl oder 11% höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zunahme ist vorwiegend auf größere Vorräte an inländischen Trinkweinen des Jahrgangs 1972 zurückzuführen.

Von der Gesamtmenge entfielen 6,39 Mill. hl (+ 11%) auf Trinkwein und 285 000 hl (+ 9,2%) auf Verarbeitungswein. Die Vorräte an inländischen Trinkweinen erhöhten sich um 451 000 hl (+ 8,6%) auf 5,69 Mill. hl, diejenigen ausländischer Herkunft sogar um 39% auf 703 000 hl. Die aus den Ländern der EG importierten Trinkweine verzeichneten eine Bestandserhöhung um mehr als ein Drittel und beliefen sich auf insgesamt 552 000 hl, während die Mengen aus anderen Ländern 151 000 hl (+ 44%) ausmachten.

Unter den Trinkweinen inländischer Herkunft entfiel mit 4,77 Mill. hl die weitaus größte Menge auf Weißwein. Außerdem wurden 511 000 hl Schaumwein (+ 24%), 368 000 hl Rotwein (+ 8,9%) und 34 000 hl Perlwein festgestellt. Vom Weißwein gehörten noch 1,15 Mill. hl dem Jahrgang 1971 an, darunter 986 000 hl Prädikatswein.

Die Zahl der Betriebe mit Weinbeständen, die sich schon seit mehreren Jahren rückläufig entwickelte, nahm gegenüber dem Vorjahresstichtag um 1 307 auf 22 546 ab. Winzerbetriebe verzeichneten einen Rückgang um 1 088, Handelsbetriebe um 200. wr

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 1/Januar 1973**

Altersstruktur 1970  
Wohnungswünsche 1972  
Wirtschaftsstruktur der Stadt Koblenz  
Bodennutzung 1972

#### **Heft 2 - 3/Februar - März 1973**

Statistisches Landesamt 1948-1973  
Das Land im Spiegel der Statistik

#### **Heft 4/April 1973**

Private Haushalte  
Ältere Mitbürger  
Binnenfischerei 1972  
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1972  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1972  
Außenhandel 1960 und 1971  
Wohnungsstichprobe 1972  
Meldepflichtige Krankheiten 1972

#### **Heft 5/Mai 1973**

Beteiligung am Erwerbsleben  
Zweitwohnsitze  
Landwirtschaftliche Betriebssysteme  
Tierische Erzeugung 1972  
Steueraufkommen 1972  
Bauhauptgewerbe 1972  
Tiefbau 1972

#### **Heft 6/Juni 1973**

Industrie 1972  
Verdienste und Arbeitszeiten 1972  
Sozialwohnungen 1972  
Baulandmarkt 1972  
Kriegsopferfürsorge 1972  
Familienstand  
Geschlechterrelationen

#### **Heft 7/Juli 1973**

Haushaltsausstattung 1973  
Religionszugehörigkeit  
Struktur der Erwerbstätigen  
Selbstmorde 1962 - 1971  
Verkehrsunfälle 1972  
Sozialhilfe 1972

#### **Heft 8/August 1973**

Bevölkerung 1972 - 1990  
Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung  
Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich  
Ernteaussichten für 1973  
Öffentliche Schulden 1972  
Fremdenverkehr 1972  
Straßen und Parkflächen 1971

#### **Heft 9/September 1973**

Bedeutung der Wirtschaftszweige als Erwerbsquelle  
Beschäftigung von Frauen  
Regionale Absatzintensität des Einzelhandels  
Bevölkerungsentwicklung 1972  
Jugendhilfe 1972

#### **Heft 10/Okttober 1973**

Außenhandel 1972  
Hochbautätigkeit 1972  
Regionale Erwerbstätigkeit  
Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit  
Unternehmensverflechtung

#### **Heft 11/November 1973**


Regionales Sozialprodukt 1970  
Bodennutzung 1973  
Kriminalität 1968 - 1972  
Sozialhilfsempfänger 1972  
Ältere Menschen  
Erwerbstätigkeit als Quelle des Lebensunterhalts  
Wöchentliche Arbeitszeit

### **Themen der folgenden Hefte**

Aufträge im Bauhauptgewerbe  
Mitwirkung der privaten Haushalte an der EVS 1973  
Landesinformationssystem  
Volks- und Berufszählung 1970  
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1973  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1973



Inzwischen sind 3 Bände der Gemeindestatistik 1970 erschienen

224	223	223	222	221	220	
Teil V Weitere Strukturdaten	Teil IV B Landwirtschaft	Teil IV A Landwirtschaft	Teil III Arbeitsstätten	Teil II Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	Teil I Gebäude und Wohnungen	STATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ BAND 190  GEMEINDESTATISTIK RHEINLAND-PFALZ 1970 TEIL I: GEBÄUDE UND WOHNUNGEN 1968   HERAUSGEBER STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS 1971

### Gemeindestatistik von Rheinland-Pfalz 1970

6 Bände, DIN A 4, 1 850 Seiten,  
Gesamtpreis DM 60,-

Gemeindestatistiken werden nur im Anschluß an Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Betriebszählungen herausgegeben und behalten somit für rund zehn Jahre ihre Gültigkeit. Die in der Reihe "Statistik von Rheinland-Pfalz" erscheinende Gemeindestatistik 1970 bringt insgesamt 412 Strukturdaten für jede Gemeinde des Landes.

Teil I: Gebäude und Wohnungen 1968	Band 220, DIN A 4, 400 Seiten, DM 20,-
Teil II: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1970	Band 221, DIN A 4, 840 Seiten, DM 25,- (in Kürze)
Teil III: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970	Band 222, DIN A 4, 70 Seiten, DM 5,-
Teil IV: Landwirtschaft 1971/72 A: Grunderhebung	Band 223 A, DIN A 4, 180 Seiten, DM 10,-
B: Vollerhebung	Band 223 B, DIN A 4, rund 250 Seiten (in Vorbereitung)
Teil V: Weitere Strukturdaten	Band 224, DIN A 4, rund 110 Seiten (in Vorbereitung)

#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	∅ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) \* 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.